

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Dienstag, den 12. Dezember 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen ober deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steilgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Montagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
Kontogammi-Kontos:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Altenburg, Wahlkreis Sachsen-Altenburg durch M. Sp. 500.—, Alt-Cosel i. Oberfahl, v. Parteig. 7.—, Berlin, Beiträge der Wahlkrise: 4. Kreis (Südost) 1000.— (darunter Kählerer von Wolf, Waldemarstr. 27 20.—, Wahlvereinsbeiträge durch Hadelbusch 1.—, ameril. Auktion einer Röhre durch Schlegel 1,70, Sparverein Kottbusser Str. 10.—), 4. Kreis (Ost) 2000.— (darunter Werkstatt Baum u. Kutschlau, Cäcilienstr. 18 4,50, Abt. 59 der Siemens- & Schudert-Werke, Franklin 8,90), 6. Kreis 4000.— (darunter Pufferkolonne Bau Berlinerstr. 11, Wilmersdorf 5.—, 7. Ueberstunden Werkstatt Schulenburg 4,55, Kranzüberbr. Bezirk 639 4,50, freiwillige Sammlung Bezirk 640 8,25, Geburtstagsf. 5. Frau Agthen, Pflugstr. 5 4,50, A. B. Rister 1.—, von der Möbelwerkerei Gebr. Geißler, Brunnensstraße 79 9,15, B. G. S. 14 3.—), Berlin, diverse Beiträge: E. L. 1.—, H. S. 400.—, von der Schneiderwerkstatt Hoffmann 40.—, Ges. auf Hochzeit A. R. durch W. B. 0,62, von Mittgl. der U.-Dr. 9,80, Dr. L. A. 100.—, Bierprojekte u. d. Kollegen der Berliner Kunst- u. Bauzeicherei v. Taudert, Waldemarstraße 55 52,12, Wachtel 5.—, zur Wiedererwerbung verlorener Rechte 10.—, Kontobucharbeiter vom Wedding 5.—, P. M. 10.—, Kampfe für Wahrheit und Recht 4.—, P. S. 50.—, A. S. 50.—, C. D. G. 1.—, Druckerhilfsarbeiter des „Vorwärts“, Abt. Rotationsfabrik 5.—, Sommer a. Ruhr, rote Brüder 1,50, Bern 50.—, Preußen (Oberschl.) 5.—, Breslau, sozialdemokratischer Verein 150.—, Beilg. „Vorwärts“-Abonnenten 7,30, Cassel, Wahlkreis Cassel-Melungen 50.—, Düsseldorf, D. R. 2.—, D.-S.-B. Afrika, von einem Parteigenossen 5.—, Erfurt, Wahlkreis Erfurt-Schleusingen-Riegenrüd 25.—, Essen a. R. nicht gebrauchter Zusch. 1500.—, Eigershausen, Lungenpfeifer 4.—, Fallenberg (Oberschl.) 20.—, Friedrichshagen, Mohrröhre 4,50, Gr.-Wichterfelde D. R. 4,90, Gotha, durch den Vertrauensmann 50.—, Hamburg, 2. Wahlkreis 3000.—, Hamburg, 3. Wahlkreis 3000.—, Hamburg, im Monat November in der Expedition des „Hamburger Echo“ eingegangen 143,65, Hohenstein-Ernstthal C. S. 5.—, Kattowitz (Oberschl.), sozialdemokr. Verein 5.—, Lemmer-Remscheid-Remmagen, sozialdemokr. Verein f. d. Wahlkr. Beitrag für das 3. Quartal 178,84, Langenbielau, Reichsbeitrag des Agitationsbezirks 34,50 (dar. W. i. S. 1.—, Wahlverein Reichenbach 16.—, Peilau 6,50, Pilgramshain 11.—), Ludenwalde, Rufus 5.—, Münden, Waldläufer Juli bis November 25.—, Niederzönitz, 19. tägl. Reichstagswahlkreis 50.—, Nürnberg, L. A. 8.—, Paratowiz i. Schl., Beitrag vom Volkverein 20.—, Pöschke, sozialdemokr. Verein des 6. jährl. Reichstagswahlkreises 1000.—, Randow-Oreifenhagen, sozialdemokr. Wahlverein 100.—, Rixdorf, die Arbeiter von Pordemann u. Co. 25.—, Schöneberg, D. Labian 4.—, Schwerberg, aus dem Wahlkreise Pöschke-Mees 15,26, Steinhilber-Waldbröl, Wahlkr. 3. Quart. d. d. Kreisvertr. 5.—, Straußfurt, Zentralverein 240,40, Teltow-Deetsch-Charlottenburg, Zentralwahlverein 250.— (darunter Mariendorf, W. P. 3.—), Wartenberg 100.—, Berlin, den 9. Dezember 1905.
Für den Parteivorstand: A. Gerich, Lindenstr. 69.

Wahlrechtskämpfe in Holland.

H. R.-H. Amsterdam, 8. Dezember 1905.

Seit dreißig Jahren führt in unserem Lande der politische tätige Teil der Arbeiterklasse den Kampf um das Wahlrecht, einen Kampf, der nicht in ununterbrochener Steigerung vor sich geht, sondern in dem Perioden der Ebbe mit denen des stürmischen Anschwellens abwechseln.
Im Jahre 1848 kam unsere Bourgeoisie, weniger aus eigener Kraft als infolge der Rückwirkung der revolutionären Erschütterungen in Frankreich und Deutschland aus Ruher. Sie führte das parlamentarische Regiment ein, jedoch mit äußerst beschränktem Wahlrechte; nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch das kleine und mittlere Bürgertum sowie der größte Teil der Intelligenz blieben ausgeschlossen.
Als anfangs der achtziger Jahre die junge Sozialdemokratie unter Führung von Nieuwenhuis den Wahlrechtskampf eröffnete, fand sie deshalb in dem radikalen Kleinbürgertum einen natürlichen Bundesgenossen. In den Jahren 1882 bis 1885 nahm die Wahlrechtsbewegung zum ersten Male großartige Dimensionen an; leider erwies sich die Energie des eben erst aus furchtbarer Degradation erwachenden Proletariats nicht stark genug, um die ersten Enttäuschungen zu überwinden und unaufhaltsam vorwärts zu dringen. Als eine Verfassungsrevision 1886 von der Kammer in Angriff genommen wurde, war schon eine Depression eingetreten. Dies gab der bürgerlichen Demokratie den Mut, die Arbeiter in Etüde zu lassen. Die in die Verfassung neu eingefügte Klausel, die die Regelung der Wahlrechtsfrage dem Gesetzgeber überließ, aber zugleich die Forderung eines bestimmten Zensus „des Wohlstandes und der Tauglichkeit“ stellte, machte eine neue Verfassungsrevision notwendig, um zum allgemeinen Wahlrecht zu gelangen.
In den Jahren 1888 und 1892 erzielte die Sozialdemokratie große Fortschritte. Die wirtschaftliche Krise, die politischen Verfolgungen, die Wahl Domela Nieuwenhuis in die Kammer, alles wirkte dabei zusammen. Die Wahlrechtsbewegung nahm einen erneuten Anlauf, die proletarischen und bürgerlich-fortschrittlichen Elemente wirkten in ihr zusammen, die Massendemonstrationen von 1890 und 1891 machten großen Eindruck im Lande. Da aber kam, seit diesem Jahre, die unglückliche Wendung des sozialdemokratischen

Bundes und ihres Führers Nieuwenhuis zum Anarchismus. Und gerade in dem Zeitpunkte, wo eine energische Führung not tat und ein entschlossenes Vorgehen der Massen Großes erreicht hätte, wurde der Wahlzettel mehr und mehr von der alten sozialistischen Partei, die den Massen vorangehen sollte, als wertlos hien beträchtet. Ende 1892 wurde ein Wahlrechtsentwurf vom bürgerlichen Demokraten Tak v. Poortvliet in der Kammer eingebracht. Er schloß nur Analphabeten und solche, die während des vergangenen Jahres öffentlich unterstützt wurden, vom Wahlrecht aus. Ehe aber noch dieser Entwurf von der Kammer in Angriff genommen wurde, hatte der Sozialistenbund auf seinem Parteitag von 1893 den verhängnisvollen Beschluß gefaßt, in keiner Weise und unter keiner Bedingung sich am Wahlrechtskampf zu beteiligen. Sie selbst als politische Partei versetzte er damit den Todesstoß, die Arbeiterklasse aber brachte er um die Frucht jahrelanger Anstrengungen, im Augenblick, wo der Erfolg ihr winkte.
Im Jahre 1894 wurde der Entwurf Tak in seiner ursprünglichen Fassung verworfen und die Kammer aufgelöst; die Neuwahlen ergaben eine anti-demokratische Majorität, das Kabinett van Houten kam ans Ruder, das die Wahlrechtsfrage im Sinne aller „gemäßigten“ bürgerlichen Elemente löste. Das Wahlrecht wurde zwar erweitert, aber an einen Zensus gebunden, der größte Teil des Proletariats blieb vom elementarsten Bürgerrecht ausgeschlossen. Diese Entrechtung vollzog sich anscheinend unter völliger Teilnahmslosigkeit der Massen; die 1894 gegründete sozialdemokratische Arbeiterpartei veranstaltete einige Demonstrationen, war aber noch zu schwach, um einen Einfluß auf den Lauf der Ereignisse auszuüben.
Das damals eingeführte Wahlrecht hat jetzt eine zehnjährige Erfahrung hinter sich. Dreimal, 1897, 1901, 1904, haben unter seiner Herrschaft Wahlen stattgefunden, die unserer Partei 12 000 resp. 39 000 und 65 000 Stimmen einbrachten! Den Siegeslauf der Sozialdemokratie aufzuhalten, erwies sich also das Zensuswahlrecht ohnmächtig. Nichtsdestoweniger ist es so ungerecht und widersinnig wie nur möglich. Es spaltet die Arbeiterklasse, indem es einem gewissen Teil derselben das Wahlrecht gibt, das es dem anderen Teil weihen eines kleinen Unterschiedes in der Lohnhöhe, der Miete usw. vorenthält. Auf diese Weise wurde fast die Hälfte der Angehörigen des Proletariats des wichtigsten Bürgerrechts beraubt.
Aber dieses Wahlrecht ist in Wirklichkeit noch schlimmer als es aussieht. Der Druckteil der Wähler ist nicht gleichmäßig über Stadt und Land verteilt. Die Klauseln des Gesetzes bringen es zustande, daß es in den großen und mittleren Städten verhältnismäßig viel weniger Wähler gibt wie auf dem Lande. Je größer die Gemeinde, umso geringer der Prozentsatz.
Mit mathematischer Genauigkeit sinkt die relative Zahl der Wähler, je größer die Gemeinde. In den Hauptstädten ist die Wählerschaft ohne Ausnahme verhältnismäßig kleiner wie in der Provinz. Die für ihre Bevölkerungszahl kleinste Wählerschaft hat Rotterdam mit 19,10 Proz. In Amsterdam, der Hauptstadt des Landes, besitzen das Wahlrecht nur 22,68 Proz. der männlichen Bevölkerung über 25 Jahre. Die überwiegend agrarischen Provinzen Friesland und Seeland dagegen haben 31,46 und 31,33 Proz. In gewissen Kleinstädten und Dörfern steigt die Zahl der Wähler bis 40 Proz. und mehr: dort ist das allgemeine Wahlrecht fast verwirklicht.
Man sieht jetzt, wie dies Wahlrecht nicht nur ungerecht, sondern im höchsten Maße widersinnig und tückisch ist. Es ist ungerecht, weil es das wichtigste politische Recht vom Besitz abhängig macht. Es ist tückisch, weil es den Versuch macht, die Arbeiterklasse zu spalten in einen privilegierten Teil und eine entrechtete, der politischen Bewegung fernstehende Masse. Widersinnig aber ist es, weil es die ökonomische Entwicklung auf den Kopf stellt. Es gibt den rückständigsten Klassen und Ortschaften einen überwiegenden politischen Einfluß, der ihrer ökonomischen Bedeutung wie dem Maß ihrer geistigen Entwicklung widerspricht. Dagegen schaltet es künstlich den Einfluß der radikalsten, geistig aufgewecktesten Elemente: der großstädtischen Arbeiter aus.
In Wirklichkeit ist das herrschende Wahlrecht eine fortwährende Bedrohung für die liberale Bourgeoisie, weil es der Masse des in Holland zahlreichen, der literarischen Demagogie am meisten zugänglichen Kleinbürgerlichen und bäuerlichen Mittelstandes noch einen politischen Einfluß gibt, der nicht durch die Aktion städtischer, der sozialdemokratischen Leitung folgender Massen ausgeglichen wird. Unsere Bourgeoisie würde aber eine Ausnahme bilden, wenn sie diese Gefahr nicht geringer achtete wie die aus dem allgemeinen Wahlrecht für sie entsetzende; die Zunahme der politischen Macht der Arbeiterklasse, die Steuerreform und die soziale Gesetzgebung in greifbarer Nähe rückt!
Jetzt rüstet die Arbeiterklasse Hollands wieder zu einem energischen Aufstand gegen das alte Wahlrecht. Die russischen Revolutionsblitze, der Donner des Volkzorns in Oesterreich und Sachsen wirken auch bei uns mächtig. Doch darüber in einem zweiten Artikel.

Die Revolution in Rußland.

Die Kopflosigkeit im Lager der zarischen Konterrevolution scheint alle bisher von der Geschichte gelieferten Beispiele zu übertreffen. Angesichts des offenkundigen Zusammenbruchs der ganzen staatlichen Maschinerie des Absolutismus, versteifen sich die stupiden Schergen auf den unveräußerlichen angestammten Rechten der Ragajka und glauben noch damit irgend jemand imponieren zu können. Ein Tagesbefehl des Ministers Durnowo vom 9. d. Mis. erklärt kategorisch, der Verband der Post- und Telegraphen-Beamten werde unter keinen Umständen gestattet werden! Diejenigen Beamten, welche den Ausstand fortsetzten, würden unbedingt „vom Dienst ausgeschlossen werden“, diejenigen, welche außerdem „Unruhen anstifteten“, und die Beschädigung der Leitungen sowie der teuren Apparate veranlaßten, würden auch noch gerichtlich verfolgt werden. Derartige Handlungen bedeuteten „offene Auflehnung und Rebellion“. Mitte November seien zu Unterstützungen für die Post- und Telegraphen-Beamten 500 000 Rubel angewiesen worden. Bei Verteilung derselben würden von den wieder in den Dienst tretenden Beamten nur solche berücksichtigt werden, die sich früher durch „Dienstfeier“ ausgezeichnet hätten. Man will also noch zur Gewalt auch den Schimpf fügen und mit einer „Unterstützung“ die rebellischen Staatsklaven bestechen!
Auf die Streikenden wirken diese plumpen Sprünge der Reaktion natürlich nur anfeuernd. Sie hielten in Petersburg eine Versammlung ab, die von 2000 Personen besucht war, und in der mit allen gegen eine Stimme die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen wurde.
Das Exekutivkomitee des Arbeiterdeputiertenrates nahm eine Resolution an, in der ausgesprochen wurde, daß der unvermeidliche Zusammenbruch des alten Systems es für das Proletariat vorteilhaft mache, den entscheidenden Schlag hinauszuschieben. Der Petersburger Arbeiterdeputiertenrat gebe daher noch nicht das Signal zum Generalkstreik.
„Ruß“ meldet unter dem 7. Dezember, daß in Jaroslawo Ewelo die Einsetzung der Militärdiktatur beraten, die Einführung derselben aber bis zum Ausbruch eines größeren Ausstandes verschoben wurde.
Nach umlaufenden Gerüchten soll das Schwarze Hundert eine Kundgebung beschlossen haben, bei der die Petersburger Zeitungsdruckereien überfallen werden sollen.
Alle diese Gerüchte lassen noch lange und äußerst heftige Kämpfe in Rußland erwarten. Hierbei zeigt es sich aber zum so und sobjekteten Male, wer der Urheber des Blutvergießens, der Greuel, des Bürgerkrieges ist, wer provoziert und wer die furchtbare Krise mitwollig in die Länge zieht und verschärft: ob die revolutionäre Volksmasse oder aber die Blindheit, der Eigensinn und die verbrecherische Einsichtslosigkeit der Güter der bestehenden „Ordnung“! ...
Der Bauernkrieg.
Petersburg, 10. Dezember. (Ueber Erdhühnen) Die Bauernunruhen nehmen einen immer drohenden Umfang an. Jetzt beginnen solche in nächster Nähe der Bahn Moskwa-Kursk. Die Bauern zünden nicht nur Landstreu an, sondern bedrohen auch die benachbarten Bahnhaltungen. (So berichtet, wohl gemerkt, die offizielle Telegraphen-Agentur.) Die „friedliche Bevölkerung“ des Reiches erblickt kein anderes Mittel zur Beruhigung der Gemüter“ als die schleimige Einkerkerung der Reichsduma. Auf Gesuche in diesem Sinne antwortete Graf Witte, die Reichsduma werde bald zusammentreten. Ein abgeändertes Wahlgesetz ist aber bisher noch nicht bekanntgegeben worden. Ebenso wird in der Geschäftswelt gegen die Haltung Durnowos im Post- und Telegraphenstreik protestiert, die in Moskau bereits zu Streikunruhen geführt hat. Die Verhaftung des Organistors und der Mitglieder des Bureaus des Verbandes der Post- und Telegraphenbeamten in Moskau dürfte die Bewegung eher nähren als aufhalten.
Aus Moskau wird der Kowoje Wremja telegraphiert: Die Böse ist sehr demütigt durch Meldungen aus Wjatski-Polotsk, wo die Arbeiter die Fabrikverwalter mit dem Tode bedrohen und einen erdolcht haben. (Natürlich eine offiziell gefälschte Nachricht.) Auf der Iwerschen Manufaktur beschlossen die Arbeiter, die Leitung der Fabrik zu übernehmen.
Die Militärrebellion.
Der „Frankfurter Zeitung“ wird gemeldet.
Petersburg, 11. Dezember. General Linewitsch empfiehlt die schleimige Kückberufung der Armee, da sonst Militärrebellionen im fernen Osten unvermeidlich seien.
Aus Warschau wird vom 10. d. M. berichtet:
In Polen kommen jetzt häufiger einzelne Reiterien des Militärs vor. Heute nachmittag zogen drei Militärcapellen durch die Stadt, die Freiheitslieder spielten und denen ein großer Volkshaufe mit roten Fahnen folgte. Am Abend meuterte das vierte Bataillon des Herzoglichen Leibgarde-Regiments Kaiser von Österreich; es ist in der Kaserne eingeschlossen. Für morgen ist, wie es heißt, eine große Kundgebung seitens des Militärs geplant.
Wie aus Moskau berichtet wird, sind die Truppen daselbst in zwei Lager geteilt, von denen der eine Teil loyal, der andere, und zwar der bedeutendere revolutionär gesinnt ist. Die Offiziere des letzteren Lagers begeben sich in Uniform zu den Meetings, wo sie Reden halten.
Die rebellierende Polizei.
Warschau, 10. Dezember. Die Polizeiagenten sind in den Ausstand getreten, worauf der Polizeimeister alle ihres Amtes entsetzt hat.

Der Eisenbahnerstreik im Auge.

In Riga soll am Freitagabend eine Verammlung von Eisenbahneamten mit Waffengewalt aufgelöst worden sein. Hierbei gelangten auch Maschinengewehre zur Anwendung. Die Zahl der Getöteten soll bedeutend sein. In den Straßen sind die Maschinengewehre aufgeföhren. Der Bahnverkehr von Riga nach Petersburg ist eingestellt.

Ein neues Parteiblatt.

Aus Warschau wurde uns der Prospekt der ersten großen Tageszeitung der Sozialdemokratie zugesandt, die in den nächsten Tagen erscheinen soll. Das Blatt wird „Die Volkstribüne“ heißen; es zählt unter seinen Mitarbeitern Bebel, Kautsky, Singer, Clara Zetkin und mehrere Führer der Sozialdemokratie in Frankreich und Holland.

Dem neuen Kameraden unsere herzlichsten Brudergrüße!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Dezember.

Vorschlagsunfähig.

Die gestrige Sitzung des Reichstages endete frühzeitig — infolge der Vorschlagsunfähigkeit des Hauses. Nachdem der mit Bulgarien abgeschlossene Handelsvertrag ganz überflüssigerweise an eine Kommission verwiesen war, wiederholte sich dieses Verlangen nach der Beratung des deutsch-englischen Handelsabkommens, dessen Verlängerung auf zwei Jahre die Regierung beantragte.

Die Agrarier unter Führung der Grafen Kanitz und Reventlow bemängelten die Vorlage, beantragten Kommissionsberatung und kündigten auch Anträge an, die eine Verlängerung nur auf ein Jahr bezweckten.

Nachdem die gesamte Linke die Ruflosigkeit einer Kommissionsberatung nachgewiesen hatte, erklärte Abg. Wachen die Beneigntheit seiner Fraktion für die Kommission zu stimmen, während Abg. Büsing es im unklaren ließ, wie seine Partei stimmen würde. Hiernach wurde der Antrag auf Kommissionsberatung die Mehrheit des namentlich im Zentrum und auf der rechten Seite sehr schwach besetzten Hauses gefunden haben.

Die sozialdemokratische Fraktion ließ die Vorschlagsunfähigkeit des Hauses feststellen, um auch nach außen hin die Tatsache festzusetzen, daß die Industrie- und handelsfeindliche Agrarität zwar ihre volkswirtschaftliche und handelspolitische Reichstage fortsetzen will — aber es dabei nicht für erforderlich und nötig erachtet, selbst im Reichstage anwesend zu sein.

Es entspricht ganz der bekannten agrarisch-konservativen Unverfrorenheit, zu verlangen, daß, während die Majorität sich Jagd- und sonstigen Geschäften hingibt, die Minorität die Abwesenheit der Junter und Juntergenossen mit dem Mantel christlicher Liebe verdecken soll.

Die Regierung überschüttet den viel zu spät einberufenen Reichstag mit Vorlagen, darunter mehreren, die Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres erledigt sein müssen, verlangt, daß der Reichstag ihr mit Automobilgeschwindigkeit zu Willen ist — und die Majoritätsparteien halten ihre parlamentarische Tätigkeit durch Teilnahme an Kanzler- und anderen Festlichkeiten für absolviert und verschwinden wieder.

Daß die sozialdemokratische Fraktion sich dieser Gebardung widersetzt, ist selbstverständlich. Das fehlte noch, daß wir den Gegnern den Steigbügel halten, damit sie reden können.

Wenn die Konservativen, die Nationalliberalen und das Zentrum im Reichstage die Politik ihrer Parteien treiben wollen, so haben die Herren anwesend zu sein. Damit basta! —

Die Verfassungsvorlage im Dreiklassenparlament.

Der rapide Niedergang unseres Bürgerturns spiegelt sich in der Debatte, die sich heute im preussischen Abgeordnetenhaus über die Verfassungsvorlage entpann. Im Jahre 1897 hatte der Liberalismus gegen ein ganz ähnliches Gesetz einen solchen Proteststurm im Lande entfacht, daß die Vorlage samt ihrem geistigen Vater schlüssigst wieder von der Bildfläche verschwand. Der national-liberale Führer Herr v. Bennigsen hatte damals Arm in Arm mit Eugen Richter flammende Reden für Geistes- und Gewissensfreiheit gehalten. Diesmal hatte der Nationalliberalismus, nachdem er selbst erst durch sein berechtigtes Kompromiß der Reaktion die Wege gebahnt, zwar in der Presse noch einige Scheingefechte geliefert, allein an seinem schließlichen Umfall von vornherein keinen Zweifel gelassen. Und der Freisinn seinerseits verriet durch sein ganzes Gebaren, daß auch er durch seinen Kampf gegen das Verfassungsgesetz nur noch einer alten Tradition genüge, daß es ihm aber an jedem ernstem Willen fehlte, gemeinsam mit den Massen des Volkes Sturm gegen diesen schändlichen Bergewaltungsvertrag zu laufen. Zu einem Appell an die Deffentlichkeit raffte man sich gar nicht erst auf, man ergab sich von vornherein in das Fatum. Freilich hätte der Freisinn bei öffentlichen Kundgebungen ja auch riskiert, daß ihm von sozialdemokratischer Seite die Maske rücksichtslos vom Gesicht heruntergerissen worden wäre. So ließ man die Dinge tatenlos an sich herankommen.

Angesichts dieser ganzen Sachlage war es kein Wunder, daß das Abgeordnetenhaus seinen „großen Tag“ erlebte, vielmehr eine überaus arbeitsame und nützliche Debatte. Die Entscheidung war ja schon längst gefallen. Die Regierung und die Reaktionsparteien brauchten sich nicht erst ins Zeug zu legen. Ihrer verächtlichen Konchalance — der Ministerpräsident Fürst Bälow hatte es nicht einmal für nötig gehalten, höchstselbst zu erscheinen — entsprach auch die Opposition. Der nationalliberale Redner gab mit einigen Bemerkungen und dem reaktionären Amentat seinen Segen; nur der freisinnige Redner leistete sich eine platonische und unverbindliche Waffengang gegen das Verfassungsgesetz, wobei er jedoch nicht einmal wagte, für eine völlige Trennung von Schule und Kirche einzutreten.

Die Einleitungsrede hielt Kultusminister Studt, der denn auch, so gut oder schlecht ihm dies möglich ist, eine „Rede“ verlas. Nur zweimal wurden seine Ausführungen von Beifall unterbrochen, einmal, als er nach Verabschiedung des Schulunterrichtsgesetzes eine Revision des Lehrerbildungsgesetzes in Aussicht stellte, und zweitens als er die bürgerlichen Parteien ermahnte, angesichts der schweren Zeiten ihre Meinungsverschiedenheiten nach Möglichkeit zu überbrücken. Im übrigen machte die Rede des Ministers, die im wesentlichen eine Wiedergabe der Motive der Gesetzesvorlage war, nicht den geringsten Eindruck.

Kennlich wie der Minister glaubte auch der erste Redner aus dem Hause, der Konservative Dr. v. Heydebrand, das preussische Abgeordnetenhaus zur Verabschiedung und Einigung anrufen zu müssen, damit es gemeinsam gegen den Unsturz kämpfen könne. Die Konservativen hielten nach wie vor genugsam an der Forderung der völligen Konfessionalität der Volksschule fest, ihnen geht der Entwurf noch lange nicht weit genug, aber sie wollen sich beschiden damit wenigstens etwas erreicht wird. Für sie ist eine Moral ohne Religion undent-

bar, wenigstens soweit das Volk in Frage kommt. Die höheren Schichten sind auch ohne Religion moralisch. Und wie schlecht kennen diese Herren das Volk! Meinte der konservative Führer doch allen Ernstes, die überwiegende Mehrheit des Volkes fordere die konfessionelle Schule. Weiß Herr v. Heydebrand wirklich nicht, daß 1892 der Jüdische Entwurf von der Entrüstung des Volkes hinweggeföhrt wurde, weil er nicht, daß die überwiegende Mehrheit des preussischen Volkes sozialdemokratisch gesinnt ist und die völlige Befreiung der Volksschule von der Kirche anstreift?

Ebenso wie die Konservativen denkt auch das Zentrum, in dessen Namen Abg. Dr. Porck sprach, über die Konfessionalität der Volksschule. Das Hauptbedenken des Zentrums liegt auf dem Gebiete des Verfassungswesens. Die Verfassung verleiht nämlich die einheitliche Regelung des Volksschulwesens, während der Entwurf nur einen Teil dieses Gebietes regelt. Es müßte demnach der Verabschiedung des Entwurfes eine Änderung der Verfassung vorausgehen. In der Kommission wird diese Frage, über die sich die Regierung bisher nicht geäußert hat, wohl eingehend geprüft werden. Im übrigen hat sich ja das Abgeordnetenhaus schon öfter über die Verfassung hinweggesetzt, es sei nur an die Kampfgesetze gegen die Polen erinnert, die in den letzten Jahren erlassen wurden.

Eine scharfe Stellung gegen die Vorlage nahm nur der Hospitant der Freisinnigen Volkspartei, Abg. Fund ein, während die Nationalliberalen durch den Abg. Schiffer erklären ließen, daß sie trotz mancher Bedenken im einzelnen dem Entwurf prinzipiell zustimmend gegenüberstehen. Da der Entwurf sich genau an das Kompromiß anschließt, zu dessen Vätern sich auch die Nationalliberalen mit Stolz erklären, ist ihre Haltung eigentlich selbstverständlich.

Nach einer Harlekinade des Oberschatzmeisters Herrn v. Jedlitz (fl.), der an das Haus den unvermeidlichen Appell zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie richtete, die, wie erst am Sonntag der „Vorwärts“ geschrieben habe, Religion und Monarchie vernichten wolle, wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Deutsches Reich.

Die Steuerchen der Flottenschwärmer.

Das Organ der Kruppischen Erben, die „Berliner Neueste Nachrichten“, warnt in seiner Sonntagsnummer dringend vor einer „Uebertreibung des sozialen Gedankens“, nämlich vor der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Ehegatten und Descendenten, die von dem Zentrum — ob im Ernste, wird ja das Schicksal der Vorlage zeigen! — vorgeschlagen worden war. Das Panzerplattenorgan jammert:

„Der Vorkall ist im höchsten Maße charakteristisch und sollte nicht gleichgültig übergegangen werden. Er ist bezeichnend für den Tiefstand des Gerechtigkeitsgeföhls, den die öffentliche Meinung unserer Tage in Steuerfragen bekennt. Hat denn der Redner, der nebenbei bemerkt, als Hüter von Recht und Gerechtigkeit eine ehrenvolle Laufbahn hinter sich hat, kein Gefühl für die tiefe politische Unästhetik seines Vorschlages? Ist das öffentliche Gewissen bereits so verwahrloßt, daß Vorschläge zu willkürlicher Einkürzung der Reichen aus bürgerlichen Kreisen heraus erhoben werden können, ohne mit Entrüstung zurückgewiesen zu werden?“

Denn um nichts anderes handelt es sich bei jenem Vorschlage, als um einen Akt nackter Willkür, um eine Aneignung des Gutes der Reichen, nicht auf Grund eines steuerlichen allgemeinen gültigen Prinzips, sondern auf Grund der bloßen Tatsache, daß die Reichen Geld haben und der Staat Geld braucht.

Freilich nur „bescheidene“ Summen sollen ihnen genommen werden, die die Reichen entbehren können, ohne sich einschränken zu müssen. Zugegeben. Aber ist Raub kein Raub, wenn der Verwahrte nach Ansicht der Minderbemittelten noch reichlich übrig behält? Und wo ist der Begehrtheit des von reichthumsfeindlichen Instanzen geleiteten Staates eine Schranke gesetzt, wenn allein die Erwägung einschleudert ist, daß die Konfiskation großer Vermögen soziallich überaus einträglich und für die große Masse des Volkes das bequemste sei? Hat denn der Begriffs des Rechtsstaates seinen Inhalt verloren? Soll der Rechtsstaat nur eine Durchgangshöhle auf dem Wege vom Despotismus der Fürsten zum Despotismus einer oklokratischen Demokratie bedeuten?

Wir verstehen es, wenn die Sozialdemokratie durch einen entschlossenen Eingriff in den Geldbeutel der Reichen jeder Finanznot abhelfen will. Wenn ihr aber die bürgerlichen Parteien in diesem Bestreben sekundieren, so helfen sie dem „Klassenbewußten Proletariat“, die Grundlagen zu zerstören, auf denen unsere Gesellschaftsordnung beruht.“

Das Zentrum hatte den Vorschlag gemacht, daß die Kinder der Ehegatten erst dann zur Erbschaftsteuer herangezogen werden sollten, wenn ein Vermögen von mindestens 100 000 M. in Frage komme. Und dieser Vorschlag verleiht die „Berl. Neueste Nachr.“ in einem solchen Zustand der Raserei!

Wenn Leute, die weiter kein Verdienst haben, als in der Wahl der Eltern oder Gatten vorsichtig gewesen zu sein, von einer Erbschaft von 100 000 M. ein paar Prozent an den Staat abgeben sollen, so ist das eine „willkürliche Einkürzung“, ein „Akt nackter Willkür“, ein „Raub“. Ein Raub, auch dann, wenn die glücklichen Erben von der Mente der Erbschaft herrlich und in Freuden leben können, ohne jemals auch nur für die Gesellschaft, zu deren „Besten und Vorten“ sie gehören, eine Stunde nützlicher Arbeit geliefert zu haben! Völlig in der Ordnung ist es aber, daß die Proletarier mit einem Arbeitseinkommen von noch nicht 900 M. jährlich — und nach den Zahlen des Herrn v. Rheinbaben beträgt die Zahl dieser Proletarier allein in Preußen 22 Millionen! — jährlich 100 und mehr Mark an indirekten Steuern zahlen!

Welch hohe sittliche Aufgabe, an der Befreiung einer auf solchen Grundlagen beruhenden Gesellschaftsordnung zu arbeiten! —

Der neue deutsch-bulgarische Handelsvertrag.

Der heute im Reichstag zur Beratung gelangte Handelsvertrag mit Bulgarien hat nicht, wie die mit Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien, der Schweiz usw. abgeschlossenen neuen Verträge, die Form eines Zufahrtenvertrages, sondern ist ein völlig neuer, selbständiger Handels-, Zoll- und Schiffsfahrtsvertrag, da bisher die deutschen Handelsbeziehungen zu Bulgarien nur durch einen Reichsbegünstigungsvertrag geregelt waren. Im ganzen entspricht er den anderen Handels- und Schiffsfahrtsverträgen des Reiches, nur wird mit noch größerem Nachdruck die Meitbegünstigung für die Verzollung des Exportes festgelegt. Nach Artikel 7 verpflichtet sich z. B. jeder der beiden vertragschließenden Teile, den anderen bei der Ein- oder Ausfuhr der Boden- und Gewerbezweignisse der beiden Länder an jeder Begünstigung, jedem Vorrecht, oder jeder Herabsetzung in den Tarifen teilzunehmen zu lassen, welche er einer dritten Macht gewährt haben sollte. Ebenso soll jede späterhin einer dritten Macht zugestandene Begünstigung oder Befreiung sofort bedingungslos und ohne weiteres den Boden- und Gewerbezweignissen des anderen vertragschließenden Teiles zu flatten kommen.

Auf deutscher Seite sind Zugeständnisse fast ausschließlich auf dem Gebiete der Nahrungsmittel und Rohstoffe gemacht worden, die sich mit drei Ausnahmen völlig im Rahmen der bisherigen Handelsverträge halten. Ueber diese hinaus ist nur ermäßigt der Zoll für Graupen, Weizen und Gerste aus Getreide (mit Ausschluss von Hafer und Reis) von 18,75 M. auf 12 M., der Zoll für Rosend von 30 M. auf 20 M., der Zoll für

ungespaltene oder gespalten, enthaarte, halb oder ganz gars, noch nicht gefächte oder weiter zugerichtete Samen- und Pflanzensamen, Baumwolle und Jute von 3 M. auf 2 M. für 100 Kilogramm. Auf bulgarischer Seite sind von den 562 Positionen des neuen Zolltarifes 118 gebunden und zum Teile ermäßigt. Der gegenwärtige bulgarische Tarif enthält mit verhältnismäßig wenig Ausnahmen Verzölle in der Höhe von 8 bis 20 vom Hundert. Auf Grund des Gesetzes zur Förderung der Industrie von 1895 gehen aber fast alle gewerblichen Maschinen und ein Teil der Rohstoffe zollfrei ein. Der neue bulgarische Tarif hat die Verzölle durchweg in spezifische Maße umgewandelt, dabei aber die Industriezölle größtenteils stark erhöht, zum Teil aus finanziellen, hauptsächlich jedoch aus schutzpolizeilichen Rücksichten.

Bei einem Vergleich der neuen Vertragszölle mit den heute gültigen Sähen ergibt sich eine Besserstellung für folgende wichtiger deutsche Ausfuhrartikel: Indigo, Korkeisen und Korkeisenwaren; Wäcker, Raffinaten, Korien, Oelkrude, Seidenkrude usw.; geerbtes Leder, baumwollene Gewebe; Juwelierwaren aus Gold oder mit Edelsteinen; Gegenstände aus Kupfer, Messing und Bronze, aus Schmiedeeisen; elektrische Wagenlampen und Apparate, Elemente für Laternenwerke.

Dagegen werden von wichtigeren Artikeln folgende gestellt: Stärke und Stärkemehl, Toilettenseifen, Teerfarben, Bleichmittel, Schieferzölle, chemische Erzeugnisse, Erzhüte, Steingutwaren, Porzellanwaren, Spiegelglas, Papierwaren (namentlich Luxus-papiere), Albums usw., feinere geerbte oder lackierte Leder, feines Pelzwerk, Seidengewebe, Seidenbänder, Garne, Gewebe, Schmalz, Wachswaren und Pflanzenerwaren aus Wolle, Rahngarn, gebleichte Gewebe, Vordent, Tulle, Schmalz, Bichwaren und Pflanzenerwaren aus Baumwolle, Stickereien, Bindfaden, Kleider, mitierte Juwelierarbeiten, Uhren und fast alle besseren Metallwaren.

Wie die im Frühjahr im Reichstag durchgesetzten Tarifverträge bringt also auch der neue deutsch-bulgarische Vertrag eine Herabminderung der bisherigen Zollschranken, sondern eine Erhöhung. Er reicht sich den im Frühjahr vom Reichstag akzeptierten sieben Tarifverträgen als gleichwertig an und wird deshalb von der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. —

Zwei Seelen.

Der ehemalige Gouverneur von Südwest-Afrika, Generalmajor Leutwein hat seinem alten Verbündeten Hendrik Witboi in der „Gegentwart“ einen Nachruf gewidmet, der äußerst charakteristisch ist für die moralischen Verhältnisse, die unsere Kolonialpolitik selbst bei von Haus aus ehrenhaften Charakteren anrichtet. Leutwein beginnt seinen Nachruf mit den Worten:

„So bist du also dahin, mein alter Freund Witboi, der du mir so viele schwere Stunden, aber auch manche Freude bereitet hast, der du dem deutschen Vaterlande vielen Schaden verursacht, aber auch vielen Nutzen gebracht hast. Du bist zwar schon oft totgesagt worden und immer wieder aufgestanden, aber diesmal scheintst du doch wirklich tot zu sein. Lebe wohl, du Mann mit den zwei Seelen in der Brust. Würde die Erde leicht sein! Ich freue mich, daß du noch einmehrligen Soldatentod gefunden hast und so dem Gehen entgangen bist, der dir, hätten wir dich in die Hände bekommen, sicher gewesen sein würde. Leider aber würden wir dich wohl nicht bekommen haben. Denn im Fortlaufen wachst du ebenso geschickt, wie im Standhalten und der Durchführung von Befehlen.“

Warum nun nennt Leutwein den Totentotenhauptling den „Mann mit den zwei Seelen“? Weil er, der lange Zeit der aufrichtige Freund und Verbündete Deutschlands war, zuletzt doch noch die Waffen gegen die Deutschen ergriff! Als ob es dazu bei Hendrik Witboi „zwei Seelen“ bedurft hätte! Ist doch Leutwein selbst so ehrlich, den Totentotenhauptling gegen Verleumdungen in Schutz zu nehmen. Hendrik Witboi, fährt er an, habe genau gewußt, was auch seinem Stamme nach Beendigung des Hererofeldzuges bevorstand: völliger Verlust der (ihnen vertragsmäßig verbürgten) Selbständigkeit, Absetzung der Kapitäne, Entwaffnung! „Wer will es ihm“, so fragt Leutwein, „verargen, wenn er diesem drohenden Unheil zuvorzukommen suchte?“ Und der General fügt hinzu:

„Solange wir den Obersterführer der Armee für seinen Abfall von den Römern als Freiheitshelden preisen und ihm ein Denkmal setzen, solange müssen wir auch Witboi mildernde Umstände zuerkennen.“

Trotz alledem aber gelangt Generalmajor Leutwein schließlich doch zu dem Schluß, daß Hendrik Witboi nach den Befehlen der Staatsstrajzen hätte gehängt werden müssen, wenn er den deutschen Truppen in die Hände gefallen wäre!

Wer ist da der „Mann mit den zwei Seelen“, Hendrik Witboi oder Generalmajor Leutwein?! Zweifellos Leutwein, der erst beweist, daß Hendrik Witboi durchaus im Recht war, wenn er zu den Waffen griff, und ihm dann ebenfalls von Rechts wegen den Galgen zuerkennt. So verwirrt die Kolonialpolitik alle stillischen Begriffe!

Uebrigens haben andere Nationen bei ihren Kolonialkriegen keineswegs immer derart Recht und Humanität mit Häßen getreten. So wurde von Frankreich der Kolonialrebell Abd-el-Kader, der den Franzosen fünfzehn Jahre lang fast unüberwindlich zu schaffen machte, nur zur Verbannung verurteilt. Ja, selbst die Amerikaner, die doch die Indianerkriege mit größter Brutalität führten, haben vielfach den vernünftigen Vorschlägen nachgeben gewährt! Deutschland scheint also auf dem Gebiete der kolonialen Kriegsführung in der Tat „in der Welt voran“ gehen zu wollen! —

Bälow und Trotha.

Der deutsche Reichskanzler brachte es in seiner letzten Rede fertig, die verhängten Trotha-Erlasse in Schutz zu nehmen und sich zu dem Ausdruck zu verlegen, daß die Angriffe auf Trotha nur dazu beitragen, das Ansehen des „hochverdienten Generals“ zu steigern. Zur Steigerung dieses Ansehens mögen dann auch die folgenden Urteile beitragen, die bürgerliche Blätter nach dem Bekanntwerden der Erlasse abgaben.

Die „Freie Deutsche Presse“ schrieb: „Wir können vorläufig nicht annehmen, daß ein deutscher Offizier amtlich droht, er werde auf Weiber, Kinder und unbewaffnete Männer schießen.“

Die „Vollz.“ erklärte: „Die Kriegsführung des Generals v. Trotha schädigt das Deutsche Reich und sein Ansehen bei anderen Völkern.“

„Wenn aber auch der Krieg ist und die besonderen afrikanischen Verhältnisse besondere, manchmal sogar außerordentliche Maßnahmen erfordern und rechtfertigen, so möchten wir doch stark bezweifeln, daß solche, wie sie die Regeln zivilisierter Kriegsführung bedenklich außer acht lassende Androhtungs-politik v. Trothas für angezeigt hielt, zum Ziele führen.“

Im Reichstag fanden freilich nicht einmal die Freisinnigen ein Wort der Kritik für die vom Kanzler verherrlichte Kriegsführung Trothas! —

Deutsch-englische Beziehungen. In Breslau ist, wie die „Schlesische Zeitung“ meldet, gestern von dem Rektor der Universität Professor Kaufmann ein Aufruf zur Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und England in Umlauf gesetzt worden. Der Aufruf fordert alle Deutschen und Engländer, welche den Wert deutscher wie englischer Arbeit und Literatur zu schätzen wissen, auf, dahin zu wirken, daß die herrschende Verhältnisse einer ruhigeren und wohlwollenden Verteilung der Verhältnisse weiche. Unterzeichnet ist der Aufruf von Professor Kaufmann, Oberbürgermeister Bender, Kardinal Fürstbischof Kopp und Generalsuperintendent Kottelsohn.

Der Aufruf ist jedenfalls recht gut gemeint; er hat aber wenig Zweck, wenn der Reichskanzler in seiner eigenartigen Diplomatie fortfährt, ähnliche schöne Reden zu halten wie am ersten Tage der Etatsdebatte, und wenn die offizielle Presse solche Redereien in gleicher Weise kommentiert wie bisher. —

Leutwein gegen Deimling.

In der Reichstags-Sitzung vom 2. Dezember glaubte Oberst Deimling die Trostlose Ausrottungsstrategie gegen wehrlose Frauen und Kinder damit entschuldigen zu können, daß er an zwei Beispielen die Bestialität der Herero und Hottentotten zu illustrieren suchte. Die Grausamkeit der Hottentotten schiderte Oberst Deimling nach dem amtlichen Stenogramm folgendermaßen:

Weiter: Nachdem der Hottentottenaufstand ausgebrochen war und Hendrik Witbooi beschloffen hatte, Orlog zu machen, schickte er seinen Unterkapitän Samuel Jaak nach Gibeon zum Distriktschef, Hauptmann v. Burgsdorff. Samuel Jaak sagte: „Hauptmann, der Kapitän will Orlog machen; Du bist der einzige, der noch instand sein wird, ihn davon abzuhalten; denn zu Dir hat er das meiste Vertrauen. Komme mit mir, wir wollen zusammen zu ihm gehen.“ Hauptmann v. Burgsdorff ritt mit Samuel Jaak ohne Bewehrung und ohne Waffen ab, und als sie in das Weidfeld von Richtmont, der Residenz Hendriks, kamen, traten sechs bereit gestellte Hottentotten hervor und schossen Burgsdorff nieder. Und gegen solche bestialischen, grausamen, brüderlichen Feinde hätten wir mit Glacéhandschuhen Krieg führen sollen? Da verlangen Sie Uebermensliches von uns.“

Diese Darstellung Deimlings ist falsch. Hendrik Witbooi ist es gar nicht eingfallen, den Hauptmann v. Burgsdorff in eine Falle zu locken, um ihn dann meuchlings ermorden zu lassen. Er hat vielmehr ein übriges getan, indem er vor Ausbruch der Feindseligkeiten dem Hauptmann eine Kriegserklärung schickte. Samuel Jaak handelte völlig auf eigene Faust, ebenso wie Hauptmann v. Burgsdorff seinen heldenmütigen Mitt ganz auf eigenes Risiko übernahm, ohne irgendwelche Zusicherung Hendrik Witboois erhalten zu haben. Ebenfalls wie Hendrik Witbooi von dem Ritt Burgsdorffs wußte, so wenig hat er mit der Ermordung desselben zu tun gehabt. Schrieb doch auch Generalmajor Leutwein in der letzten Nummer der „Gegenwart“, daß sich Hendrik Witbooi kurz vor dem Anzuge bei Unterwerfung der Einzelwards, um die Sicherheit des ihm befreundeten Hauptmanns Burgsdorff mit einer geradezu rührenden Aufmerksamkeit besorgt gezeigt habe. Leutwein fährt dann fort:

„Und diesen selbigen Herrn von Burgsdorff haben die Witbooi ein Jahr später meuchlings erschossen, als er zum Kapitän reiten wollte, um ihn von dem geplanten Aufstande abzubringen. Ich sage mit Absicht „die Witbooi“, denn das der Kapitän den direkten Befehl zu dem Morde gegeben, ist möglich, aber nicht erwiesen. Vielmehr ist auch denkbar, daß die Kriegspartei unter den Witbooi das Zusammenreffen zwischen Herrn v. Burgsdorff und dem Kapitän hindern wollte, weil sie davon eine Störung ihrer Pläne befürchtete. Auch Frau v. Burgsdorff, welche ich hier noch gefragt habe, ist dieser Ansicht.“

Man sieht an diesem Beispiel, mit welcher Vorsicht Enthaltungen über die Bestialität der südwestafrikanischen Eingeborenen aufgenommen werden müssen! —

Eine Protestversammlung gegen die geplante Brauereierhöhung fand gestern, am Sonntag, hier in der Tonhalle statt. Die Reichstagsabgeordneten Dr. Bodmer, A. Kämpf, Dr. Herms und der Direktor Hertens von der Schultheiß-Brauerei hielten über die Brauereierhöhung längere Referate, die von den Anwesenden, meist Weibern und Kindern größerer nord- und mitteldeutscher Brauereien, mit Beifall aufgenommen wurden. Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die versammelten Vertreter des Braugewerbes verwahren sich auf das Entschiedenste gegen den von den verbündeten Regierungen dem Reichstag vorgelegten Brauereierhöhungsentwurf. Eine Erhöhung der Steuer um mehr als 60 Millionen Mark bedeutet für die Brauereien der Norddeutschen Brauereiergemeinschaft, insbesondere für die kleinen und mittleren, eine Rechtsbelastung, der sie nicht gewachsen sind. Sie würde zu einem Niedergang des Braugewerbes führen und zugleich den Gesundheitsstand sowie alle beteiligten Hilfsindustrien und Handelsgewerbe empfindlich in Mitleidenschaft ziehen. Soweit eine Abwälzung auf die Verbraucher in Frage kommt, werden diese, also in erster Linie die breiten Massen der Bevölkerung, in einer Weise getroffen, die zu ihrer Leistungsfähigkeit um so weniger im Verhältnis steht, als bereits alle übrigen Lebens- und Genussmittel stark verteuert sind. Die Angehörigen des Braugewerbes weigern sich keineswegs, zur Bekretung höherer, den Macht- und Kulturzwecken des Reiches dienender Abgaben das ihrige beizutragen, wenn hierbei das Steuerprinzip der Gleichmäßigkeit und Allgemeinheit nicht verletzt wird. Sie erheben aber Widerspruch dagegen, daß ihr Gewerbe als einzelnes herausgegriffen und zur Deckung eines namhaften Teils des Reichsfinanzbedarfs in einer Form herangezogen werden soll, welche diesen Grundsätzen zuwiderläuft und die Fortentwicklung der Brauindustrie auf das äußerste gefährdet. Die Veranlassung erwartet deshalb vom deutschen Reichstag, daß dieser, nachdem er 1893 schon eine Verdoppelung der Brausteuer für zu weitgehend erachtet hat, die nunmehr geforderte Verdreifachung derselben, zumal in Anbetracht der seitdem eingetretenen wirtschaftlichen Erschwerungen um so nachdrücklicher ablehnen wird.“

Vor dem Schluß der Versammlung kam es zu einem Tumult, der für das Verhältnis der Kleineren zu den Großbrauereien charakteristisch ist. Nachdem obige Redner gesprochen hatten, wurde plötzlich von einem der größten Berliner Brauereibesitzer ein Schlußantrag gestellt, obgleich bisher noch kein Vertreter der Kleineren und der Brauereien von obergärigerem Bier zu Worte gekommen war. Auf den gegen dieses Verfahren erhobenen Protest wurde über den Schlußantrag unter großer Erregung der Versammlung mehrmals abgestimmt mit dem Ergebnis, daß der Vorliegende eine Mehrheit für den Schluß konstatierte. Darauf verließen alle zu der Gruppe der mittleren und kleinen Brauereien und zu den obergärigen Brauereien gehörenden Teilnehmer unter lautem Protest gegen solche Vergewaltigung den Saal. Der Vorsitzende brachte noch schnell die obige Resolution gegen die Erhöhung der Biersteuer zur Annahme und schloß dann unter großem Tumult die Versammlung. —

Ein deutsch-brasilianischer Zwischenfall.
Wie einige New Yorker Blätter und die französische „Agence Havas“ zu berichten wissen, sollte sich die Besatzung des deutschen Kanonenbootes „Panther“ in Atajah (Brasilien) einem schweren Uebergriff haben zu schulden kommen lassen. Drei Offiziere mit zwölf Matrosen seien in einen Gasthof der kleinen Stadt eingedrungen und hätten sich eines gewissen Priß Steinhoff mit Gewalt bemächtigt unter dem Vorgeben, daß er vom „Panther“ fahnenflüchtig sei. Die brasilianische Presse erhebe wegen des Vorfalls Alarm, im Kongreß sei eine große Interpellation wegen „Verletzung der Hoheitsrechte“ durch Deutsche eingebracht und es sei eine Tagesordnung angenommen worden, wonach die Regierung sofortige Genugthuung verlangen solle.

Die „Köln. Zig.“ befreit die Wichtigkeit dieser Darstellung. Sie läßt sich telegraphisch aus Berlin melden:

„Nach den von uns eingegangenen Erkundigungen stellt sich heraus, daß es sich um eine einfache Matrosenschlagerei gehandelt hat, bei der niemand auf den „Panther“ geschleppt worden ist. Bei dieser Salägerei ist ein Mann, der Reichsdeutscher ist, von den Matrosen, wie es scheint, ziemlich stark verprügelt worden. Einzelheiten über den Vorfall liegen hier nicht vor, jedoch ergibt sich aus den Depeschen, daß weder ein Deutscher noch ein Brasilianer auf das Kriegsschiff „Panther“ geschleppt worden sind und daß somit von der Verletzung der Hoheitsrechte eines fremden Staates gar keine Rede sein kann.“

Aufgehobenes Schreckensurteil.

Kiel, 11. Dezember. Vom Oberkriegsgericht der Ostseestation in der Verurteilunginstanz freigesprochen wurden mangels ausreichender Beweise der Torpedobesitzer Bunnenberg und der Maschinistenmaat Pelikan, die vom Kriegsgericht der I. Marine-Inspektion wegen militärischen Auftrages resp. Weibhülfe dazu je zu 6 Jahren 1 Tag Gefängnis und Entfernung aus der Marine, letzterer außerdem zu Degradation verurteilt worden waren. Zwei andere an der Affäre beteiligte gewesene Torpedobesitzer, gegen die auf 6 Jahre 3 Monate resp. 6 Jahre 3 Monate Zuchthaus erkannt worden war, außerdem Entfernung aus der Marine, hatten sich bei dem Urteil berubigt.

Gegen das gegen Bunnenberg und Pelikan ergangene Urteil hatten indes sowohl diese wie der Gerichtsherr Berufung eingelegt, letzterer mit der Begründung, daß gegen Bunnenberg auf Zuchthaus hätte erkannt und Pelikan statt wegen Weibhülfe zum militärischen Auftrage wegen erschwerter gemeinschaftlicher Körperverletzung hätte bestraft werden müssen. Die heutige Verhandlung endete, wie oben bemerkt, mit Freisprechung, obgleich die schwersten Verdachtsmomente für ihre Schuld vorlagen, aber doch ein schlüssiger Beweis nicht dafür erbracht werden konnte, daß die Angeklagten an dem Ueberfall auf vier Maschinistenmaate, um den es sich gehandelt, direkt beteiligt gewesen waren, während ihre Teilnahme an der ganzen Affäre feststand. Aus diesem Grunde wurde ihnen auch eine Entschädigung für ungeschuldig erlittene Unterdrückung nicht zugestanden.

Bei der ganzen Affäre hatte es sich nur um eine jener „kameradschaftlichen Kumpelleien“ gehandelt, wie sie in Kiel an der Tagesordnung sind. —

Ademischer Flottenkollekt. Um ihre feucht-patriotischen Gesühle zur Geltung zu bringen, plant die Leipziger Studentenschaft für den 14. d. M. in den Räumen des Kristallpalastes eine Kundgebung für die Flottenvorlage. —

Gegen die Tabaksteuer. Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands erläßt einen Aufruf an die Tabakarbeiter Deutschlands, in welchem sie zur Agitation gegen die Tabaksteuer vorzulegen auffordert:

„Jetzt, wo die Steuervorlagen erschienen sind“, heißt es zum Schluß, „haben die Tabakarbeiter durch ihre Kommissionen an den Reichstagsabgeordneten ihres Kreises, an die Abgeordneten aller Parteien heranzutreten, sie zu fragen, wie sie sich dieser Vorlage gegenüber verhalten werden, wie sie ihr Mandat als „Volksvertreter“ auszuüben gedenken. Reigt ihnen eure traurige Lage, die Erbarmlichkeit eurer Verhältnisse! Sie können und dürfen sich nicht zum Mitschuldigen an der Verurteilung der Tabakindustrie machen. Dieses Heranzutreten an die einzelnen Abgeordneten, gleichviel welcher Partei, hat im Jahre 1893 sehr gute Erfolge gezeigt; die Abwehr der damaligen Steuervorlagen von 1894—1895 ist zum guten Teil diesem Vorgehen mit zu verdanken gewesen.“

Kollegen Deutschlands! An Werk, beruft Versammlungen ein, sammelt Geldmittel, tretet ein in die Agitation gegen die vollstnnderische Vorlage der Regierung!“

Die wahre Ursache der Viehseuchenverbreitung wurde am Sonntag in weimarischen Landtage von dem Abg. Collenbusch bekannt gegeben. Herr Collenbusch ist Besitzer eines großen Gutes in Schloßbippach und gilt als tüchtiger Fachmann. Dem Landtag war von der Regierung eine Vorlage unterbreitet worden, welche die Entschädigungspflicht für die an Mißbrand gefallenen Minder auch auf „Kaischbrand“ und „Wildseuche“ ausdehnt. Der Abg. Collenbusch erklärte sich mit der Vorlage einverstanden, führte dann aber aus, daß er zur Sprache bringen müsse, was die Schuld an der „schreckenerregenden“ Zunahme der Mißbrandseuche im Großherzogtum trage. Die Schuld hauptsächlich an der „mangelhaften Bekämpfung“ der Seuchen. Ein großer Teil der Dorfbürgermeister handhabte die zur Bekämpfung der Seuchen erlassenen Bestimmungen viel zu lax. Beim Transport und der Veranlagung des gefallenen Viehes werde nicht gewissenhaft genug verfahren; daher komme es, daß die Bakterien weiter verbreitet würden. Es gebe sogar menschliche Vieh, das bereits eingegraben war, wieder ausgegraben und — verkauft worden sei. Er schene sich nicht, bezüglich der vollständig ungenügenden Bekämpfung der Seuchen zu erklären: Wir sind allzumal Sünder!

Die übrigen agrarischen Abgeordneten schwiegen zu diesen Ausführungen. Verständnißlos blinzelten sie sich zu, als der Abg. Wandert diese offenerzigen Ausführungen feinsagelte. —

Huoland.

Italien.

Krisengerüchte.

Rom, den 9. Dezember. (Eig. Ber.) Die Zollabmachung mit Spanien scheint wirklich dem Kabinett Fortis den Hals brechen zu sollen. Die Erregung in den Wein produzierenden Provinzen läßt an, obwohl es der ruhigen Ueberlegung nicht verborgen bleiben kann, daß die praktische Bedeutung der spanischen Konkurrenz die heutige Konkurrenz nicht zu rechtfertigen vermag; dieses Mißverhältnis zwischen Ursache und Wirkung hat sogar den Gedanken aufkommen lassen, als liege der ganzen Zollabmachung eine Spekulation der norditalienischen Weinhandler zugrunde, die in diesem Jahre hoher Weinpreise die Preise drücken wollten und die Regierung zum unbedachten Verleug dieses Anschlages zu machen verstanden. Jedenfalls ist die Situation für das Ministerium nicht erträglich. Die offiziöse „Tribuna“ hat den Vorschlag gemacht, ein politisches Votum über die innere Politik zu provozieren und zwar bei Gelegenheit der Interventionen über das Votum von Gramsciole. Natürlich hätte dieses Votum eine große Mehrheit ergeben, und dann hätte Fortis die Diskussion über die spanische Zollabmachung abwarten können, ihr keine politische Bedeutung beimessen brauchen und im Falle eines ungünstigen Votums nur die „technischen Minister“, die direkt die Zollabmachung verbrochen haben, ausgemergelt. Fortis, der wahrscheinlich der Vormundschaft der „Tribuna“ einigermassen müde ist, um so mehr, als ihn das Votum nur als den Wegbereiter für den Werthias Giolitti gelten läßt, hat aber erklärt, er werde ein Votum über die Zollabmachung selbst fordern und, falls ihn die Mehrheit im Stich lasse, zurücktreten.

Heute sieht es hart danach aus, als wolle die Mehrheit Herrn Fortis „im Stich lassen“. Die lokalen Interessen der südlichen Wahlkreise drohen, den ewigen Ministerialismus ihrer Vertreter Gewalt anzutun. Immerhin kann sich bis zur Diskussion und durch diese noch manches ändern.

Für Montag sind die Interpellationen über Gramsciole angesetzt, Dienstag die Beratung der Zollabmachung. Vor Freitag oder Samstag ist das Votum kaum zu erwarten. Zu vielen Kommentaren gibt die Tatsache Anlaß, daß die gestrige „Tribuna“ das Ministerium schon ganz fallen läßt. — In diesem eigenartigen Verhalten einer offiziellen Zeitung will man den Einfluß des kommenden Kabinetts Giolitti sehen. —

England.

Das neue Ministerium. Endlich hat Campbell-Bannerman doch eine Art Ministeriumskabinet zu Stande gebracht: Liberale, Konservative, Imperialisten, Freisinnige, Freisinnige und wer weiß was noch für Schattierungen. Im einzelnen sind die Posten folgendermaßen verteilt: Edward Grey, Minister des Aeußeren; Herbert Gladstone, Minister des Inneren; Carl o' Crewe, Vizepräsident des Geheimen Rates; Asquith, Finanzminister; Carl o' Carrington, Ackerbau; Salisbury, Kriegsminister; Lord Tweedmouth, Marineminister; Robert Reid, Vize-Kanzler; Virrel für Volksbildung; John Morley, Minister für Indien; Sinclair für Schottland; Bryce für Irland; Lloyd-

George für Handel; „Genosse“ John Burns, Minister für Lokalverwaltung; Sidney Burton, Generalpostmeister; Fred Egien Minister für die Kolonien. Der Name Egien hat bekanntlich schlechten Klang in der Kulturwelt; denn es war ja ein Egien, der zu Anfang des 19. Jahrhunderts die herrlichen griechischen Kunstwerke aus Athen stahl. Hoffentlich macht sich der neue Kolonialminister in seinem Ressort die Methode seines diebischen Kamensditters nicht zu eigen.

Die meisten dieser neuen Männer sind noch unbefriedigende Blätter; doch wird das Kabinett allgemein für stark und lebensfähig gehalten. Die Zeit wird lehren, ob diese Auffassung berechtigt ist. Uns scheint, es werde entweder schnell adwirtschaften, oder aber, wenn es sich bis ins Frühjahr 1906 halten sollte, in der Tat zu längerem Leben berufen sein. —

Dänemark.

Sozialdemokratische Gesetzesvorschläge.

In den Folketings-Sitzungen am Freitag und Samstag voriger Woche wurde über drei verschiedene Gesetzesvorschläge der sozialdemokratischen Fraktion beraten. Zunächst über einen Vorschlag zur Abschaffung des Adels, der Titel, der Ordens- und Rangauszeichnungen. Dieser Vorschlag ist im wesentlichen eine Wiederholung des im Jahre 1871 und 1874 von dem alten Demokraten C. Berg eingebrachten und von Alberti und Högsbro unterzeichneten Antrags. Die Söhne dieser drei Linksmänner von dagumal sitzen nun in dem zweiten Linkenministerium. Aber diese Söhne haben das demokratische Programm ihrer Väter schamlos verraten. Der Chef ihres Ministeriums, Christensen, machte unserem Parteigenossen Winblad zum Vorwurf, daß er dieselben Gründe, wie jene alten Demokraten, für den Antrag anführte; der Präsident des Linkenministeriums selbst aber bekämpfte den Antrag gerade mit denselben Vorwänden, wie seinerzeit die alten Konservativen. Außer mehreren Genossen traten nur die Redner der neuen radikalen Linken für den Antrag ein, der schließlich, wie üblich, einem Auschuss überwiesen wurde. Die große Regierungsmehrheit hat auch in dieser Sache ihre alten guten Grundzüge über Bord geworfen. — Der zweite Gesetzesvorschlag verlangt die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Er wurde von dem Genossen M. Olsen begründet, fand jedoch unter den bürgerlichen Parteien nur die Billigung des Vortführers der Radikalen. Der Minister des Inneren, Berg, erklärte, er betrachte den Vorschlag als einen „sozialdemokratischen Wunschzettel“, der als solcher überflüssig sei, weil er, der Minister, im vorigen Jahre versprochen habe, diese Reform stückweise zu fördern. Daß die Regierung dies Versprechen gegeben hat, ist selbstverständlich nur dem unaufrichtigen Drängen der Sozialdemokratie zu verdanken. Der Vorschlag wurde dem Auschuss überwiesen, der sich mit der nicht minder notwendigen Unfallversicherung für Fischer befaßt.

Darauf folgte die Beratung des Gesetzentwurfes über den Achtstundentag, ausführlich begründet vom Genossen M. Olsen, der als Vorsitzender des dänischen Gewerkschaftsbundes in dieser Hinsicht über eine besonders reiche Sachkenntnis verfügt. Der Entwurf hat das Folketing bereits mehrere Male beschickt, wird aber von unseren Parteigenossen immer wieder von neuem eingebracht, und es zeigt sich denn auch, daß sich nach und nach selbst bei den Konservativen das Verständnis für die Notwendigkeit gesetzlicher Beschränkung der Arbeitszeit Bahn bricht. Der Minister des Inneren erklärte nun zwar, daß er es „unnatürlich“ finde, ein Gesetz über die Arbeitszeit zu erlassen, weil das eine Sache sei, die zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu regeln wäre; er sprach sich aber doch für die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in a e s u n d b e i t s s c h ä d l i c h e n Betrieben aus, worüber, wie es jetzt schon geschieht, in jedem Falle der aus Vertretern der organisierten Arbeiter und Arbeitgeber bestehende „Arbeitsrat“ vorher Untersuchungen anstellen solle. Auch dieser Gesetzentwurf wurde einem Auschuss überwiesen. —

Finnland.

Keine Spaltung in der Sozialdemokratie.

In Nr. 282 des „Vorwärts“ wurde erwähnt, daß in Vörneborg zwei Sozialdemokraten in den finnischen Landtag gewählt seien, und dazu bemerkt, daß hier offenbar ein Disziplinbruch gegen den auf dem Parteitag in Lammersfors gefassten Beschluß der Wahlenthaltung vorliege. Der finnlandische Parteisekretär, Genosse Prjo E. Sirola, hat nun in Stockholm „Social-Demokraten“ eine Erklärung veröffentlicht, aus der hervorgeht, daß hier ein Irrtum obwaltet. Die beiden Gewählten sind keine Sozialdemokraten. Sie haben zwar früher dem Arbeiterverein angehört, der eine ist jedoch ausgetreten, der andere ausgeschlossen worden. Sie sind von der konstitutionellen Partei aufgestellt und gewählt worden. Der Vörneborger Arbeiterverein hat keine Kandidaten zum Landtag aufgestellt, sich also auch keineswegs über den Beschluß von Lammersfors hinweggesetzt. —

Türkei.

Eudlich! Der Chef der Geheimpolizei Behmi Pascha ist verhaftet worden, da festgestellt wurde, daß er ein Bombenattentat gegen sich durch einen seiner eigenen Diener ausführen ließ. Der aus der Türkei geflohene frühere Kammerherr Kris Wei ist in seine früheren Ämter und Würden wieder eingesetzt worden. Auch die Befreiung des Marichalls Ruad Pascha, welcher vor vier Jahren auf Anstiften Behmi Paschas zum Tode und zur Degradation verurteilt und später zu lebenslänglichem Kerker in Damaskus begnadigt worden war, steht bevor.

Wir hatten des sauberen Geimpolizeipräsidenten schürliche Taten erst kürzlich besprochen. Es hat recht lange gedauert, bis ihn die redlich verdiente Strafe ereilte. —

Asien.

Witrisse.

Japan hat noch immer mit Schwierigkeiten zu kämpfen, wo es die Bestimmungen seines Vertrages mit Korea durchzuführen will. So berichten jetzt Privatmeldungen aus Seoul, daß man dort ein Komplott entdeckt, welches bezweckte, sämtliche koreanischen Minister, die den Vertrag mit Japan unterzeichnet haben, zu ermorden. Donnerstag mittag hielten die Hauptabteilungsleiter eine geheime Versammlung ab, als plötzlich japanische Soldaten in das Lokal eindrangen und zehn Verschwörer verhafteten. —

Umgekehrt sollen von japanischer Seite den englischen und den amerikanischen Kaufleuten arge Schwierigkeiten bereitet werden. Ein Herald-Telegramm meldet darüber folgendes:

Aus Peking wird gemeldet, die Postenklärung gegen englische und amerikanische Waren hat in der Mandchurie eine große Ausdehnung gewonnen. Die japanische Polizei hat die Plakate der englischen und amerikanischen Tabakgesellschaften zerstört. Der Agent einer Handelsgesellschaft in Niutschwang beklagt sich, daß er keine Abschlüsse mehr machen könne.

Endlich wird durch Bureau Laffan aus Peking telegraphiert: Die Bevollmächtigten Chinas und Japans konnten bisher sich nicht über die Kontrolle der Mandchurienbahn verständigen. Die Kaiserin-Witwe von China widersetzt sich energisch der Beibehaltung japanischer Eisenbahnen und den japanischen Vorschlägen bezüglich der Zollverwaltung für die Mandchurie. —

Amerika.

Aus Paraguan. Telegramme des argentinischen Geschäftsträgers in Asuncion berichten, daß der Präsident der Republik Paraguay Gaora am Donnerstag vom Kongreß seines Amtes enthoben worden ist. An seiner Stelle wurde Dr. Naza ernannt. Solche Leitung der Staatsgeschäfte könnte diesseits wie jenseits des Ozeans auch größeren Staaten als Paraguay nicht schaden. —

Reichstag.

9. Sitzung vom Montag, den 11. Dezember 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Freiherr v. Stengel, v. Tirpitz, Frhr. v. Nitzsch, v. Köller. Der Gesandtschaftsbericht über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der militärischen Strafrechtspflege im Kaukasusgebiet wird in erster und zweiter Lesung ohne Debatte angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Handelsvertrages mit Bulgarien.

Abg. Graf Reventlow (B. Vg.): Ueber den zu spät einberufenen Reichstag ergeht ein wahrer Plagenregen von Vorlagen. Wir werden aber nicht fünf gerade sein lassen und werden verlangen, daß sowohl der Handelsvertrag mit Bulgarien als auch der Gesandtschaftsbericht über die Handelsbeziehungen mit Großbritannien nur von einem beschlußfähigen Hause verabschiedet wird. Wir nehmen gegenüber Bulgarien die überlegene Stellung ein. Wir müßten also diesen Handelsvertrag ablehnen, falls uns nicht befriedigende Erklärungen seitens der Regierung gegeben würden. (Beifall bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Kaempf (fr. Vp.): Nachdem der Reichstag die übrigen Handelsverträge angenommen hat, werden meine politischen Freunde auch diesen Handelsvertrag annehmen, da er immerhin nicht schlechter ist als die andern. Bedauern muß ich, daß uns die Regierung das Material nur unvollständig hat zugehen lassen, sodas wir uns nicht vollständig orientieren können (Sehr richtig! links). Auf jeden Fall ist dieser Handelsvertrag besser, als gar kein Handelsvertrag. (Beifall links.)

Abg. Dr. Bahem (B.): Angesichts der Drohung des Grafen Reventlow, den Vertrag mit Bulgarien nur von einem beschlußfähigen Hause annehmen zu lassen, erscheint es angemessen, diesen Handelsvertrag in einer Kommission und zwar in der bereits konstituierten Budgetkommission, vorberaten zu lassen, damit dort Graf Reventlow vielleicht davon überzeugt wird, daß es nicht gerade nötig war, so schweres Geschütz gegen diesen Vertrag aufzuführen.

Präsident Graf Ballestrem: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich doch, um Mißverständnissen vorzubeugen, konstatieren, daß alle Beschlüsse dieses Hauses nur von einem beschlußfähigen Hause gefaßt werden. (Weiterkeit und Zustimmung.) Wenn nicht vorher die Beschlußfähigkeit festgestellt wird, dann ist das Haus immer beschlußfähig. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Graf Kanitz (L.): Im großen und ganzen können wir uns nicht ohne weiteres ablehnend zu dem Vertrage verhalten. Die fünfjährige Frist dürfte sich durchaus. Ich vermute es vollkommen, daß die bulgarische Regierung erst die Wirkungen der neuen Handelsverträge abwarten will.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Früher konnten Verträge mit Bulgarien nur durch Vermittelung der Türkei abgeschlossen werden. Nach 1885 erlangte Bulgarien eine freiere Stellung und schloß mit England, Oesterreich-Ungarn, Rußland und Italien Sonderverträge ab. Wir sichern uns die Vorteile dieser Verträge durch Abschließung eines Meistbegünstigungsvertrages. Nachdem aber Bulgarien infolge der Entwicklung seiner Industrie dazu übergegangen ist, einen Zolltarif mit über 600 Nummern aufzustellen, lag es in unserem Interesse, einen Tarifvertrag mit Bulgarien abzuschließen.

Auf eine Reihe von Einzelheiten wird mein Herr Kommissarius noch eingehen. Ich kann nur im allgemeinen bemerken, daß der Abschluß des vorliegenden Vertrages ein sehr reiches, wirtschaftliches Werk für Deutschland wäre. Ich bitte Sie, ihm zuzustimmen.

Direktor im Reichsamt des Innern Geh. Rat Wermuth verteidigt einzelne Bestimmungen des Entwurfs und bittet um baldige Verabschiedung.

Abg. Bernstein (Soz.):

Der Abg. Graf Reventlow und der Abg. Kaempf stimmen darin überein, daß der Reichstag in der Art und Weise, wie er nach Hause geschickt und wie er später erst wieder zusammenberufen worden ist, wie ihm die Vorlagen spät und unvollständig zugehen, von der Regierung schlecht behandelt würde. Demgegenüber muß ich sagen: „Volenti non fit injuria“ (dem, der's so haben will, geschieht kein Unrecht). Wenn der Reichstag sich immer alles gefallen läßt, verdient er es nicht besser. Was den Vertrag selbst anlangt, so hat meine Partei hier wiederholt ausgesprochen, daß sie prinzipiell für langfristige Handelsverträge ist. Aber der vorliegende Vertragsentwurf mit Bulgarien enthält die Mindestzölle unseres Generaltarifs. Nun sind wir grundsätzlic gegen alle Mindestzölle, besonders gegen die Mindestzölle auf Lebensmittel. Und wir sind im gegenwärtigen Moment noch schärfer dagegen als sonst, weil wir in der Zeit einer allgemeinen Steigerung der Lebensmittelpreise leben. Deshalb ist der Vertrag für uns unannehmbar. Es sind ja ein paar kleine Ermäßigungen hineingebracht worden, aber sie sind zu gering, um unsere ablehnende Stellung zu dem Tarifvertrage ändern zu können. Ramentlich, wenn wir bedenken, welche enormen Zölle auf der anderen Seite unseren Export bedrohen. Die Ermäßigungen, welche die bulgarische Regierung gewährt, beziehen sich ja nur auf den exorbitant hohen neuen bulgarischen Generaltarif. Wenn wir die Zölle, die unserer Industrie auferlegt werden sollen, mit den Zöllen des früheren Tarifs und des früheren Handelsvertrages vergleichen, so liegt eine Steigerung der Zölle von 14 auf 28 Proz., ja teilweise auf 40 Proz. des Wertes vor. Da es ja für den Reichstag jetzt nur noch Annahme oder Ablehnung gibt, da eine Abänderung nicht mehr möglich ist, so stehen wir auch der Frage einer Kommissionsberatung sehr kühl gegenüber. Es könnten ja dort höchstens Auffassungen seitens der Regierung gegeben werden. Auf eine merkwürdige Bestimmung will ich noch aufmerksam machen. Der Vertrag soll nämlich seitens Bulgariens schon am 13. Januar in Kraft gesetzt werden. Dagegen behält sich Deutschland vor, den Vertrag erst am 1. März oder sogar noch später in Kraft zu setzen. Gegen das Letztere haben wir nichts, im Gegenteil: Wenn es nach uns ginge, würde er noch später in Kraft treten. Wir protestieren nur dagegen, daß für unsere Industrie die Erleichterung durch die neuen Zölle schon früher eintreten soll als umgekehrt die Erleichterung für den bulgarischen Export nach Deutschland. Aus allen diesen Gründen werden meine politischen Freunde gegen diesen Vertrag stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es war nicht ein Ausfluß mangelnder Rücksicht gegenüber dem Reichstag, daß der Vertrag nicht früher vorgelegt wurde, sondern eine politische Notwendigkeit, da die bulgarische Regierung hohen Wert darauf legte, daß dieser Vertrag nicht veröffentlicht wurde, bevor sie ihn ihrem Parliamente vorlegen konnte.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Die Bedenken, die in unseren Reihen vielfach noch gegen den Antrag bestanden, sind durch die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs und des Herrn Geheimrats Wermuth noch geringer geworden, und wir wären daher für eine möglichst schnelle Erledigung des Vertrages. Doch werden wir uns gegen die Kommissionsberatung nicht erklären, weil das vielleicht die einzige Möglichkeit ist, ein vorzeitiges Ende der heutigen Sitzung zu verhindern. Wir bedauern, daß die Drohung mit der Ausjählung von einer Partei ausgegangen ist, mit der wir sonst vielfach zusammengehen können. Wir hoffen, daß die Kommission recht schnell arbeitet, damit der Vertrag noch vor Weihnachten abgeschlossen werden kann. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Böttcher (fr. Vg.): Wir schließen uns dem Wunsche an, daß die Kommission recht schnell arbeiten möge. Es ist für die deutschen Kaufleute sehr wichtig, daß sie möglichst bald erfahren, woran sie sind. Die Regierung hätte wenigstens den voraussichtlichen Termin des Inkrafttretens des Tarifs vorher bekannt machen müssen. Jetzt kommen eine Reihe deutscher Exporteure in große Verlegenheit, die längere Lieferungsverträge abgeschlossen haben und erst mit dem 1. März, als dem gewöhnlichen Termin des Inkrafttretens von Handelsverträgen, gerechnet hatten. Jedenfalls hätte für sofortige Drucklegung und genügende Veröffentlichung der Anlagen gesorgt werden müssen. — Was den Vertrag selbst anlangt, so begrüßen wir es, daß Vorkehrungen getroffen sind für amtliche Zollauskünfte und daß hier der Anfang gemacht worden ist mit der Regelung von Zollfreiheiten durch Schiedsgerichte. Der Tarif selbst enthält in einer Reihe von Positionen zweifellos eine Verbesserung gegenüber den bestehenden Zöllen, denn stehen aber sehr wichtige Zollbefreiungen gegenüber. Da der Generaltarif nun leider eine vollständige Tatsache ist, so sehen meine politischen Freunde keine Veranlassung, gegen den vorliegenden Vertragsentwurf zu stimmen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Regierungskommissar Walsch weist darauf hin, daß die bulgarischen Bestimmungen gegen die Handelsreisenden auch auf die inländischen Reisenden in Bulgarien angewendet werden.

Abg. Dr. Wolff (Birtsch. Vg.) betont die vielen Unstimmigkeiten des Vertragsentwurfes und der Regierungserklärungen. Um kein böses Beispiel zu geben, werden wir jedoch nicht, wie unser Fraktionsredner andeutete, Ausjählung beantragen, sondern der Kommissionsberatung zustimmen.

Abg. Gothein (fr. Vg.): Die Worte des Herrn Regierungskommissars waren ja lediglich eine Bestätigung dessen, was hier ausgeführt wurde.

Wenn wir jetzt für diesen Vertrag stimmen werden, so wollen wir keineswegs damit sagen, daß er besser sei als die früheren. Der Unterschied ist nur, daß — als die früheren hier beraten wurden — die alten guten Verträge noch nicht gekündigt waren. Jetzt aber sind sie gekündigt, jetzt also würde, im Falle daß der Vertrag abgeschlossen würde, der neue Generaltarif in Kraft treten. Und diesem gegenüber ist der vorliegende Vertrag allerdings das kleinere Übel. Bulgarien schneidet sich durch seine neuen Zölle in erster Linie selbst ins Fleisch. Aber auch die deutsche Industrie hat Schaden davon, denn der vorliegende Vertragsentwurf ist so schlecht wie irgend ein früherer Vertrag. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hiermit schließt die Debatte. Der bulgarische Handelsvertragsentwurf wird nach dem Antrag Bahem der Budgetkommission überwiesen.

Zur Beratung kommt der Gesandtschaftsbericht betreffend die Handelsbeziehungen mit dem britischen Reich.

Abg. Graf Kanitz (L.):

Der alte, 1898 abgelaufene Vertrag mit England gewährte dem deutschen Handel die weitesten Rechte. Im Jahre 1908 wurde dann ein Provisorium zunächst auf ein Jahr getroffen, das dann stets wieder erneuert wurde. Leider ist es uns nicht gelungen, mit den englischen Kolonien in ein Meistbegünstigungsvertrag zu kommen. Wir sollten mit allem Nachdruck darauf hinarbeiten, daß die Differenzierung deutscher Waren ihr Ende erreicht. Wir können solche Differenzierungen auf keinen Fall weiter ruhig hinnehmen. — Für die vorliegende Vollmacht werde ich stimmen, doch beantrage ich die Frist nicht auf den 31. Dezember 1907, sondern auf den 31. Dezember 1906 festzusetzen und bitte um Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Bernstein (Soz.):

Von allen großen Ländern, mit denen Deutschland im Handelsverkehr steht, ist das britische Königreich das einzige, das unsere Industrieprodukte mit keinem Zoll belegt. Daher haben wir alle Ursache, mit England in guten Handelsbeziehungen zu bleiben. Unsere Ausfuhr nach England ist von Jahr zu Jahr gewachsen. Wenn wir von den englischen Kolonien ganz absehen, so beträgt der Wert unserer Ausfuhr nach England jährlich 1 1/2 Milliarden. Da ist es geradezu unfahbar, daß hier ein Antrag kommt, das Handelsprovisorium statt auf zwei Jahre zunächst nur auf ein Jahr zu verlängern. Wir wären aber geneigt, eine noch längere Frist zu bewilligen. Ich weiß nicht, worauf der Herr Vorredner seinen Antrag stützt. Für viele Geschäftsleute ist es doch überaus wichtig, daß sie auf längere Zeit genau wissen, mit welchen Zollverhältnissen sie zu rechnen haben. — Graf Kanitz hat nun auf unsere Erfahrungen mit einigen englischen Kolonien hingewiesen. Es ist ja richtig: Wir stehen einer starken Verfestigung eines Teils der Kolonien Englands gegenüber und auf der anderen Seite Bestrebungen auf einen engeren Zusammenschluß des englischen Heimatlandes mit seinen Kolonien. Wenn dadurch die deutschen Ausfuhrverhältnisse beeinträchtigt werden, so können wir das auch nur bedauern. Aber die Herren Agrarier ernten nur, was sie gesät haben (Sehr richtig! links) oder vielmehr unsere Industrie erntet nur, was die Herren Agrarier gesät haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Seit wann besteht denn diese Bewegung in England? Doch nur seit der Zeit, als wir übergegangen sind zu dem hohen Schutzsystem, insbesondere zur Einführung der Agrarzölle. (Sehr richtig! links.) Wir können doch dem britischen Reich nicht vorschreiben, daß es keine Verträge mit seinen Kolonien eingehe. Ein Zollkrieg mit England würde unseren blühenden Handel mit diesem Lande sehr beeinträchtigen. (Sehr wahr! links.) Wir haben alle Ursache, dahin zu wirken, daß die jetzt so starke Bewegung in England gegen Chamberlain an Boden gewinnt. Wir haben unter diesen Umständen kein Interesse daran, die Vorlage einer Kommission zu überweisen und werden jedenfalls gegen den Antrag auf Verlängerung des Termins und für die Regierungsvorlage stimmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben heute aus dem bulgarischen Handelsvertrag gesehen, wie schwer unsere Industrie geschädigt wird durch die neuen Handelsverträge, wie gerade die Industrien, welche die ärmsten der Arbeiter beschäftigen, die Textilindustrie, die Konfektion usw. in ihren Ausfuhrbedingungen durch die neuen Handelsverträge benachteiligt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie können nicht bestreiten, daß eine ganz erhebliche Verteuerung der Lebensmittelpreise besteht. Dabei sieht unsere Arbeiter bedor, daß sie mit dem Inkrafttreten der neuen hohen Zölle in ihren Lebensbedingungen noch ganz bedeutend schlechter daran sein werden als heute. Die Folge wird eine Einschränkung des Verbrauches von Industrieartikeln sein, und damit eine neue Schädigung der Industrie, die noch zu dem Schaden im Verkehr mit den Vertragsstaaten hinzukommt, und das bedeutet wiederum eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit für die Industriearbeiter. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und nun haben wir ein einziges Land, dem gegenüber das nicht der Fall ist. Daher haben wir alles Interesse, mit diesem Lande die denkbar besten politischen und handelspolitischen Verhältnisse aufrecht zu erhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bahem (B.) spricht sich unter der Voraussetzung, daß keine Verzögerung dadurch eintritt, für Kommissionsberatung aus. In Deutschland sind die Feinde Englands, in England sind die Feinde Deutschlands in der Minderheit. (Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Kaempf (fr. Vp.) spricht sich namens seiner Fraktion gegen jede Abänderung der Regierungsvorlage und gegen Kommissionsberatung aus. (Beifall links.)

Abg. Graf Reventlow (Birtsch. Vg.): Wir werden für die Kommissionsberatung stimmen und auch, sowohl in der Kommission als hier im Plenum bei der zweiten Lesung, für den Antrag des Grafen Kanitz auf Verlängerung der Vertragszeit. Ich halte es für unumgänglich notwendig, auch heute eine kurze historische Uebersicht über die Entstehung unseres Handelsprovisoriums mit England zu

geben. (Allgemeines Ach! ach!) Redner bespricht dann eingehend die Abhängigkeit des deutsch-englischen Meistbegünstigungsvertrages von 1865 infolge der Zollfreiheiten mit Kanada usw. Gerade die Altdeutschen legten den größten Wert auf gute Beziehungen zu England und erblickten ihr politisches Ideal in sehr engen, sehr nahen Beziehungen der beiden germanischen Vorkämpfer. Aber wenn der Reichstag so schwach sei, immer wieder die Ermächtigung zu einem Provisorium mit England zu erteilen, und wenn die Regierung so schwach sei, sie immer wieder nicht richtig zu benutzen, so müßte das in der ganzen Welt den Eindruck erwecken, daß man uns alles bieten könne. Deshalb seien seine Parteigenossen entschlossen, das Zustandekommen der Vorlage zwar nicht durch Obstruktion, aber mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern und vor allem zu verlangen, daß aus ein beschlußfähiges Haus diese Vorlage beschließe; denn es sei ihre Ueberzeugung, daß das Deutsche Reich sich etwas vererbe, wenn es aus Gründen nachgibt, die nicht in der Sache liegen. (Lebhafte Beifall bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Böhmig (natl.) will im Gegensatz zum Vorredner auf die überaus schwierige Frage der Handelsbeziehungen zu England nicht eingehen, sondern sich mit der Erklärung begnügen, daß seine Freunde mit der Vorlage einverstanden sind. Die Bewilligung des Provisoriums auf nur ein Jahr würde wie ein Akt der Unfreundlichkeit gegen England erscheinen, den zu vermeiden Deutschland gerade jetzt allen Grund hätte. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky:

Graf Reventlow hat in der Tat bereits im vorigen Jahre die Prophezeiung ausgesprochen, auf die er sich heute berufen hat, nämlich, daß wir in diesem Jahre wieder ein Handelsprovisorium mit England abschließen müßten. Besonders schwierig war die Prophezeiung nicht. Graf Reventlow hätte ebensogut prophezeien können, daß die Erde sich in zwei Jahren um ihre eigene Achse drehen wird. (Heiterkeit.) Von verschiedenen Rednern ist heute wieder darauf Bezug genommen worden, daß einzelne englische Kolonien uns differenzieren. Ich stelle fest, daß die diesbezügliche Lage schon vorlag, als das letzte Handelsprovisorium im Jahre 1903 verlängert wurde. Sollte entgegen dem dringenden Wunsche der Regierung eine Kommissionsberatung beschlossen werden, so würde ich mir vorbehalten, jede einzelne Behauptung, die hier aus der Mitte des Hauses aufgestellt worden ist, als vollkommen unrichtig nachzuweisen.

Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr v. Nitzschhofen:

Der Abg. Graf Reventlow wünscht, daß unsere Regierung im Auslande möglichst stark erscheint. Zu diesem Zweck teilt er mit, daß sie sich alles gefallen lasse. (Heiterkeit.) Es ist doch merkwürdig, daß die äußerste Linke uns immer Provokationen und die äußerste Rechte uns immer Schwächlichkeiten nachsagt. Graf Reventlow wünscht gute Beziehungen zwischen Deutschland und England, deshalb greift er unseren Vorkämpfer an, weil dieser das möglichste halt, gute Beziehungen zwischen den beiden Ländern herzustellen! (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes und dieses Hauses mit diesem Willen des deutschen Vorkämpfers durchaus einverstanden sein wird, und nur den Wunsch hat, daß seiner Politik möglichst großer Erfolg beschieden sein möge. Der Abg. Graf Reventlow behauptete schließlich, daß die Flammereien unseres Londoner Vorkämpfers die jegliche Fehaltung der Flottenvorlage verschuldet hätten. Ich weiß nicht, woher er die diplomatische Korrespondenz so genau kennt. (Heiterkeit.) Aber die deutsche Flottenvorlage ist nicht nach dem Briefe eines Vorkämpfers, sondern nach Wahgabe der Bedürfnisse des Deutschen Reiches ausgearbeitet worden.

Abg. Gothein (fr. Vg., mit lebhafter Ironie empfangen) polemisiert gegen den Gedanken einer Kommissionsberatung. Die gemündeten Auskünfte könnte die Budgetkommission auch geben. Diese Vorlage sei gleichsam eine Vertrauensfrage der Regierung! — Derartige Angriffe, wie Graf Reventlow sie hier gegen die auswärtige Politik der Regierung vorgebracht, seien bisher im Reichstage nicht üblich gewesen. Hätte ein Abgeordneter der Linken solche Angriffe vorgebracht, so hätte man eine Haupt- und Staatsaktion daraus gemacht, der Reichsflagge hätte es als „vaterlandsfeindlich“ gebrandmarkt usw. Wenn Sie jetzt dem Antrag des Grafen Kanitz auf Kommissionsberatung zustimmen, so werden Sie im ganzen Auslande den Eindruck erwecken, als stiehe die Mehrheit des Reichstages hinter seinen Ausführungen. (Sehr gut! links.)

Abg. v. Kardorff (Rp.): Es wäre doch sehr wünschenswert, in einer Kommission Aufklärung darüber zu erhalten, welche Schlüsse etwa Amerika aus unserem Verhältnis zu England ziehen könnte.

Damit schließt die Debatte. Vor der Abstimmung über den Antrag des Grafen Kanitz auf Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission bezweifelt Abg. Singer (Soz.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Da das Bureau einstimmig der Meinung ist, daß das Haus beschlußfähig ist, beraumt Vizepräsident Graf Stolberg die nächste Sitzung an auf Dienstag 1 Uhr mit der Tagesordnung: Handelsprovisorium mit England; Fortsetzung der Staatsdebatte.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Der hessische Parteitag.

Kassel, den 10. Dezember. (Fig. Ber.)

Heute fand hier der fünfzehnte hessische Parteitag für den Agitationsbezirk Kassel statt. Anwesend waren 56 Delegierte aus den Wahlkreisen Kassel-Nellingen, Hefewege-Bibershausen-Schmalalben, Frielar-Homburg-Biegenhain, Hofgeismar-Rinteln-Wolfshagen und Waldburg-Hyrcmont. Auf der Tagesordnung des Parteitages stand: 1. Bericht der Agitationskommission, 2. Organisation und Agitation, 3. Presse.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung referierte im Namen der Agitationskommission Genosse Müller-Kassel, der gleichzeitig den Kassenericht erstattete. Die Einnahmen betragen 2651.03 M., die Ausgaben 2265.09 M., so daß ein Kassenerbestand von 386.54 M. verbleibt. An den Bericht schloß sich eine lebhafte sachliche Debatte.

Ueber die Frage der Agitation und Organisation referierte in gütlicher einstündiger Rede Genosse Hüttmann-Frankfurt a. M., der hauptsächlich sich über das auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Frankfurt a. M. angenommene Statut der sozialdemokratischen Landesorganisation für Hessen-Kassau in längerer Ausführungen erging. Auch an dieses Referat schloß sich eine mehrstündige interessante Diskussion, die sich hauptsächlich um die Höhe des zu leistenden Monatsbeitrages drehte. Das ganze Statut wurde gegen eine Stimme angenommen. Der Provinzial-Parteitag beschloß ferner, den Parteivorstand zu ersuchen, Mittel zwecks Anstellung eines Parteisekretärs für den Agitationsbezirk Kassel zu bewilligen. In der Debatte über die Parteipresse wurde allgemein anerkannt, daß sich die Redaktion des „Volksblattes für Hessen“ bemüht hat, die Zeitung ganz erheblich zu verbessern. Beschwerden gegen die prinzipielle Haltung des „Volksblattes“ wurden von keiner Seite vorgebracht.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die dem russischen Proletariat sowie den österreichischen und sächsischen Parteigenossen in ihrem heldenmütigen Kampfe um das allgemeine Wahlrecht die Sympathien des Parteitagbes ausdrückt und die Parteigenossen Preußens auffordert, eine energische Agitation gegen das elende preussische Dreiklassenwahl-System zu eröffnen.

Aus der Partei.

Von der Meinungsfabrik.

Unsere Notiz unter dem obigen Titel in Nr. 285 des „Vorwärts“ hat den betrieblichen Defizienten fabrikmäßig hergestellter Parteiartikel zu einer „Abwehr“ in den ihm nahebestehenden Blättern veranlaßt, deren Schnoddrigkeit uns in erfreulicher Weise bestätigt, wie empfindlich wir dem Betreffenden auf die Finger geklopft haben. Wenn er uns z. B. nicht das Zentralorgan der Sozialdemokratie, sondern „ein Berliner Blatt“ nennt, so empfinden wir zwar die ganze abgrundtiefe Verachtung, womit wir gestraft werden sollen; jedoch vermag weder diese löbliche Nichtachtung noch der ganze Aufwand an frechen Ausfällen gegen den „Vorwärts“, der angeblich die notwendigsten Parteiaktionen vernachlässigt und durch die Richterfelder Fabrik auf Schritt und Tritt unterstützt und korrigiert werden muß, auch nicht um ein Jota die von und festgenagelte Tatsache abzuweichen oder zu verdrängen, daß die Meinungsfabrik neulich wieder das proletarische Lesepublikum mit einem Erzeugnis traktiert hat, das als ein Muster der hastigen und gedankenlosen Fluchtarbeit dem berühmten Schillerartikel aus derselben Fabrik würdig an die Seite gestellt werden kann. Wie sehr sich auch der Verfasser dreht und windet, indem er uns auf das Konversationslegion verweist, wo man alle seine berühmten Ansätze finden könne, Tatsache bleibt es, daß er den Arbeitern als das maßgebende Urteil „des Auslandes“ über die deutsche Politik ein Bündel großjuristischer Phrasen aus der Feder verschiedener zum Teil direkt reaktionärer Professoren, Dichter und sonstiger Eigenbröddler vorgelegt hatte, die als politische Autoritäten einem bürgerlichen Literaten gewaltig imponieren mögen, für das klassenbewußte Proletariat jedoch zum mindesten Geluba sind.

Wenn der gekränkte Meinungsfabrikant in seiner peinlichen Situation nun veracht, sogar an Druckfehlern im „Vorwärts“ seine Unzufriedenheit auszulassen und uns z. B. belehrt, daß man „vom Vizepräsidenten“ und nicht „vom Vizepräsident“ sage, so finden wir das sehr unvorsichtig von ihm. War doch er gerade gezwungen, als ihm im Mai dieses Jahres die Unsinnsigkeiten und Verdrehungen seines „Schillerartikels“ öffentlich vorgehalten wurden, sich auf lauter fatale „Druckfehler“ herauszureden. Ja, während unser Druckfehler-Teufel wenigstens ein harmloses Tier ist, das mal einige Buchstaben, freilich oft auch den Sinn damit verdreht, wurde der Verfasser der Fabrikartikel von einem höchst gelehrten latinistischen Druckfehler-Teufel verfolgt, der z. B. in einem Citat des Schillerartikels die „Keine Vernunft“ nicht etwa in „Keine“, „Keine“, „Keine“, „Seine“ oder irgend eine ähnliche, sondern direkt in „Praktische Vernunft“ verwandelt hatte! Wer von solchen fatalen Druckfehlern selbst geplagt wird, der hat alle Ursache, sich zu sagen: D, rühre, rühre nicht daran!

Der Meinungsfabrikant protestiert schließlich gegen die von und angeblich betriebene „Schnäffelei“ nach dem Autor“ und das Verstehen des „Vorwärts“, die Persönlichkeit des Verfassers hervorzuheben“. Wir können auf Ehre versichern, daß wir hinter den fabrikmäßigen Preherzeugnissen nicht im geringsten eine Persönlichkeit vermuteten. Ganz im Gegenteil. Es kam und kommt uns nur auf die Sache an, nämlich auf die Kennzeichnung des gefährlichen Unternehmens, der frischen geistigen Wettbewerb und Meinungskampf unserer Provinzpresse durch den Abdruck geiststöhrender fertiger Schablonen zu erreichen. Vor diesem Unternehmen werden wir noch wie vor unsere Presse warnen, und wir können nur bedauern, doch nicht daran ändern, wenn wir dabei den Unternehmern fränten.

Was ist Revisionismus?

Im Anschluß an die Besprechung des „Vorwärts“-Konflikts hat sich im „Van-Gilsarbeiter“ eine interessante Polemik über Parteirichtungen entsponnen. Die letzte Nummer des genannten Blattes veröffentlicht die folgende Aufschrift aus Gewerkschaftskreisen. Der Schreiber ist Genosse Fröblich-Köln:

Die Redaktion verlangt von mir eine Abhandlung darüber, was Revisionismus ist und wer Revisionist ist. Unsere Redaktion wäre ja eigentlich berufener, diese Frage zu beantworten, weil sie näher an der Quelle ist als ich. Im Volksmunde gelten als Revisionisten solche Leute, die gern von sich reden machen und zu diesem Zwecke allerlei vom Jamme brechen; Leute, von denen die Sozialdemokratie als ein schwankendes Schiff hingestellt wird, dem man sich nicht anvertrauen könne; Leute, denen die Bewegung alles, und das Gabel gar nichts ist; Leute, die Gott danken, daß die „Neue Zeit“ nicht viel von Arbeitern gelesen wird; Leute, die den Generalstreik für Generalmusik erklären, und die Diskussion über den politischen Massenstreik verbieten wollen (Meinungslosigkeit); Leute, die lieber heute wie morgen dem Proletariat die Kräfte nehmen möchten; Leute, die, wie noch gestern im Kölner Kartell geheißen ist, sich darüber beschwören und über die Massen aufregen, daß in Gewerkschafts-Veranstaltungen die sozialdemokratische Arbeiterpresse empfohlen wird; Leute, die sich damit brüsten, die als Gauleiter in öffentlichen Versammlungen erklären, noch nie Geld für den sozialdemokratischen Reichstags-Wahlfonds gegeben zu haben und darauf ordentlich stolz sind. Weiter werden Leute als Revisionisten angesehen, die den „Vorwärts“-Konflikt als eine Parteifeiße hinstellen und nicht müde werden, ihn aufzubauchen zum Schaden der gesamten Arbeiterklasse und zum Ruhm und Frommen der herrschenden Klasse. Mit einem Wort: alle diejenigen, die durch ihr Tun und Treiben der allgemeinen Arbeitertasche Schaden und deren Wirken wie Sprengpulver und Schwefelwasser wirkt. Sie alle sind dem gewöhnlichen Untertanenverstande der Arbeiter unter dem Sammelnamen Revisionisten bekannt. Wie muß es doch die Begeisterung der Arbeiter zu heißen Flammen anzufachen, wenn ich folgendes in dem Verbandsorgan der Arbeiter, dem „Correspondent“ lese. Unter Hinweis auf das nach dem letzten Jahresbericht in den verschiedenen Kreisen des Verbandes befindliche Vermögen von insgesamt 5 990 000 M. schreibe das Blatt in Nr. 126: „Rechnen wir rund davon vier Millionen verfügbar für Streikunterstützung und folgen dann den streifenhaften Lodungen der Generalstreikpostel a la Rosa Luxemburg, so wäre die ganze Herrlichkeit auch bald zu Ende — und das Hungern für die Ueberzeugung könnte seinen Anfang nehmen.“ Und der, der das verbrochen hat, gehört mit unter den Sammelnamen.

Auf die Frage, welchen Wert ich den Vertrauensumgebungen für den Parteivorstand und die Berliner Prekominmission beimesse, antworte ich: Überdies mehr als allen Antworten, die gegen Parteivorstand und Prekominmission in dieser Angelegenheit gerichtet worden sind.

Lösung der Hamburger Parteiorganisationen von der Organisation der Provinz Schleswig-Holstein. Die Organisation in Hamburg und Schleswig-Holstein ein Organisations- und Agitationsgebiet, existiert in lofer, dann in festerer Form. Vom Jahre 1891 bis 1904 unterstützte Hamburg die provinzielle Agitation in jeder Weise. Auf dem vorjährigen Parteitage in Remmünster wurde unter hervorragender Mitwirkung der Hamburger Delegierten eine Parteiorganisation geschaffen und die Anstellung eines Parteisekretärs beschlossen, für welchen Posten der Genosse Saalfeld-Hamburg gewonnen wurde. Kurz vor dem diesjährigen Provinzialparteitag in Elmshorn sagte eine lombinierte Parteiverammlung in Hamburg den Beschluß, aus dem Agitationsgebiet auszufcheiden. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß Hamburg mit seinen besonderen Landes- und Kommunalgesetzen nicht in das Organisationsgebiet hineinpaße, daß auf Grund des allgemeinen Organisationsstatuts neben dem Parteivorstand in Berlin keine Nebenregierung Erziehungsberechtigung habe und daß sämtliche verfügbaren Gelder an die Hauptkasse abzuführen seien, von wo die schlechter gestellten Landesteile in finanzieller Hinsicht unterstützt werden müßten. Auf Grund dieses Beschlusses hat in den Hamburger Vereinsversammlungen eine Ueberstimmung über das Organisationsverhältnis zur Provinz stattgefunden und es wurde mit 1610 gegen 640 Stimmen beschlossen, aus der Provinzorganisation auszutreten.

Der „Avanti“ vor Gericht.

Rom, 5. Dezember. (Fig. Ver.) In der Privatklage des Abgeordneten de Richele gegen den „Avanti“ wegen Verleumdung ist gestern in der Appellinstanz der Redakteur Genosse Orano freigesprochen, für dessen verantwortlichen Redakteur Gen. Salustri das Urteil der ersten Instanz — 10 Monate Gefängnis — bestätigt worden. Man nimmt an, daß der Privatkläger nach diesem Urteil seine Klage zurückzieht, da es sich lediglich um eine falsche Information handelte, die der „Avanti“ sofort berichtigte, und dem Abgeordneten de Richele wohl nichts an dem Strafvolzug an den gänzlich unbeteiligten Salustri gelegen sein kann.

Es geht vorwärts!

Unser Offenbacher Parteiblatt berichtet, daß es bereits mehr als 8000 Abonnenten hat. Seit Jahresfrist ist das ein Zuwachs um rund 1000 Abonnenten und alle Zuschriften, immer „höher hinauf“ zu kommen, denn nicht mit einem Schuß kam der „Avanti“ ganz allmählich aber andauernd. Und die neu gewonnenen Abonnenten sind geblieben! Die Achttausend sind jetzt unser fester Stamm — und wir sagen wie der Kaiser, wenn er neue Schiffe bewilligt freigt: Nun aber weiter! Die Hälfte aller sozialdemokratischen Wähler im Kreise Offenbach-Dieburg haben wir zu Abonnenten, nun frisch voran und die zweite Hälfte gewinnen!

Nahrung und Ernährung! Unter diesem Titel erschien soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts das 8. Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Es handelt vom Essen und Trinken, also von einem für Arbeiter sehr wichtigen Kapitel. Bei ungenügendem Ertrag des durch die Arbeit verbrauchten Körpermaterials geht der Ernährungszustand und damit die Arbeitskraft zurück. Ist es daher schon in normalen Zeiten für den Arbeiter von der größten Wichtigkeit, über den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel, ihre Zusammenfügung und zweckmäßige Zubereitung, über die Gelege der Ernährung und des Stoffwechsels, über den Ausgabe- und Einnahme-Etat, den „Haushalt des Körpers“ aufgeklärt zu werden, so wird diese Erkenntnis unabwendbar in der Zeit der Fleischnot und der allgemeinen Preissteigerung aller Lebensmittel.

Mit dem allzu knapp bemessenen Lohn gilt es, nach Möglichkeit auszukommen, sich selbst und die Familie noch allenfalls ausreichend zu ernähren. Da muß man wissen, in welchem Verhältnis sich die einzelnen Nahrungsmittel und Nahrungsmittel einander vertreten und erleben können.

Diese Kenntnis und Einführung zu vermitteln, ist die Aufgabe der vorliegenden Broschüre, welche durch eine farbige Tafel über den Nährwert der wichtigsten Nahrungsmittel noch einen besonderen Wert erhält.

Die Broschüre, in allen Parteibuchhandlungen erhältlich, kostet 20 Pfennig.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir noch an die bereits früher erschienenen Hefte der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek, die in allgemeiner verständlicher Weise die einzelnen Gebiete der Gesundheitspflege behandeln.

Jedes Heft ist für sich abgeschlossen, ein Verzeichnis der einzelnen Hefte liefert auf Wunsch jede Parteibuchhandlung.

Berichtigung. Die zuletzt 1893 neu herausgegebene Broschüre von Webel „Glossen zu Jues Cagots und Sigmund Lacroix“ Die wahre Gestalt des Christentums“ ist, wie uns die Buchhandlung Vorwärts mitteilt, nicht vergriffen; sie sei denn auch den Genossen hiermit besonders empfohlen.

Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

— Auf der „Volkswacht“ - Suche. Auf Anordnung des Staatsanwalts in Waldenburg erschienen Donnerstag nachmittag in den Wohnungen der Kolporteurin Scholz und Teuber in Nieder-Hermisdorf zwei Polizeibeamte, um nach Nr. 283 der „Volkswacht“ zu suchen. Die Suche war aber nicht groß, man fand bei jedem nur ein Exemplar, worüber ein Protokoll aufgenommen wurde. Die Polizei hat offenbar viel freie Zeit.

Aus Industrie und Handel.

Der Reichsbank-Diskont.

Die schon angekündigte Erhöhung des Reichsbank-Diskont wurde in der gestern stattgefundenen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank vorgenommen. Der Diskont wurde von 5 1/2 auf 6 Proz., der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren auf 7 Proz. erhöht. Die Zustimmung des Ausschusses, der nur beratende Stimme hat, konnte das Direktorium nicht erlangen.

Mit dieser Veränderung hat die Reichsbank den Jahresrekord erreicht. Am 10. Januar d. J. wurde der Satz von 5 auf 4 Proz. herabgesetzt, am 11. Februar folgte die Herabsetzung auf 3 1/2 Proz., der tiefste Stand wurde mit dem Heruntergehen auf 3 Proz. am 25. Februar erreicht. Am 11. September folgte dann die Erhöhung auf 4 Proz., der am 3. Oktober die Heraufhebung auf 5 Proz. und am 4. November auf 5 1/2 Proz. folgte.

Dr. Koch begründete die jegige Maßnahme mit der außerordentlichen Anspannung des Geldmarktes durch die Industrie, wodurch die Bank in den wesentlichen Positionen auf einen unhaltbaren Status geraten sei. Die Diskonterhöhung werde zu starken Anforderungen hemmend entgegenwirken und den Goldbestand durch Eingang vom Auslande stärken.

So viel Erklärungen man für den hohen Satz auch finden mag, die Diskonterhöhung auf 6 Proz. ist ein bedenkliches Zeichen. Seit 1900 ist dieser Satz nicht wieder erreicht worden. Zwar wurde am 19. Dezember 1900 der Diskont sogar noch von 6 auf 7 Proz. erhöht, aber schon am 12. Januar 1901 erfolgte die erste Diskonterherabsetzung. Es begann an verschiedenen Stellen des Konjunkturgebüdes zu knistern, und es folgte bald das Knacken und Zusammenstürzen hinterher. Der Gedanke, daß die diesmalige Diskonterhöhung als ein Krisenzeichen bewertet werden müsse, wird natürlich von verschiedenen Seiten eifrig zurückgewiesen. Allerdings auf eine Krise wie damals braucht man nicht zu schließen, zweifellos wird aber eine Abflauung eintreten und Direktor Koch tröstet mit der Bemerkung, die hohen Ansprüche der Industrie müßten in andere Kanäle abgeleitet werden. Die Börse reagierte auf die Statusveränderung teilweise mit Rückgang der Kurse, wozu aber auch Nachrichten aus Ausland beigetragen haben mögen.

Bessimistische Stimmen.

Schon der Deutsche Stahlverband ließ kürzlich in seinem Urteil über die Lage einige trübe Töne durchklingen. Bessimistisch ist nun auch das Bild, das die Leitung des ober-schlesischen Stahlverbandes von dem Wirtschaftsmarkt entwirft. Sie schreibt: „Das Geschäft hat in den letzten Wochen einen ruhigeren Charakter angenommen. Nachdem sich sowohl der Handel wie die Konsumenten für die nächsten Monate mit geringeren Quantitäten versorgt haben, ist naturgemäß ein Stillstand in der Tätigkeit neuer Abchlüsse eingetreten. Soweit der Großhandel in Betracht kommt, wird dieser bemüht, die gekauften Quantitäten an die Unterabnehmer abzugeben, was im großen und ganzen ohne Schwierigkeiten möglich war. Es bleibt nun abzuwarten, ob die derzeit aufgenommenen Quantitäten zu den vereinbarten Fristen zur Abnahme gelangen werden.“ Es wird dann weiter allerdings der bestimmtes Öffnung Ausdruck gegeben, daß mit Beginn des neuen Jahres die Spezifikationen wieder reichlicher einlaufen, aber mancher wird sich mit solchen Hoffnungen genarrt sehen. Die faktischen Äußerungen sind das Präliminum zu Trauermelodien.

Die amerikanische Gefahr.

Die Frage, ob es eine amerikanische Gefahr gibt, beantwortet der Haller Privatdozent Dr. Hermann Levin, der über die amerikanischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten in der Stahlindustrie eingehende Studien gemacht hat, im allgemeinen verneinend. Für ihn ist die Gefahr gebunden, sie könnte aber für Deutschland gelöst werden durch eine verbesserte Politik. Die Stärke Deutschlands sei gesichert, wenn der Verarbeitungsindustrie die Konkurrenzfähigkeit nicht künstlich erschwert werde durch Verteuerung der Materialien. — Diesen Weg haben wir aber längst beschritten. Die Frage der amerikanischen Gefahr wird daher, und das Fazit zieht auch Dr. Levin, durch unsere neue Wirtschaftspolitik, durch welche die Rohmaterialien verteuert, die Ernährung des Volkes verbleibert, damit auch die Leistungsfähigkeit und Intelligenz der Arbeiterschaft ungünstig beeinflusst wird, sehr an Bedeutung gewinnen. Nicht weil Amerika — sondern weil unsere Agrarier und industriellen Feinde der deutschen Volkswirtschaft durch Rücksichtslosigkeit gefährlich werden.

Amerikanische Versicherungsgesellschaften. Durch die jüngsten Enthüllungen über die unerhörte Verschwendung von Versicherungsgeldern ist beim Publikum ein starkes Mißtrauen gegen diese Gesellschaften im allgemeinen rege geworden. Der Equitable-Standard, die Aufdeckung von Korruption in der Mutual und New York Life Insurance Co. u. a. hat bewirkt, daß viele Versicherte die Weiterzahlung ihrer Beiträge einstellen und ihre Ansprüche verloren geben. Amerikanische Zeitungen erklären, eine solche Preisgabe sei unter allen Umständen sehr töricht, denn als Finanzinstitut könnten die großen Gesellschaften als unbedingt sicher gelten. Jeder Anspruch eines Versicherten sei voll befriedigt worden; im Verhältnis zu den vorhandenen Kapitalien seien die größten vergebenden Summen nur Bagatelien. Die Inhaber von Versicherungspolice sollten energisch darauf dringen, daß gründliche Reformen vorgenommen werden, aber sie sollten nicht ihre wertvollen Ansprüche aufgeben. Die Untersuchung der Verhältnisse in den Versicherungsgesellschaften durch das New Yorker Staatskomitee hat übrigens schon in reformatorischem Sinne gewirkt.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Zigarrenindustrie schreibt die „Arbeitsmarkt-Corresp.“:

„Schon im vorigen Jahre war der Geschäftsgang in der Zigarrenindustrie vor Weihnachten sehr lebhaft; in diesem Jahre wurde aber diese Lebhaftigkeit noch übertrieben. In den Betrieben der Hauptbezirke waren die Weihnachtsbestellungen so reichlich eingegangen, daß lange Zeit hindurch unter Anspannung aller verfügbaren Arbeitskräfte gearbeitet werden konnte. So schließt im allgemeinen das Jahr 1905 noch etwas besser als das Jahr 1904. Schon die Ziffern der Rohstoffversorgung weisen auf diese Besserung hin, die freilich lange nicht so stark war wie die Besserung des Vorjahres gegen 1903. Die Versorgung mit ausländischem Tabak stellte sich nämlich während der ersten zehn Monate in Doppelzentnern auf:

1903	1904	1905
523 000	548 776	551 425

Die Zunahme von 1903 auf 1904 ist ganz erheblich größer als die von 1904 auf 1905. Auch auf dem Arbeitsmarkt zeigte sich die Gunst der Lage, insofern als die Zahl der Beschäftigten mindestens so groß war wie 1904.“

Schuldenschnitt. Für die Couponabschneider von der Aktien-Gesellschaft Werresheimer Glasbläserwerke ist die Konjunktur günstig, sie haben für ihre mühselige Arbeit ohne Kampf eine Lohnerhöhung erzielt. Anstatt 7 1/2 Proz., wie im Vorjahre, sollen diesmal 10 Proz. Dividende verteilt werden.

Hoch lebe der Internationalismus! Wenn es sich ums Geschäft handelt, dann betrachten die hitzigsten Chauvinisten die Internationalität als — profitable Tugend. In Paris hat in den letzten Tagen nach dem „Jeun Ronger“ zwischen Vertretern des deutschen Stahlverbandes und der U. S. Steel Corporation eine Konferenz stattgefunden zwecks Abschluß einer internationalen Verständigung über den Verkehr von gezogenen Drähten. Auch mit Ausgestaltung des internationalen Schienenverbandes und Lieferung deutscher Halbzeuge für den amerikanischen Markt soll sich die Konferenz beschäftigen.

Machterweiterung. König Thibsen ist seitens des Oberbergamts Dortmund das Eigentumsrecht an zwei neuen linksrheinischen Steinkohlenbergwerken und der Gewerkschaft Deutscher Kaiser das Eigentumsrecht an drei niederrheinischen Salzbergwerken, umfassend je 2 200 000 Quadratmeter Fläche, verliehen worden.

Rohlfund. Die internationale Bohrergesellschaft ist im Münsterlande im Kreise Lüdinghausen bei Selm kündigt geworden. Es wurden ergiebige Plätze von guter Beschaffenheit angebohrt.

Spiritdividende. Die Generalversammlung der Breslauer Spiritfabrik genehmigte — ohne sich zu främen — die Auszahlung einer Dividende von 15 Prozent.

Soziales.

Gegen die Sonntagsruhe der Binnenschiffer. Der Ausschuß des Zentralvereins zur Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt hielt am Freitag im Teltower Kreishause eine Sitzung ab. Der lebhaft großkapitalistischen Zwecken dienende, von dem national-liberalen Abgeordneten Krause geleitete Verein gab seiner antisozialen und großkapitalistischen Anschauung über die Forderung einer Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt nach einem Referat von Dr. Stühmann - Auhorst in folgender, einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck:

„Der Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt erklärt nach erneuter eingehender Beratung unter Aufrechterhaltung seiner Beschlüsse vom 27. Februar 1895 sowie vom 14. April 1905, daß die Einführung einer gesetzlichen Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt aus natürlichen, betriebstechnischen und wirtschaftlichen Gründen im höchsten Maße bedenklich ist, und daß die darauf hinzuleitenden Bestrebungen mit Rücksicht auf die vielfältigen Nachteile, welche sich für die an der Binnenschiffahrt beteiligten Kreise von Handel, Industrie und Landwirtschaft aus der Erschwerung des Schiffsahrtbetriebes ergeben würden, mit allem Nachdruck zu bekämpfen ist.“

Diese Resolution konnte zur einstimmigen Annahme gelangen, wiewohl auch die Erhebung des Votates für Arbeiterstatistik über die Lage der Binnenschiffahrt die Notwendigkeit einer Besserung der Lage der Binnenschiffer, insbesondere aber eine gesetzliche Einführung eines Ruhetages klar erweisen.

Zum Wohnungselend der Zigarrenarbeiter. Das Kammergericht erklärte eine für den Regierungsbezirk Düsseldorf erlassene Polizeiverordnung vom 29. Juni 1896 für rechtsgültig, durch welche unter anderem bestimmt wird, daß in der wärmeren Jahreszeit auf Zigarren beschäftigte Arbeiter zwar in Holzbaracken untergebracht werden können, daß diese aber ein gesundes, gegen Witterungseinflüsse schützendes Unterkommen müßten. Die Verordnung trifft dann noch nähere Bestimmungen über die zulässige Größe der Schlafkammern und dergleichen. Das Kammergericht verwarf die Revision des in zweiter Instanz vom Landgericht Düsseldorf wegen Uebertretung der zitierten Vorschrift verurteilten Zigarrenarbeiters Haum aus Obden, von dessen Arbeiterbaracken festgestellt worden war, daß die Luftkühler der Haffende Zugen aufzuweisen, nachdem das Holz unter dem Einfluß sommerlicher Wärme sich verzogen hatte. Begründend wurde vom Kammergericht ausgeführt: Die Verordnung sei gültig. Wie die aus allen möglichen Gegenden zusammenströmenden Zigarrenarbeiter wohllich untergebracht würden, sei nicht nur für die Leute selbst, sondern auch für das Allgemeinwohl von großer Bedeutung. Krankheiten könnten einge- und verbreitet werden und ihre Fortschritt zu einer einschneidenden Positionen sehr leicht. D.

Verordnung sei aber auch richtig angewendet worden, indem das Landgericht mit Recht annehme, daß es kein gesundes, gegen Witterungsgefahren schützendes Unterkommen sei, wenn die Außenwände eines Brauereihauses weit stehende Fugen aufweisen. — Diese Entscheidung des Kammergerichts anerkennt also, daß die höhere Polizeibehörde das Recht hat, gegen ungesunde Wohnungsverordnungen zu erlassen. Eine Behörde, die ein Recht hat, hat auch die Pflicht, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Nicht nur im Siegelstein steht es sehr traurig mit den Behausungsverhältnissen, das Wohnungselend, unter dem Erdarbeiter, Schuttler, Landarbeiter und das Gefinde leiden, ist nicht minder groß. Eine Wohnungsinspektion, Verordnungen zur Beseitigung der größten Wohnungsmisere auf dem Lande und in den Städten tun dringend not. Im Reichstag wird bekanntlich ein Reichs-Wohnungsgesetz seit Jahren von sozialdemokratischer Seite gefordert.

Außerordentlicher österreichischer Gewerkschaftskongreß.

(Telegr. Bericht.) Wien, 10. Dezember, Dritter Verhandlungstag.

Heute wurden die Beratungen des österreichischen Gewerkschaftskongresses zum Abschluß gebracht.

Zu Beginn der Sitzung gab der Sekretär der Gewerkschaftskommission das Resolütat der gestern nachmittags vorgenommenen Abstimmung über das Programm der tschecho-slawischen Kommission in Prag bekannt, nach welcher eine nationale Gliederung der gewerkschaftlichen Organisation durchzuführen wäre. Von 230 202 abgegebenen Stimmen entschieden 2364 für das Prager Programm und 197 202 Stimmen gegen dasselbe. Der Abstimmung enthielten sich 30 686 Stimmen und abwesend waren 9010 stimmberechtigte Stimmen.

Namens der Reichsgewerkschaftskommission nahm hierauf **Beer** das Wort. Er führte aus, nachdem die Abstimmung ergeben habe, daß die überwiegende Mehrzahl der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter aller Nationen die Erhaltung der bestehenden Zentralorganisation wünsche, traten die Mitglieder der Landeskommissionen und der Reichskommission noch gestern abend zu einer Beratung zusammen, um eine neue Basis zu einem friedlichen Nebeneinanderarbeiten mit den tschechischen Genossen zu finden. Diese Verhandlungen haben zwar zu keinem Resultat geführt, aber die Diskussion habe gezeigt, daß es dennoch nicht ausgeschlossen sei, die notwendige Einigung zu erzielen. Das Empfinden der Tschechen, daß sie als Besiegte von dem Kongresse gehen, sei nicht berechtigt. Der Kongreß habe nicht den Zweck, Sieger oder Besiegte zu schaffen. Die tschechischen Genossen können überzeugt sein, daß man ihnen sprachlichen Bedürfnissen nach jeder Richtung entgegenkommen werde. Nach Rekapitulation der nationalen Differenzen begründete Redner einen Antrag der Reichsgewerkschaftskommission zur Abänderung der Bestimmungen für die Gewerkschaftskommission Oesterreichs. Nach demselben soll dieselbe statt wie bisher aus 12 aus 16 Mitgliedern bestehen. Die vier neuen Mitglieder sind aus den bestehenden Landeskommissionen von Böhmen, Mähren, Galizien und Kärnten zu wählen. Man hoffe, erklärte Redner, dadurch Reibungen zwischen den verschiedenen Nationen zu verhindern, indem hierdurch eine intime Verbindung zu denselben geschaffen werde. Der erweiterten Reichskommission werden insbesondere Angelegenheiten der Sozialpolitik, Zentralorganisation, großer Lohnbewegungen des In- und Auslandes und die Wahl von Vertretern zu internationalen Gewerkschaftskonferenzen der Beratung und Vorklaffung suchen. Redner betonte ferner die Notwendigkeit, das Votum des Kongresses im Interesse der starken einheitlichen Organisation zu respektieren und sprach den Wunsch aus, daß bei den tschechischen Genossen keine Verstimmung zurückbleibe. Man möge friedlich und brüderlich auseinandergehen zum Nutzen der gesamten Arbeiterschaft des ganzen Reiches. (Beifall.)

Der von der Reichskommission gestellte Antrag bezüglich der Abänderung der Bestimmungen für die Gewerkschaftskommission Oesterreichs wurde sodann einstimmig angenommen.

Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden **Smilka** wurde der Kongreß geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Dammerjungensreich. Ein echter Dammerjungensreich führte gestern den 10-jährigen Hausdiener Hermann Stads unter der Anklage der versuchten Erpressung vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte ist ein zu Abenteuer aller Art hinneigender junger Bursche, der durch die Lektüre von Indianergerichten und Hintertreppentomanen in seinen Phantasien noch befeuert wurde. Er hatte den Plan gefaßt, nach Afrika auszuwandern und dort sein Glück zu versuchen. Er hatte sich auch schon als nötigste Reiserogist Oist und einen Dolch besorgt, es fehlte ihm nur noch am Reisegeld. Dieses versuchte er sich in romantischer Weise zu verschaffen. Die 53-jährige Mobierlehrerin **A.** in der Raupachstraße erhielt eines Tages einen Brief, der sie einigermassen in Angst versetzte. Der Inhalt war etwa folgender: „Wenn Sie nicht unter den Teppichvorleger 200 M. zur Abholung bereit legen, dann verschwinden Sie von der Bildfläche.“ Der Brief trug die Unterschrift „Die Rajia“ und drei Kreuze, sowie die Abbildung eines Dolches. Auf Rat der Polizei legte die Bedrohte einen Brief unter den Türvorleger, in welchem sie schrieb, daß sie leider nur imstande sei, 60 M. für die Rettung ihres Lebens vor der Rache der „Rajia“ aufzubringen. Diesen Brief entdeckte durch Zufall ein ganz unschuldiger und unbeteiligter junger Mann, der vorübergehend in Verdacht kam, der Erpresser zu sein. Fräulein **A.** erhielt dann noch einen zweiten Brief ähnlichen Inhalts von dem Angeklagten, das Experiment wurde wiederholt und nun gelang es, den Angeklagten abzufassen. Dieser war gestern gefänglich und erklärte auf Befragen, daß er von den Taten der Rajia manderei gelesen habe. — Der Staatsanwalt gab zu, daß es sich um einen recht törichtem Streich handle; da aber der Angeklagte durch sein ganzes Vorgehen doch einen hohen Grad von Verdacht gezeigt habe, so sei eine Strafe von — 6 Monaten Gefängnis am Platz. Der Gerichtshof erkannte auf 6 Wochen Gefängnis unter Anrechnung von 4 Wochen Untersuchungshaft. — Eine Sühne des tschechischen Streichs durch Verweis wurde wohl hinreichende Sühne gewesen. Mag sein, daß das Gericht auf Gefängnis erkannte, da nun einmal der junge Mann in Untersuchungshaft saß. Würde unsere „patriotische“ Erziehung die jungen Leute nicht mit Indianergerichten, Kolonialschwindelen und sonstigen Hintertreppengeräthungen füttern, so wäre der Angeklagte jedenfalls auf den dummen Streich verfallen. Wollends unverständlich bleibt das von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafmaß. Einem ähnlichen Studentenstreich gegenüber würde schwerlich Gefängnis beantragt sein.

Schmutzliches Verfahren eines Regierungspräsidenten. In einer Geburtsstagsfeier bei Stadtrat **H.** in Stettin war auch der zweite Bürgermeister Roth erschienen. Er kam dieselbe aus einer Magistratsfeier, wo über die Wahl von zwei Oberärzten für das Stettiner städtische Krankenhaus verhandelt worden war. Im Kreise der anwesenden Herren, intimer Bekannten, darunter aber auch zwei Nichtmitglieder des Magistrats, äußerte sich Roth auf eine Frage kurz über die Sitzung. Er soll aus dieser mitgeteilt haben, daß Stadtrat **E.** der Empfehlung des ersten Bewerbers um die Oberarztstelle als eines Antisemitischen überhaft entgegenstehe. „Darauf lege ich keinen Wert; wer nicht einen guten Tropfen ertrogen kann, das ist kein redlicher Mann.“ Weiter soll er erzählt haben, ein anderer Stadtrat hätte seinen Juden als Oberarzt wählen wollen, weil er Bedenken gehabt hätte, christliche Assistenzärzte einem jüdischen Oberarzt zu unterstellen. (Der eine, auch

später gewählte Bewerber ist Jude.) Dem Oberbürgermeister kam die Sache zu Ohren. Er hielt nach Ermittlungen auch für fest gestellt, daß Bürgermeister Roth jene Mitteilung vor Herren, von denen zwei nicht zum Magistrat gehörten, gemacht habe. Er erließ darauf eine Ordnungsstrafverfügung an **R.**, indem er ihm einen Verweis erteilte. Wegen der Wiedergabe der Worte des trinktrohen Stadtrats wollte er amlich nicht einwirken. So erklärte der Oberbürgermeister in der Verfügung. Dagegen sei ein Verweis darüber angebracht, daß **R.** die Bedenken eines anderen Stadtrats gegen die Wahl eines jüdischen Oberarztes wieder erzählt habe. Die Weitererzählung konnte zu Behauptungen und zur Verletzung der jüdischen Bevölkerung führen. — Die gegen die Verfügung gerichtete Beschwerde **R.s** wurde vom Regierungspräsidenten verworfen. Der Regierungspräsident führte zum Schluß seines sonst im Sinne der oberbürgermeisterlichen Verfügung gehaltenen Bescheides aus: Im Interesse des Dienstes liege es, daß die Stadträte ihre Ansicht im Magistrat, besonders aber in Personalfragen, frei und ohne Rückhalt äußerten. Sie könnten das, wenn sie überzeugt sein könnten, daß ihre Äußerungen nicht aus dem Magistrat hinausgetragen würden. Dagegen habe Bürgermeister **R.** sich in der Geburtsstagsfeier durch unbedachte Äußerungen veranlassen. **R.** klagte nun beim Ober-Verwaltungsgericht. Auf den Wunsch des Klägers, der die ganze Angelegenheit noch als völlig ungelöst hinstellte, erhob das Gericht erst Verweis. Darf unrichtige Aussagen samer nicht heraus. Ganz genau wußte ein Zeuge nur, daß **R.**, soweit er überhaupt von Reden aus jener Magistratsfeier spr. dies in absolut harmloser Weise getan habe. Das Ober-Verwaltungsgericht hob füglich den Bescheid des Regierungspräsidenten auf und setzte die Strafverfügung gegen **R.** außer Kraft.

Kommen im Bezirk des pommerischen Regierungspräsidenten wirklich nicht ernstere Verfehlungen konfessioneller Beamter vor, die ein Einschreiten des Regierungspräsidenten rechtfertigen?

§ 175 Str. G. B. Wiederholte Erpressungsversuche gegen ein Mitglied des „wissenschaftlich-humanitären Komitees“ lagen einer Anklage gegen den 27-jährigen Schauspieler **Karl Feigl** zugrunde, welcher gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Oppe**mann II zur Verhandlung kam. Der in Pommern in Oesterreich geborene Angeklagte war einige Zeit bei dem Leiter des „wissenschaftlich-humanitären Komitees“ **Dr. Firsche** als Ausfühlsdiener angestellt gewesen. Hier lernte er in einer Vertrauensmännerversammlung den Privatgelehrten **Dr. Benedict Friedlaender** kennen. Dieser gewann einiges Interesse für den Angeklagten, der viel von seinen Reisen und Abenteuern auf einem Schiffe des Norddeutschen Lloyd erzählte, da er selbst große Reisen nach fernem Weltteilen unternommen hatte. Dieses Interesse soll, nach einseitiger Angabe des Angeklagten, sich bald in ein näheres Verhältnis verwandelt haben, welches strafrechtlich unter § 175 Str. G. B. fällt. **Dr. Friedlaender** unterstützte den Angeklagten in der weiteren Folge mit teils erheblichen Beiträgen. Als Feigl infolge verschiedener Angelegenheiten vorübergehend in Zürich Aufenthalt nahm, richtete er von hier aus an **Dr. F.** ein Unterstützungsgesuch, worauf er von diesem 150 M. erhielt. Bald darauf forderte Feigl nochmals 300 M., die ihm indessen verweigert wurden. Der Angeklagte richtete daraufhin mehrere Briefe, die in ziemlich drohendem Tone gehalten waren, an **Dr. F.**, in denen er anforderte, er werde eine Broschüre verfassen, durch welche mehrere Mitglieder des „wissenschaftlich-humanitären Komitees“ stark kompromittiert würden. Zugleich wurde dem Adressaten andeingelegt, die Broschüre im Originalmanuskript gegen eine ziemlich hohe Summe zu kaufen, und so die sich weiter ergebenden Konsequenzen zu befeitigen. Auf Grund dieser Briefe wurde gegen den Angeklagten Anzeige wegen Erpressung erhoben, er selbst zugleich verhaftet. Von einer dritten Seite wurde für ihn eine Kaution von 3000 M. gestellt und er einstweilen wieder aus der Haft entlassen. — In dieser Sache stand schon einmal Termin an, der seinerzeit verlegt wurde, weil der Verteidiger Rechtsanwalt **Viktor Fraenkl** den Antrag stellte, den Angeklagten, der wiederholt Briefe des konfuzischen Inhalts an verschiedene Personen gerichtet hatte und aller Wahrscheinlichkeit nach unzurechnungsfähig sei, auf seinen Geisteszustand zu untersuchen. In der gestrigen Verhandlung gab der psychiatrische Sachverständige **Dr. Seiffer** sein Gutachten dahin ab, daß Feigl ein psychopathischer Mensch sei, der § 51 Str. G. B. jedoch keine Anwendung bei ihm finden könne. — Der Gerichtshof hielt mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit derartiger Erpressungen eine empfindliche Strafe für angebracht und erkannte wegen wiederholter versuchter Erpressung auf ein Jahr Gefängnis sowie drei Jahre Ehrverlust.

Simulationseinwand eines Chefs. Die Lageristin **D.**, die mit einem Monatsgehalt von 65 M. bei der Firma **Karl Scheier** angestellt war, erkrankte im Juli an Wechdurdurchfall und erhielt seitens des Kassenarztes **Dr. Broh** das Krankenattest ausgehellt. Ihr Fernbleiben vom Geschäft wurde ordnungsgemäß entschuldigt. Der Chef wollte an die Krankheit des Fräuleins nicht recht glauben, da er ihr kurz vorher einen Urlaub abgefragt hatte und gab nun sein Interesse für seine Angestellte in folgender Weise kund. Er sandte nach einigen Tagen unangemeldet seinen Hausarzt **Dr. M.** in die Wohnung des Fräulein **D.**, der konstatierte, daß diese zwar nicht ganz gesund, aber doch nicht so krank war, daß sie nicht im Geschäft tätig sein könnte. Der Chef benachrichtigte die Erkrankte von ihrer sofortigen Entlassung.

Zu der Verhandlung vor der zweiten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts am Sonnabend waren beide Ärzte behufs Abgabe ihres Gutachtens geladen, um festzustellen, ob die Klägerin simuliert habe oder nicht. Während der Hausarzt des Chefs zugab, daß der Zustand der Klägerin im Stadium seiner Untersuchung noch keinen Rückschluß zulasse auf deren Gesundheitszustand während der vorhergehenden Tage, erklärte **Dr. Broh** eine Simulation der Klägerin für absolut ausgeschlossen, sie war in der fraglichen Zeit zweifellos arbeitsfähig. Diese positive Aussage eines Kassenarztes wogte der Beklagte mit den Worten in Zweifel zu ziehen: „Die Klägerin sagt, sie hat Wechdurdurchfall gehabt, gesehen habe doch aber der Herr Doktor nicht“, worauf **Dr. Broh** die richtige Antwort gab: „Ja, soll ich mir extra extra vormachen lassen?“ Der Vorsitzende schlug einen Vergleich vor, gemäß welchem die Klägerin 100 M. zugesprochen erhalten sollte und mit dem sich schließlich auch die Klägerin einverstanden erklärte, da sie das Geld sofort ausgezahlt erhielt und wegen ihrer mitschuldigen Lage leider auf ihren gerechtfertigten weitergehenden Anspruch verzichtete.

Vermischtes.

Zwei spanische Torpedoboote durch Feuer zerstört. Bei einem Brande des Arsenal von La Carraca bei Cadix sind zwei in Reparatur befindliche Torpedoboote zerstört worden. Außerdem ist ein Matrose in den Flammen umgekommen. Die beiden Boote sind „Arriero“ und „Rano“. Der Gesamtschaden wird auf drei Millionen Pesetas geschätzt; viele Arbeiter dürften beschäftigungslos werden.

Schwere Arbeit. Aus Monte Carlo werden dem Berliner Tagebl. folgende „Momentaufnahmen“ übermittelt: In den Moutettesalen: Großfürst Nikolaus von Rußland, von einem Tisch zum andern gehend, setzt überall das Maximum, ohne das Resultat abzuwarten, spielt an vier Tischen zugleich und läßt sich, falls er gewinnt, das Geld ausgeben, bis er wieder an den Tisch kommt — verliert täglich seine 100 000 Frank! — Der Kronprinz von Schweden setzt Stundenlang seine 5 Frank und gerät oft mit alten Frauen wegen seines Einsatzes in Wortwechsel — zieht natürlich stets den Kürzeren. Am treito et quaranto-Tisch: Großfürst Nikoll mit seiner nun angetrauten Frau. Sie spielen keines Spiel und zählen alle Augenblicke ihre Louis, die sie in der Hand halten. Haben ausgesprochenes Pech — was dem alten Sprichwort recht gibt. — An einem anderen treito et quaranto-Tisch sitzt ein kleiner bieder Frankfurter Kaufmann mit zwei höchst unschönen Frauen. Er spielt mit Tausenden

frankoscheinen und die Frauen mit Maques. Anfangs gewinnt er mehrermale das Maximum mit 12 000 Fr., doch bald verliert ihn das Glück und er verliert Schlag auf Schlag. Da sagt ihm plötzlich mit lauter aufregender Stimme die eine Frau: „Sehe doch ein Weibchen aus, es stehen wieder Landsteute hinter uns, da lausst du ja nie gewinnen.“ Die Landsteute waren der Erprinz Bernhard und Charlotte von Meiningen, die sich daraufhin schleunigt aus dem Saale machten. — Beim Verlassen der Säle erblickte ich den Kronprinzen von Schweden in angeregter Konversation mit dem Großfürsten Nikolaus von Rußland. Ich blieb auf Entfernung stehen und sah zu meinem Ergötzen, wie Nikolaus den Kronprinzen alle Augenblicke stehen ließ, um seine Einfüge an den Moutettes zu kontrollieren!

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gebühren: 7 Hbr.

N. 3. 4. Es gibt keine gesetzliche Gehaltentabelle. Als angemessen werden für Berlin und Umgebung vom Nebenerwerbem 10 bis 30 M. für die Einführung, 1 bis 2 M. für einen Besuch, 2 bis 3 M. für einen Nachtbesuch, 5 bis 8 M. für eine Radtour, 8 bis 10 M. für eine Tag- und Radtour erachtet. Das Gericht folgt in der Regel diesen Sätzen. 2. Die ob. Besuche zu machen sind, richtet sich nach der Art der Erkrankung. 3. Die Kosten der Krankenpflege für Frauen und Mädchen (Prinzipal, 66 bei 3. Hbr.) — **Kompottschüssel.** 1. Bedenken Sie sich an das Bureau Neue Friedrichstr. 9/10. 2. Rein. 3. Es kann nötige Unentgeltlichkeit eintreten. — **Schneider.** Ja. Sie können eventuell einen Entschädigungsbetrag herbeiführen. — **N. 5. 30.** Der Anspruch auf Unfallrente ist an die Berufsgenossenschaft zu richten. Eine Beihilfe eines Rechtsanwalts ist nicht erforderlich. Durch die Gewährung einer Unfallrente sind die weitergehenden Rechte gegen den Unternehmer ausgeschlossen. Die Grundzüge der Unfallversicherung und Beispiele für Anträge usw. finden Sie S. 330 bis 447 und 575 bis 580 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **1001.** 1. Ja. 2. Das können Sie halten wie Sie wollen. 3. Seine Vorschriften gelten als Norm im Streitfall: Arbeiterrecht S. 145, 149. 4. Das hängt vom dortigen Statut ab. 5. Nein. — **Di. D. 1.** 1. Außerhalb der Kirchengemeinschaft heid. 2. Der Artikel ist uns nicht erreichbar. — **S. M. 32.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet; der Vertrag ist gültig. — **N. 3. 22.** 1. Die Vorschriften sind für die verschiedenen Landesstellen. 2. Rein. 3. Nur mit Genehmigung der Schulinspektoren. Wiederholen Sie eventuell Ihre erste Frage unter Mitteilung ob Sie für eine bestimmte und für welche Gegend Auskunft haben wollen. — **N.** Kommt nicht ermittelt werden. — **M. 6. 7. 24.** Die Höhe einer Invaliden- oder Altersrente läßt sich ohne Einhalt in die Akten und Papiere nicht bestimmen. Die Art der Berechnung ist Seite 492 bis 494 und 501 bis 503 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrecht dargestellt. — **S. 8.** Bei 550 bis 550 Mark Jahresarbeitslohn 0,24, bei 850 bis 1150 0,30, bei höherem Jahresarbeitslohn 0,36 Mark Renten zu haben. — **Kronstrafe.** Ja. — **3. 12. 05.** 1. Ja. 2. Rein. 3. Das hängt von Ihnen ab. 4. Das Erziehungsgeld steht Ihnen zu. Das Besuchsrecht hat auf Anrufen das Amtsgericht zu erteilen. 5. Eine Kenntnis der Urkunde nicht zu beantragen. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. 6. Mindestens 300. Legen Sie den Sie betreffenden Fall dar. 7. Niemand. 8. Der geschiedene Mann hat keine Vorentscheid. 9. Rein. — **S. 3. 24. Wedding 6.** Ohne Einhalt in die in Betracht kommenden Papiere und ohne nähere Kenntnis des Falls nicht zu beantworten. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — **N. 1.** 1. und 2. Die Zustimmung des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses, sowie die des Königs ist in Bezug für die Gültigkeit eines Gesetzes erforderlich. Die Eingehalten der preussischen und württembergischen Verfassung sind wiederholt bei Gelegenheit im „Vorwärts“ besprochen. Können aber unmöglich im Briefkasten auf Wunsch dargestellt werden. 3. und 4. Zustimmung des Reichstags und Bundesrats ist für ein dann vom Kaiser zu verfassendendes Reichsgesetz erforderlich. — **N. 3. 100.** Das Gewerbegericht ist zuständig. — **G. 23. 115.** Bestätigung eines Beschlusses kostet 15 M. Außerdem sind Verpflegungskosten in Höhe eines Monats (24 M.) voranzuzahlen. Schon das führt Sie gegen ein Vorgehen des Gläubigers. Ueberdies ist es in Ihrem Falle ratsam, gegen den Faktorei beim Amtsgericht unter Darstellung des Vergleichs Bescheid einzulegen. Endlich hindert Ihr Zustand eine Verhaftung. — **N. 3. 65.** Soweit ersichtlich, würde ein Verstoß des Besizers schwerlich angenommen werden, die Klage sehr wenig Aussicht auf Erfolg haben. — **G. 2. 20.** Rein. — **N. 6. 10.** 1. Anmerkung einer Besche nach Verkündung des Urteils ist gegen ein Strafverurteil empfindlich. 2. Ja. 3. Das ist nicht zu viel. — **S. 6. Charlottenburg 111.** Rein. — **N. 3. Rummelburg.** Eine Schadenersatzklage wäre ausgeschlossen. — **G. 2. 1.** Rein. 2. Ja. 3. In 10 Jahren. — **Konsequenz.** Die Laufverhaftung besteht. — **G. 2. 23.** Dem Vertrag steht eine Uebergabe nicht. Den Erfordernissen der § 929, 930 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist genügt. Er leidet aber an zwei anderen Mängeln. Der Gesamtinhalt legt nahe, daß kein Verkauf, sondern lediglich eine Verpfändung stattfinden sollte und stattdessen hat. Ferner dürfte es an einer Bürgerhaftklärung der Ehefrau fehlen. Der Antrag richtet nur darauf, daß die Bürgerhaft übernommen habe, nicht, daß sie Bürgerhaft übernimmt. Für eine Bürgerhaft ist solche Erklärung erforderlich. Der Verkauf und die Verpfändung sowie die Bürgerhaft der Ehefrau würden demnach wohl als ungültig, der Vertrag, soweit er den Ehegatten betrifft, nur als Pfandvertrag anerkannt werden. — **N. 3. 2.** Die Gründe würden nicht durchschlagend. Sie können aber einen anderen Sachverständigen vorklagen. — **G. 2. 9.** Der Brief ist nicht gerade sehr höflich, aber eine Erpressung enthält er wohl nicht. Klagen Sie Ihren Anspruch ein. Wegen der Strafverurteilung Sie auf Anträge Nachricht erhalten. — **C. 21. Groß-Lichterfelde.** Die Herrschaft ist für die Dauer von sechs Wochen zur Verfügung in Krankheitsfällen des Kindes verpflichtet. Ob es sich in Ihrem Fall um Gefinde oder einen nicht in das Haus aufgenommenen Knecht oder endlich um einen Fall handelt, in dem bestimmte Vereinarbeitungen zwischen den Parteien getroffen sind, läßt Ihre Anfrage nicht erkennen. Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — **100. M. 3.** Sie müßten bei der Versicherungsanstalt und Ihrer Krankenkasse anfragen. — **Virtu Bolter.** Leider steht dem Arbeiter ein Recht auf Ueberweisung in eine Werkstätte nicht zu. Eine Beschwerde hätte deshalb keinen Erfolg. — **Abspicere.** 1. Ja. 2. Rein. 3. Die Abspicere sollen mindestens fünfzig Jahre sein. Während ist zulässig. Den Weg zur Adoption finden Sie Seite 44 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers durch das Bürgerliche Gesetzbuch beigegeben. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 4. Solche Korporationen, Vereine, Behörden u. dgl. gibt es nicht. — **3. Wähl.** Die Kontrahenzklausel dürfte soweit als ungültig erachtet werden, als sie nicht eine bestimmte Preisbeschränkung enthält. Sie können dementsprechend klagen. — **S. 3. 111.** Rein. — **M. 3. 80.** Ja. — **96.** Das Dispensgesetz ist an das Landgericht (Schiedsgericht) zu senden. Zustimmung des beidseitigen Ehegatten ist zweckmäßig dem von beiden in Betracht kommenden Personen einzureichenden Antrag beigelegen. — **N. 2. 41.** Ohne Einhalt in den Vertrag ist es unmöglich zu beurteilen, wie weit die Rechte oder Pflichten des Meisters in dem von Ihnen geschilderten Fall gehen. — **G. 2. 150.** Leider ist eine Klage ausgeschlossen, weil nach Ihrer Darstellung bereits früher Abweisung erfolgt und überdies Verjährung eingetreten ist. — **S. 2. 10.** Schlichter, Schiedsrichter und Monatsmieter haben, falls nichts anderes vereinbart ist, bis am 15. zum 1. zu kündigen (nicht bis am 1. zum 15.). Die gleiche Kündigungsfrist haben die Vermieter innezuhalten. — **G. 2. 12a.** 1. Rein. 2. Teilen Sie mit, daß Sie mit der Kündigung nicht einverstanden sind und sie als rechtsgültig nicht anerkennen. 3. Rein. — **3. 2. 28.** Falls Ihre Frau ohne Unterbrechung sechs Monate lang Mitglied einer Orts-, Zünfts- oder Betriebsklasse war, so steht ihr der Anspruch zu, das heißt nicht, daß sie derselben Klasse sechs Monate lang angehört haben muß, sondern daß sie sechs Monate hindurch Klassenmitglied war, also nicht inzwischen keine Klasse angehört. — **G. 6. 68.** Wenn Ihr Gehalt jährlich 1500 M. nicht übersteigt, ist eine Klage auf Zahlung der 30 M. ausgeschlossen. Welches Gericht zuständig ist, hängt davon ab, in welcher Stellung Sie sich befinden: Gewerbetreibende? Handlungsgehilfe? Bureauarbeiter? — **N. 3. 4.** 1. Den Kreis der der Klage entzogenen Sachen finden Sie S. 533-538 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts beigelegt. 2. Zur Kündigung sind Sie nicht verpflichtet. — **23. 23.** 1. Rein. 2. Ja. — **N. 3. 7.** 1. Der Ehegattenanspruch geht in Sühneerwerb voraus. Zu diesem ist der Beklagte nicht verpflichtet zu erscheinen. Im Klageerfahren wird, wenn der Beklagte nicht im ersten Termin unentzogen bleibt, neuer Termin anberaumt. In diesem wird der Beklagte wieder geladen. Rührt er sich auch dann nicht, vertritt er, so wird in der Sache verhandelt, eventuell Beweis beschaffen usw. 2. Auch als Beklagter können Sie um Bewilligung des Armenrechts einkommen. Den Weg hierzu und ein Beispiel finden Sie S. 524 u. 525 des in den öffentlichen Bibliotheken ausliegenden Arbeiterrechts. — **N. 5. 4.** 1. Zur Ueberweisung ist kein Antrag erforderlich. 2. Mindestens in zwei Jahren 40. — **G. 2. 118.** Die Befristung genügt. Der Reston fehlt der Grund für die Ehe Vererbung gegen **A.** Ein Beispiel für eine Befristung finden Sie S. 248 Nr. 31 des dem Arbeiterrecht beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **Hannemann.** 1. Zulässigkeiten ist in der Regel kein Entlassungsgrund. 2. Bei 850 bis 1150 M. Jahresarbeitslohn sind 30 Wochentage zu haben. 3. Ein Mädchen kann mit vollendetem 16. Lebensjahre, ein Mann mit erfüllter Volljährigkeit, heiraten.

Für Weihnachten

empfehlen wir unseren werten Lesern nachstehende Werke, die sich zu Geschenken besonders eignen, zur gefälligen Beachtung.

fritz Reuters sämtl. Werke in einer neuen illustrierten Prachtausgabe 2 Bände, elegant in Halbseiden gebunden. Groß-Oktav-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschen Wörterbuch.
Preis nur 3 Mark.

Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie. Herausgegeben unter Mitwirkung von Keryten und Fachgelehrten von **Emanuel Aurm.** 824 Seiten. Groß-Oktav mit 10 Tafeln und 181 in den Text gedruckten Abbildungen.
Preis nur 4 Mark.

ferdinand freiligraths sämtl. Werke in drei elegant. Leinenbänden nur 5 M. (bisher. Pr. 15 M.)

Sonstige Klassiker-Ausgaben.

Börne 3 Bde. 6.— M.	Hebbel 4 Bde. 6.— M.	Lessing 2 Bde. 4,50 M.
Chamisso 1 Band 1,75	Heine 4 " 6.—	— " 3 " 5.—
Sichendorff 2 Bde. 3,50	Hoffmann 4 " 8.—	Rückert 3 " 6.—
Gaudy 1 Band 1,50	H. v. Kleist 1 Band 1,75	Schiller 4 " 6.—
Goethe 6 Bde. 10.—	Körner 1 " 1,60	Shakespeare 4 " 6.—
— Auswahl in 4 " 6.—	Lenau 1 " 1,75	Stifter, Werke 2 " 4.—
Hauff 2 " 3,50		Uhland, Werke 1 Band 1,75

Dieselben Klassiker-Ausgaben in besser. Ausstattung u. Halbfranz je 50 % teurer. — Hauffs, Heines, Lessings, Schillers, Shakespeares Werke je 1 Band, geb. a 3 M., Goethes Werke in Auswahl, 1 Band 4 M.

Zu herabgesetzten Preisen liefern wir:

Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von **L. Héribert** anstatt 6,50 M. jetzt 5.— M.

Die deutsche Revolution von 1848 und 1849. Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von **W. Blass** anstatt 5,70 M. jetzt 5.— M.

Der Mensch und seine Rassen von **H. Langhans** anstatt 5,50 jetzt 5.— M.

Die Geschichte der Erde von **H. Sommel** anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.

Die Pflanzenwelt von **H. Sommel** anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.

Die Tierwelt von **H. Sommel** anstatt 7,10 M. jetzt 5.— M.

Die Wunder des Kosmos populär dargestellt v. **D. Köhler** anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.

Weltschöpfung und Weltuntergang populär dargestellt von **D. Köhler** anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.

Diese Bücher sind sämtlich in Prachteinbänden gebunden. — Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und viele farbige Tafeln veranschaulicht und erläutert.

Leopold Jacobys Çunita. Ein Gedicht aus Indien in zehn Gefängen. Elegante Ausstattung (Prachteinband). : : : :
Preis (früher 8 M.) jetzt nur 2,50 M.

Als Zimmer schmuck für Arbeiterwohnungen empfehlen wir noch:
Lassalle, Marx und Engels. Kunst-Porträts. Bebel, Liebknecht, Singer. In bester Ausführung in Kupferabdrück auf feinstem Chinapapier 1,50 M. Ausführung auf japan. Papier. Bildgr. 36:48 cm. Remarddruck auf Japanpapier 10 M. Kartongr. 65:85 cm. — Jedes Bild nur 4 M. Bildgröße 22:30 cm — Kartongröße 40:53 cm.

„Die Freiheit führt das Volk“ Kupferabdrück. Bildgröße 47:68 cm. Zum ersten Male vorgetragen v. d. Kartongr. 72:95 cm, Preis 6 M. „Der erste Mai“ Kupferabdrück. Bildgröße 47:68 cm. Dichter Rouget de L'Isle. Pr. 40 Pf. „Die Marcellaife“ Kupferabdrück. Bildgröße 47:68 cm. Dichter Rouget de L'Isle. Pr. 40 Pf.

Rembrandts Mutter gerahmt Preis 2,25 M. **Worpweder Landschaften** gerahmt Preis 2,25 M.

„Die Hohenzollern-Legende“ Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis 20. Jahrhundert von dem der erste Band vorliegt. — Wir empfehlen auch dieses bestens. Band I gebunden in Halbfranz 8 M., in Leinen 7 M.

„Wider die Pfaffenherrschaft“ Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts, von **E. Rosenow** (fortgeführt von **H. Stroebel**) 2 Bände, gebunden in Halbfranz 16 M., in Leinen 14 M.

„In freien Stunden“ von denen jetzt Neunzehn Bände erschienen sind, über deren Inhalt das Schichtenverzeichnis Auskunft gibt : : : :
Pro Band: in Halbfranz 4 M., in Leinen 3,50 M.

Von dem Roman **Berta von Suttner**
Die Waffen nieder!
ist eine billige Volksausgabe erschienen. Der Preis beträgt 1.— M.

Ferner empfehlen wir:
Aus dem literarischen Nachlaß von Marx, Engels, Lassalle
Herausgegeben von **F. Mehring** — 4 Bände gebunden anstatt 31 M., für 20 M.

Jugend-Bücherschatz
Eine herrliche Sammlung von Märchen, Fabeln und Erzählungen, in reichster Weise illustriert.
1. Das häßliche Entlein von Andersen (61 Illust.)
2. Der Froschprinz von Grimm (63 ")
3. Die Geschichte vom Rotkehlchen von Speyer (64 ")
4. Harndels Abenteuer von Remus (128 Illust.)
5. Reineke Fuchs (138 ")
6. Sechzig Fabeln Aesops (222 ")
a 60 Pfennig.
Je 2 Teile in 1 Band geb. a 1,20 M. — je 3 Teile in 1 Band geb. a 1,80 M.

Märchenbücher von Andersen, Bechstein, Grimm, Hauff u. a. führen wir in reicher Auswahl und jeder Preislage bis zu 5 M. am Lager.

Von Erscheinungen **Partei-Verlagen** empfehlen wir:
Grömann-Chatrjan: Frau Theres. Eine gemütvolle, zu Herzen bringende Erzählung, die die Jugend in die erhabenen Ideen der Völkervereinigung und Verbrüderung einführt. Gut illustriert. In Leinenband 1,00 M.
v. Wildenradt: Der Zöllner von Klausen. Illustriert von **E. M. Lillen.** In Leinen (statt 4.— M.) 2.— M. In Halbfranz 1.— M.

Jugendschriften mit farbedruckbildern.

Der schwarze Wison Robinson Crusoe a 1.— M.	Gullivers Reisen nach Broddingnag W. Hauffs Lieblingsteil Hebbels Schatzkästlein a 2.— M.	Helden der Menschheit. Lebensbeschreibungen weltgeschichtlicher Persönlichkeiten. Mit 145 Illust. Geb. 2,50 M.
Der Glöckpeter von H. Chr. Andersen. In eleg. Ausstattung. Regulärer Preis 4.— M., jetzt 1.— M.	Coopers Lederstrumpf Deutscher Balladen-Vorn Göttingerleben, von Friedrich Hansen Jugendfreund.	Die bunte Kuh von Flandern. Eine Erzählung aus der Zeit der Danen. (Illustriert.) 3.— M.
Coopers Lederstrumpf-Erzählungen 1. Der Bildhauer 2. Der letzte Mohikaner 3. Der Pfadfinder 4. Lederstrumpf — Die Prairie a 1,50 M.	Mythologie der Griechen und Römer von Dr. D. Seemann. Geb. 2.— M., auf besserem Papier gedruckt und mit Goldschnitt 2,50 M.	Deutsche Helden sagen von Gust. Schall. (Illustriert.) 5.— M.

In sonstigen Jugendschriften, Erzählungen zc. führen wir in allen Ausführungen ein reichhaltiges Lager in jeder Preislage.

Jugend-Bibliothek.

Herausg. von **Ferd. Schmidt** und **Jul. Lohmeyer.** Jeder Band in Leinwand gebunden u. mit Illustrationen versehen. Preis pro Band (statt M. 1.—) jetzt M. —,60.

Bd. 4. Hermann und Quisneba.	Bd. 20. Götter und Helden.	Bd. 36. George Washington.
5. Die Nibelungen.	21. Heron- u. Heldengeschichten.	37. Benjamin Franklin.
6a. Jürgen Buxtehude von Lübeck.	24. Oedipus und sein Geschlecht.	38. Alexander von Humboldt.
6. Herber als Knabe u. Jüngling.	27. Fretwids Schläger.	40. Heinrich Heine.
7. Die Lärken vor Wien.	28. König Lear.	41. Oberon.
8. Andreas Hofer.	29. Der Kaufmann von Venedig.	42. Moses Mendelssohn.
12. Johann Gottlieb Fichte.	— Macbeth.	47. Gottlieb Ephraim Lessing.
15. Gudrun.	30. Walter und Hildegunde — Rosenkranz.	52. Amerikanische Jagd- und Reise-Abenteuer.
16. Robinson.	32. Die Fischfänge.	60. Albrecht Dürer.
17. Wilhelm Tell.	33. Goethes Jugend und Jünglingszeit.	62. Geschichte und Dichtung.
18. Die Nibelungen.		72. Heldenjahre.

Bilderbücher in besserer Ausstattung.

Struwpeters Geschichten —60 M.	Kinderstube 1,25 M.
Wie's und gefällt —75 "	Immer froh tagaus, tagein 1,25 "
Focus Focus. Ein lustiges Verwandlungsbilderbuch —90 "	Finebucy. Allerhand Schnidchnack für Kinder, hochfeine Illustrationen. 4.—
Der Zoologische Garten (statt 2.— M.) 1.—	Alte Kinderreime. Mit Künstlerillustrationen von E. Kreidolf 5.—
Drangen und Dasein 1.—	

Außerdem sind **Bilderbücher in guter Ausführung und in jeder Preislage** bei uns zu haben.

Märchenbücher etc. mit farbedruckbildern.

a 60 Pfennig Märchen nach Gebr. Grimm Perlen und Edelsteine	a 1,20 M. 2. Bechsteins Märchenbuch mit 84 Holzschnitten	a 1,25 M. (statt 2.— M.) Märchenbuch für die Kinderstube Schatzkästlein der schönsten Märchen
a 1.— M. Die Biesengewerge von E. Kreidolf H. Chr. Andersen's Märchen Räubergeld-Märchen	a 1,20 M. (statt 2.— M.) Aus der goldenen Märchenwelt Die Schwabden Rosen und Dornen	Hauffs Märchen (Einzelausgabe) Die Karawanen 1,50 M. Der Schach von Alexandria 1,50 M. Das Wirtshaus im Speßart 1,80 M.

Josef

Cigaretten

Erstklassige deutsche Fabrikate
Mit peinlichster Sorgfalt von den best-bezahlten Cigarettenarbeitern hergestellt.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Bode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Schulvorlage im Dreiklassen-Parlament.

4. Sitzung, Montag, den 11. Dezember, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Studt.

Der Gesetzentwurf über die Abänderung der Landesgrenze gegen das Großherzogtum Hessen wird in erster und zweiter Beratung debattiert und angenommen.

Es folgt die erste Beratung des

Volksschulunterhaltungsgesetzes.

Der Entwurf enthält 7 Abschnitte. Der erste Abschnitt bezeichnet als Träger der Schullast die Schulverbände. Der zweite Abschnitt handelt von der Verteilung der Volksschullasten, der dritte trifft Bestimmungen über das Schulvermögen und die Schulleistungen Dritter. Der vierte Abschnitt stellt als Regel die konfessionelle Volksschule fest. Die bisher bestehenden Simultan- und Mischschulen sollen bestehen bleiben. Der fünfte Abschnitt regelt die Zusammenfassung der Schuldeputationen und die Berufung der Volksschullehrkräfte, die von der Aufsichtsbehörde unter der Beteiligung der Schulverbände ange stellt werden. Der sechste Abschnitt behandelt den Schulgutsverwaltungsrat und trifft namentlich für die Aufbringung der Schulbaukosten Bestimmungen. Der siebente Abschnitt enthält Schluss- und Uebergangsbestimmungen.

Auktionsminister Dr. Studt:

Der Ihnen vorliegende Entwurf eines Gesetzes für die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen bedeutet die Erfüllung einer Ihnen gemachten Zusage. Die Zusage ist bei Gelegenheit der vorjährigen Etatsberatung erfolgt, und zwar auf Antrag wiederholter und immer dringender geäußerten Wünsche. Lange Zeit hat die Regierung schwere Bedenken getragen. Aber die inzwischen in immer erhöhtem Maße hervortretenden Ungleichheiten bedeuteten schließlich eine Gefahr für die Gütigkeit des Volksschulwesens. Diese allseitig geteilte Anschauung führte zu der Ueberzeugung, daß eine Vereinbarung über Vereinheitlichung des Schulwesens möglichst zu beschleunigen sei und daß man sie deshalb auf diejenigen Materien beschränken müsse, welche unbedingt dazu gehören. Auf diesen Boden haben sich die großen Parteien dieses Hauses am 18. Mai vorigen Jahres fast einstimmig geeinigt. Es ist dies der sogenannte „Schulkompromiß“. Ich war in der Lage, ihn damals sofort mit Benützung zu begründen. Hoffentlich wird diese Einigung zwischen Parteien und Regierung auch fortbauern. Wir leben in einer ersten Zeit, erst muß die Schule, sondern auch für die ganze Nation. Immerhin kämpfen wegen der Schule werden die Nation auch nach außen schwächen. Deshalb hat die Staatsregierung es mit Absicht vermieden, weitere Materien heranzuziehen. In diesen gehört auch die Gehaltsaufbesserung der Volksschullehrer. Wir haben jedoch in Aussicht genommen, sobald dieser Volksschulunterhaltungsentwurf verabschiedet sein wird, sofort an die Regelung der Gehaltsaufbesserungsfrage heranzutreten. (Beifall.) Schon jetzt möchte ich Ihnen aber sagen, daß der Entwurf zum Etat für 1906 den Betrag von 2 1/2 Millionen Mark vorsieht, um die schlimmsten Härten und Ungleichheiten auf diesem Gebiete zu beseitigen, besonders um die Abwanderung der Lehrer und Lehrerinnen vom Lande in die Stadt und vom Osten nach dem Westen zu verhindern. Diese vorläufigen Maßnahmen sollen der späteren Regelung allerdings in keiner Weise vorgehen.

Um auf den Inhalt des vorliegenden Entwurfs einzugehen, so ist es außer Frage, daß er von den Grundbesitzern zum Teil erhebliche Mehrbeträge fordert. Die von ihnen geleistete Grundsteuer soll nämlich bei der Veranlagung zur Volksschulunterhaltung mit herangezogen werden. Allerdings nur zur Hälfte, und zwar deshalb, weil die Grundsteuer ohne Rücksicht auf vorhandene Schulden erhoben wird. Die §§ 18-25, d. h. der vierte Teil des Entwurfs entspricht ganz dem Schulkompromiß, sie betreffen die konfessionellen Verhältnisse. Dagegen wird ausdrücklich vermieden, die Ausdrücke „Konfessionsschule“ oder „Simultanschule“ aufzunehmen, weil die Begriffe nicht feststehen. Statt dessen spricht der Entwurf von Schulen mit nur evangelischen oder nur katholischen Lehrern und Schülern. Der Entwurf wird dadurch in seiner Fassung etwas schwächerlich; doch war diese Umschreibung schon deshalb notwendig, weil Bestimmungen über die Erteilung von Religionsunterricht durch Lehrer der betreffenden Konfession nicht enthalten sind. Entsprechend dem Kompromißantrag findet der Entwurf auf das Herzogtum Nassau, Posen und Westpreußen keine Anwendung. Jedes Schulsystem soll, wie es jetzt besteht, weiter entwickelt werden, und wo Konfessions- und Simultanschule zusammen bestehen, wie z. B. in Frankfurt a. M., soll der bisherige Zustand aufrechterhalten und weiter entwickelt werden. Aus besonderen Gründen sollen auch nach Anhörung der Selbstverwaltungsförderer neue Simultanschulen errichtet werden können. Für die Anstellung der Lehrer ist wie bisher den größeren Schulverbänden mit mehr als 120 Schülern ein Vorschlagsrecht, den kleineren ein Anhörungsrecht gegeben worden. Sonderrechte von Gutsherren und kleineren Magnaten in einzelnen Provinzen konnten dabei nicht aufrecht erhalten werden. Zur Vermeidung der steigenden Landflucht der Lehrer muß den Landlehrern vor allem Gelegenheit zur Karriere gegeben werden. Aus der Erwägung heraus, daß das Abfließen tüchtiger Kräfte vom Lande nicht noch mehr gefördert werden soll, hat die Schulverwaltung für Sorge dafür getragen, daß Lehrern, welche sich auf dem Lande wohlbekannt gemacht haben, Aussicht auf die besseren Stellen der Rektoren und Hauptlehrer gegeben wird. Für die notwendigen Reparaturen und Verbesserungen der Schulgebäude ist die Ansammlung von Fonds als notwendig erachtet worden, damit nicht größere, plötzlich auftretende Bedürfnisse die Schulverbände allzu drückend belasten. Die Staatsregierung beabsichtigt, von dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ab, für die Volksschulunterhaltung 3 000 000 M. zur Verfügung zu stellen. Die Volksschulunterhaltungslast und weitere 3 Millionen zur Verfügung bei drei Schulneubauten bereit zu stellen. Neben Mehraufwendungen für verschiedene andere Schulzwecke sind weitere drei Millionen zur Erhöhung der Lehrergehälter und 2 Millionen noch besonders für die Lehrer in Posen und Westpreußen als Sonderaufgaben im Schuletat vorgesehen. Die preussische Volksschule kann den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, eine Pflanzstätte der Gottesfurcht und Vaterlandsliebe zu sein und die ihr anvertrauten Kinder zu tüchtigen Mitgliedern der Gesellschaft zu erziehen. Die Staatsregierung ist sich bewußt, die Ziele des Antrages bei der Ausgestaltung dieses Gesetzentwurfes mit größter Loyalität verfolgt zu haben. An bereitwilligem Entgegenkommen wird sie es auch ferner nicht fehlen lassen. So hofft sie, daß ein Gesetz zustande kommen wird, das der Fortentwicklung unserer Volksschule zum Segen gereichen werde. (Bravo! rechts und in der Mitte.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (l.): Das Kommunalprinzip ist die einzige Grundlage, nicht nur nach dem Kompromißantrag, sondern auch sachlich betrachtet, auf der die Schulverhältnisse noch geordnet werden konnten. Zwar wünschen viele Herren schon heute die Abnahme des Staates auf dem Gebiete der Schule herbei. (Wohlfahrt! sehr wahr! rechts.) Aber diese Forderung wäre gleichbedeutend mit dem Scheitern des Gesetzentwurfes, da kein Finanzminister eine so ungeheure Last auf den Staat übernehmen könnte. Auch ist in staatlichen Volksschulen für die Konfession kein Raum. Deshalb können wir zur Befestigung des Kommunalprinzips die Hand nicht bieten. (Wohlfahrt! sehr wahr! rechts.) Soll aber dieses Prinzip haltbar bleiben, so müssen entgegen dem vorliegenden Gesetzentwurf die Kommunen auch Rechte erhalten. (Beifall! Zustimmung.)

Daß die Grundbesitzer zu erhöhten Lasten herangezogen werden, billigen wir im Prinzip. Denn derjenige soll die Lasten tragen, der sie tragen kann. Aber eine Korrektur müssen die diesbezüglichen

Bestimmungen, des Gesetzentwurfes doch auch erfahren. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob sich die Grundsteuer überhaupt zum Maßstabe der Lastenverteilung eignet. Es ist ein seit 40 Jahren bestehendes, total veraltetes Institut. Man sollte doch auch diejenigen mehr heranziehen, die von der Schule Nutzen haben, die großen Handhaltungen usw. Ein solches Moment würde auch eine gewisse Stabilität bringen, während sich die Steuerveranlagung jedes Jahr ändert. — Nach dem Entwurf hat es der Minister schließlich ganz in der Hand, die Lasten zu verteilen, weil seine Zustimmung eingefordert werden muß. Der Refus von den Kommunalbehörden darf nicht an die Staatsbehörden erfolgen, sondern an einen anderen Selbstverwaltungskörper. — Was nun aber die Leistungen des Staates anlangt, so ist hier der Regierungsentwurf doch sehr — bescheiden. (Weiter! rechts.) Die Staatsleistung muß erhöht werden. Vor allem aber muß sie fixiert werden. Wir vermüssen in dem Entwurfe jede konkrete Bestimmung hierüber.

Mit schwerem Herzen wende ich mich zu den Bestimmungen über die Konfessionalität der Volksschule. Das, was der Entwurf uns da bietet, ist verweigert wenig. (Lachen links. Sehr richtig! rechts.) Die konfessionelle Schule ist eine Forderung, die unser Volk in seiner überwiegenden Majorität zu der seinigen macht. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Der Friede zwischen den Konfessionen wird besser gewahrt, wenn wir konfessionelle Schulen haben, als bei Simultanschulen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man sich auf der linken Seite gegen die geistliche Schulaufsicht wendet, so kam man das wohl nur als eine Zeitströmung betrachten, die das Wesen der Volksschule verkennt. Denn die Volksschule ist eine Schule der Erziehung, und eine gute Moral- und Sittenlehre kann nur auf konfessioneller Grundlage erteilt werden. (Sehr richtig! rechts.) Die Konsequenz davon ist aber auch dann die geistliche Schulaufsicht. Wir halten es für unsere Pflicht, unseren Standpunkt zur Geltung zu bringen, und meine Freunde haben alle den Mut, den Bestimmungen über die Konfessionalität der Volksschule zuzustimmen.

Abg. Hund (r. Sp.):

Ich meine, man hätte wohl etwas mehr Zeit und Ruhe für die Behandlung der Vorlage im Parlament finden müssen als es jetzt der Fall ist. Die ganze Behandlung der Materie entspricht nicht der Bedeutung der Volksschule. (Sehr richtig! links.) Insbesondere kann ich ja versichern, daß man Eile nötig hat, und nachdem wir den Gesetzentwurf gesehen haben, müssen wir sagen: er kommt immer noch zu früh. (Sehr gut! links.) Wir sind nicht der Meinung, daß die Vorlage eine Beendigung des Kampfes bedeutet, sondern sie bedeutet die Entfesselung eines Kampfes (Sehr richtig! links.), er wird aus der Arena des Parlaments in die der Kommunen getragen.

Zu einer gesetzlichen Regelung der Schulunterhaltungspflicht liegt ein Bedürfnis vor. Diese hat auch die Vorlage im Auge, aber es steht auch sehr vieles darin, dem wir nicht zustimmen können, und zwar bezieht sich das auf die wichtigsten Materien. Der Gesetzentwurf will die Konfessionalität der Volksschule festlegen. Man sieht dem Paragraphen, der die Bestimmungen über die Konfessionalität der Volksschule enthält, an, daß er auf Grund des Kompromisses zustande gekommen ist. Die konfessionelle Volksschule soll die Regel sein, die Simultanschule wird als Ausnahme zugelassen. Während konfessionelle Schulen nach Herzenslust errichtet werden können, können Simultanschulen nur mit besonderer Genehmigung eingerichtet werden. Für Hessen-Nassau sollen die Simultanschulen wie bisher zugelassen werden. Ferner sind sie als Ausnahmen zulässig da, wo das Schulsystem gemischt ist. Wenn in der Begründung gesagt wird, die Simultanschulen können nur aus besonderen Gründen genehmigt werden, so ist von diesen besonderen Gründen leider gar kein Wort erwähnt. Es wäre interessant, darüber etwas von der Regierung zu hören. Am letzten Ende wird alles in das Ermessen der Schulaufsichtsbehörde gestellt. Das Recht der Minderheiten ist ein sehr weitgehender Begriff. (Sehr richtig! links.) Wir haben ja gesehen, in welcher geschickter Weise Leute gegen das Schulsystem mobil gemacht worden sind. Alle die Skatellen, die anscheinend zugunsten der Simultanschule in der Vorlage getroffen sind, werden durch die übrigen Bestimmungen der Vorlage vollständig hinfällig. (Sehr richtig! links.) Während man aber sonst ängstlich bestrahlt ist, den konfessionellen Charakter der Volksschule zu wahren, sehen wir in Bezug auf die jüdischen Volksschulen eine große Willkür platzgreifen. Von einer Toleranz und Gerechtigkeit können wir da nichts sehen. (Sehr richtig! links.) Es wird auf die historische Entwicklung der konfessionellen Volksschule hingewiesen; aber von einer solchen kann man ja gar nicht sprechen. Wir haben da häufig ein Auf- und Niedergehen gesehen, wir haben Minister gehabt, die auf dem entgegengesetzten Standpunkt des heutigen Ministers standen. (Sehr richtig! links.) Man hat die Provinzen Posen und Westpreußen aus dem Gesez herausgelassen, wir haben auch in anderen Provinzen, wie z. B. Schleswig-Holstein, Simultanschulen, und da wird fünfzigjährig geschrieben die konfessionelle Volksschule vorgeschrieben. Wenn von der Zahl der Simultanschulen gesprochen wird, so muß man doch sagen, daß eine einklassige Schule nicht mehr als Simultanschule zu bezeichnen ist. Allerdings haben sich trotz der Schwierigkeiten, die die Unterrichtsverwaltung der Bildung der Simultanschulen in den Weg gelegt hat, diese Schulen im Laufe der Jahre erheblich vermehrt. Es muß also dafür doch ein Bedürfnis vorhanden sein. (Lebhafte Zustimmung links.)

Es ist sehr zu beklagen, daß die Konfessionalisierung schließlich auch auf die höheren Schulen und Universitäten übergreift. Die Absicht wird das Zentrum nach den Reden der Herren Schädel und Gröber in Regensburg nicht leugnen können. Es liegt ja auch eigentlich ein Widerspruch darin, daß in dem Augenblick, wo die Volksschule völlig konfessionalisiert wird, die Bildung konfessioneller mittlerer und höherer Schulen in Preußen geradezu verboten ist. Warum will man denn den höheren Kreisen die Segnungen der Konfession so schön bereithalten? Ich kann nicht einsehen, warum die höheren Klassen weniger Religion gebrauchen als das Volk (Sehr gut! links.), die Arbeiterschaft muß durch ihre Intelligenz Deutschland auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig erhalten; das ist unmöglich, wenn sie in der Volksschule in dieser Weise beirrt wird. In der konfessionellen Schule wird der Religionsunterricht noch vermehrt werden. Viel besser wäre es, die Kinder mit den Gesezen und Einrichtungen des Staates vertraut zu machen. Man braucht ja den Kindern die Religion nicht völlig vorzuenthalten, aber man muß sie auch über ihre sozialen Rechte und Pflichten instruieren. (Sehr wahr! links.) Es ist ja bekannt, daß die Nationalliberalen hier im Hause trotz alledem für diesen Entwurf zu haben sind. Aber vielleicht sagt mir einmal nachher Herr D. Hodenberg, ob die Herren ihre Kinder — sie werden ja wahrscheinlich alle in Mittelschulen gehen — in konfessionelle Anstalten schicken möchten. Draußen im Lande haben ja die Nationalliberalen vielfach gegen den Entwurf Front gemacht. Wie Sie ihn aber mit Ihren liberalen Grundsätzen, mit der Haltung Ihrer großen Vorläufer und mit der gesetzlichen Gleichberechtigung der Juden vereinbaren wollen, ist mir ein psychologisches Rätsel. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

Der Abschnitt 6 des Entwurfes „von der Verwaltung der Volksschule“ begegnet, ganz abgesehen von den konfessionellen Bestimmungen, den allergrößten Bedenken. Daß danach von Selbstverwaltung keine Rede sein kann, hat der Vortrager, der doch ganz anders zur Regierung steht wie wir, selbst gegeben müssen. Die Schuldeputationen sollen von jetzt an, das ist in dem Geseze klipp und klar gesagt, lediglich Organe der Aufsichtsbehörden sein. Durch die Regierung sollen die Kreis- und Provinzialinspektoren eingesetzt werden und die Kreis- und Provinzialinspektoren sollen die Volksschulen in der Provinz verwalten. (Sehr wahr! links.)

dieser Schulverbände sein. Diese Kreis- und Provinzialinspektoren, Staatsbeamte sind fast durchgängig Geistliche, werden bei ihrem natürlichen Einfluß in Schulverbänden durchsetzen, was sie wollen. Damit wird also die geistliche Schulaufsicht für alle Zeiten begründet, und meine Freunde sind fest entschlossen, das in keinem Falle zuzulassen. (Sehr richtig! links.) In der Anstellung der Lehrer waren die Städte bisher ziemlich autonom, sie haben sich stets die besten Lehrer geholt, die für ihre finanziellen Verhältnisse erreichbar waren, und dadurch ihre Schulwesen in die Höhe gebracht. Jetzt soll den großen Städten nur noch ein Vorschlagsrecht, den kleineren nur ein Recht auf Anhörung gelassen werden. Bei der Wahl der Rektoren werden auch die größeren Städte ganz von der Gnade der Regierung abhängig gemacht, damit die Lehrer vom Lande Karriere machen können. Das heißt Korruption und Strebertum in der Lehrerschaft großziehen, die auf die Dauer weder den Lehrern noch der Schulverwaltung selbst nützen kann. (Bravo! links.) Mit den wirtlichen Wünschen der Volksschullehrer hat man sich nie vertraut gemacht, hat nie eine Deputation von ihnen empfangen. Trotzdem haben sie stets ihre Meinung furchlos gesagt, und diese ganze Richtung ist es, die der Regierung nicht paßt. Man will den preussischen Lehrerstand von der freien Meinungsäußerung abschrecken. (Sehr wahr! links.) Was wird dann aus den stolzen städtischen Schulverwaltungen werden? Es wird ein Eintreten, was Miquel einst in einer Eingabe aus Frankfurt a. M. vorausgesagt hat, eine Verstimmung der Städte, in der sie nicht mehr so reichlich für die Volksschule sorgen werden, wie bisher. Denn das Kommunalprinzip besteht jetzt nicht nur noch in der Pflicht zu zahlen. (Sehr wahr! bei den Freisinnigen.) Meine politischen Freunde fordern grundsätzlich die allgemeine geistliche Einführung der Simultanschule, wie sie schon 1892 Eugen Richter hier gefordert hat. Gerade im Geiste dieses großen Volksmannes, dessen Ausscheiden aus dem Parlamente von allen Seiten lebhaft bedauert wird, müssen wir uns gegen diese reine Kirchengschule mit allen Kräften wehren. Wir müssen uns wundern, daß bei der Bedeutung der Sache nicht einmal der Ministerpräsident im Hause erschienen ist. Wir hätten gern gewußt, wie er bei seiner Vorliebe für die geistlichen Erziehungsinstitutionen aller Völker in diesen Zeiten nationaler Annäherung zur konfessionellen Zerreißung Preußens steht. Wir müssen jedenfalls bei Zeiten unsere warnende Stimme erheben, damit nicht Preußen einen großen Rückschritt macht. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Schiffer (Nal.):

Man hat bei der Erörterung der Vorlage der Frage der Konfessionalität meines Erachtens einen zu großen Spielraum eingeräumt. Wenn wir demgegenüber die Frage der Schulunterhaltung in den Vordergrund stellen, so heißt das keineswegs den ideellen durch einen materiellen Standpunkt verdrängen: die materielle Sicherstellung unserer Volksschule bedeutet einen unschätzbaren Gewinn für unser ganzes Volk und Kulturleben. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Mit Herrn v. Heydebrand sind wir der Ansicht, daß die finanzielle Frage in der Kommission eingehend behandelt und die Mitwirkung der Kommunalbehörden bei der Verteilung der Lasten festgesetzt werden muß. Meiner Meinung nach wäre es angebracht, den Frauen ein Recht und Stimme in den Schuldeputationen zu gewähren. (Sehr richtig! links.) Der in der Vorlage vorgesehenen Zusammenfassung der Schulverbände, die dem Kreis- und Provinzialinspektor einen ungebührlichen Einfluß einräumt, die Lehrerschaft beeinträchtigt und das konfessionelle Prinzip übermäßig verschärft, werden wir kaum zustimmen können. Die Rechte, die die Vorlage den Gemeindefunktionen einräumt, stehen ganz außer Verhältnis zu den Pflichten, die sie ihnen auferdet. (Sehr richtig! links.) Auch hier wird die Kommission die bessere Hand anzulegen haben. — Wir sind wieder unbedingt Anhänger der Simultans-, noch der Konfessionsschule; wir wollen, daß diese beiden Schularten, die ja auch keinen unbedingten Gegensatz bilden, in freiem Wettbewerbe mit einander ringen. Wir können nicht gleich den Freisinnigen in dem Entwurfe den Untergang der Simultanschule erblicken; wir erkennen vielmehr in ihr verheißungsvolle Keime einer inneren Simultanisierung der Konfessionsschule. Unbedingt muß den Eltern freistehen, in welche Schule sie ihre Kinder schicken wollen, wenn wir nicht zu einem unerträglichen Gewissenszwang kommen wollen. (Sehr richtig! links.) — Unsere Bedenken sind ernst; aber der Boden für eine Verständigung ist vorhanden. Möge eine solche zustande kommen und zum Heile der preussischen Volksschule ausschlagen, die in dieser Zeit nationaler Gefahr besonderer Pflege bedarf. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Vorkh (3.):

Es ist schade um die Deutscherstürze und die Zeit der Referat, die auf die Stellung des Zentrums in dieser Frage verbandt ist. Wir stehen der Vorlage weder pilziert noch als tertius gaudens gegenüber. Wir nehmen vom streng katholischen Standpunkt aus denselben Standpunkt ein, wie Dr. v. Heydebrand vom gläubig katholischen Standpunkt. Wir vertreten noch die Ansicht, der Abgeordnete Dietrich bei der Aorum-Interpellation Ausdruck gegeben hat. Wir haben in einzelnen Punkten aber schwere Bedenken, so schwere Bedenken, daß jetzt wohl endlich das alberne Gerede der Zeitungen verstummen wird, daß ein Kubanfeld stattgefunden habe, um uns auf dem Umwege über das Reich eine Kompensation zu gewährleisten. Wir wollen jehilios, ohne Hintergedanken, an die Prüfung der Vorlage herantreten. Eine Volksschule wollen wir nicht. Leider stehen wir aber schon jetzt tief in dieser Schule. (Sehr richtig! im Zentrum.) Viel höher als alle menschliche Kultur steht die christliche. (Beifall im Zentrum.) Von dieser Grundlage gehen wir aus. Dagegen aber verstoßt der § 20 der Vorlage, der dem Provinzialrat eine zu große Macht gibt. Eine volle Gewissensfreiheit ist nicht vorhanden, wenn man gläubige Katholiken oder Protestanten zwingt, ihre Kinder in die Simultanschulen zu schicken. Wie soll die Simultanschule im Nationalitätenkampf in Posen und Westpreußen erfolgreich wirken? Es ist nicht zu billigen, Posen und Westpreußen von den Wohlthaten dieses Gesetzes auszuschließen. Viele meiner Freunde empfinden es auch bitter, daß die Provinz Nassau ausgenommen werden soll. Dort ist doch auch nur theoretisch die Simultanschule eingeführt, tatsächlich bestehen dort doch auch meistens Konfessionsschulen.

Der Minister beruft sich auf historische Reminiszenzen. Dann darf ich ihn wohl daran erinnern, daß Kultusminister v. Müller im allerhöchsten Auftrage ausgesprochen hat, daß nach Einverleibung Nassaus die Konfessionsschule zur Grundlage gemacht werden würde. Die Dissidenten werden sich gefallen lassen müssen, daß wir ihre Religionschule hier mit regeln. Zweifelsfrei erscheint uns, ob dieses Vorgesetz, das territorial nicht überall eingeführt werden soll und materiell nicht die ganze Frage regelt, nicht gegen Artikel 28 der Verfassung verstößt. Denn dieser Artikel verlangt eine einheitliche Schulgesetzgebung. Wir fordern hier kein Gymnasialgesetz, sondern bescheiden uns bei der Vorlage, meinen aber, daß die Artikel 28 und 112 der Verfassung geändert werden müssen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dreiß v. Seelitz (H.):

Wir werden ohnehin bis in den Sommer tagen müssen, es empfiehlt sich daher nicht, Verfassungsänderungen vorzunehmen, die nicht unbedingt erforderlich sind. Der Geist der Verständigung schwebt über unseren Verhandlungen. Während die Sozialdemokraten früher die Parole „Religion ist Privatangelegenheit“ hatten, hat der „Vorwärts“ in seiner letzten Sonnabendnummer eine Vereinfachung sämtlicher Religionen gefordert. Der Minister hat mir versprochen, unmittelbar nach Erledigung dieser Vorlage eine Novelle zum Lehrerbildungsgesetz auszuarbeiten. Die Selbstverwaltung

Wird sich gewisse Einschränkungen gefallen lassen müssen. (Beifall rechts.)

Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung Dienstag, 11 Uhr. (Dritte Beratung des Gesetzes betr. die Verlegung der preussisch-heilfischen Landesgrenze; Fortsetzung der Beratung des Volksschulunterhaltungsgesetzes.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

8. Sitzung vom Sonnabend, den 9. Dezember 1905, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Rheinbaben.

Die Abgeordneten erheben sich zu Ehren des verstorbenen Abgeordneten Hübner (H.) von den Plätzen.

Darauf folgt die erste Beratung des Gesetzes betr. die Abänderung des Einkommensteuergesetzes.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Das zur Mille gelangene Jahrbuch hat auch auf dem Steuergebiet zu einem höheren Grade der Verbollständigung geführt. Am 24. Juni 1891 erhielten wir das jetzige Einkommensteuergesetz, das die Deklarationspflicht einführt. Dadurch wurden die großen Vermögen in viel stärkerer Maße herangezogen, so daß dadurch allein eine Mehreinnahme von 1/2 Milliarden erzielt wurde. Das ist ein Gesetz, das von einem Dreifachenparlament geschaffen ist! (Sehr richtig! rechts.) Die Miquel'sche Steuerreform hat zweifellos ihr Ziel erreicht. Darum darf es nicht ein Noli mo tangero (Wünschen Mähr mich nicht an!) sein. Ich empfehle als Verbesserung zunächst: der Schätzung bei geringeren Einnahmen das letzte Jahr statt der letzten drei Jahre zugrunde zu legen. Ein Arbeiter kann ja gar nicht nach zwei Jahren noch angegeben, wo er früher einmal gearbeitet hat. Ferner muß das Oberverwaltungsgericht, ebenso wie es mit dem Reichsgericht geschieht, entlastet werden. Deshalb muß der Beschwerdeweg anders geordnet werden. Ebenso würde man den mittleren Einnahmen damit helfen, daß man die Kosten für die Erziehung der Kinder abzugsfähig macht. In dieser Beziehung sind die mittleren Einnahmen zum Teil viel schonungsbedürftiger als die Arbeiter, die für die Schulbildung ihrer Kinder nicht einen Pfennig ausgeben. (Sehr richtig! rechts.) Diese Verbesserungen lassen sich aber nur durchführen, wenn wir die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, ebenso wie alle physischen und juristischen Personen, zur Besteuerung heranziehen. Diese Heranziehung rechtfertigt sich schon aus dem Gesichtspunkte, daß diese Gesellschaften immer mehr einen kapitalistischen Charakter annehmen. Trotz unserer jetzigen guten Finanzverhältnisse müssen wir vorsichtig sein, da sich die Ausgaben ganz eminent steigern. Im nächsten Etat betragen die Ausgaben über 179 Millionen mehr als die Einnahmen. Zudem beruhen die günstigen Verhältnisse zum größten Teil auf den schwankenden Einnahmen der Eisenbahnverwaltung. Auf diese schwankenden Einnahmen dauernde Ausgaben zu basieren, ist nicht nur ein Schönheitsfehler, sondern auch ein Konstruktionsfehler der bestehenden einkommenrechtlichen Bestimmungen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Wenzel (son.), auf der Tribüne fast unverständlich) tritt für Kommissionsberatung ein.

Abg. Dr. Kiewoldt (H.): Gerade bei dieser Gelegenheit bedauern wir die Mandatenerlegung des Abg. Richter. Wenn ein Mandatskandidat im Referendar- oder Assessorenexamen Ansehen äußern würde wie die Begründung der Vorlage, so würde er bedenklisches Kopfstücken bei den Examinatoren erregen. Die Aktiengesellschaften stellen gewissermaßen das mobile Kapital dar, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung sind dagegen eine Art immobile, individualistische Bildung. Die Besteuerung dieser Gesellschaften ist weder aus juristischen noch aus volkswirtschaftlichen Gründen zu rechtfertigen. Will man alle Handelsgesellschaften besteuern, so soll man auch die großen Konsumvereine besteuern, die zum Teil eine wirtschaftliche Kalamität geworden sind. Wollen wir auf dem vorgeschlagenen Wege vorgehen, so müssen wir eine organische Gesetzgebung machen, indem wir ebenso wie der Staat Einnahmen grundrätlich zwischen physischen und nicht physischen Personen. (Beifall rechts.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Wir wollen nicht ganz Unverstandenes. In sämtlichen deutschen Bundesstaaten sind die Gesellschaften mit beschränkter Haftung besteuert, nur bei und nicht. Jeder Gewerbe, die juristischen Personen ganz frei zu lassen, ist, das wird mit der Abgeordnete Kiewoldt zugehen, indistinkabel.

Abg. Köhling (natl.): Meine Fraktion wird nahezu geschlossen gegen die Besteuerung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung stimmen, weil wir die Doppelbesteuerungen überhaupt bekämpfen. Wenn man überhaupt die Gesellschaften besteuern will, soll man die mit weniger als 1 Million Kapital ausnehmen, ebenso die Familien-gesellschaften. Mit den neuen Steuern soll man doch warten, bis sie notwendig sind.

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Gegenüber den juristischen Ausstellungen, die wir mehrfach gehört haben, möchte ich bemerken, daß ich auch aus der Justiz hervorgegangen bin und das Assessoren-examen mit „gut“ bestanden habe. (Gelächter.) Wenn ich gesagt haben sollte, daß die Gesellschaften u. d. d. unter ihrem Namen keine Rechte erwerben können, so wäre das allerdings ein Jertum.

Abg. Hirsch (H.): Wir sind für die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Ich bin dafür, daß die Konsumvereine so weit zur Besteuerung herangezogen werden, als sie auch an Nichtmitglieder verkaufen. Vielleicht würde es sich empfehlen, noch weitere Erleichterungen bei allzu reichem Rinderlegen in der Vorlage vorzusehen. Wir werden uns in der Kommission noch gründlich zu überlegen haben, ob nicht der Steuerfuß für die ganz großen Vermögen von 4 auf 5 Proz. zu erhöhen ist. Ein Teil meiner Freunde ist geneigt, die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht zur Einkommensteuer heranzuziehen, ein anderer Teil verhält sich dagegen ablehnend. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) hält ebenfalls eine Reform des Einkommensteuergesetzes für notwendig. Das Veranlagungsverfahren hat große Mängel. Der Minister hat die Selbstlosigkeit der besitzenden Klassen gerühmt, aber zu sagen unterlassen, daß auch eine platonische Verklärung des Wahlrechts zugunsten der besitzenden Klassen eingetreten ist. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage enthält Verbesserungen, diese werden aber durch eine Verflechtung des bisherigen Rechtszustandes erkaufte, da ja der Beschwerdeweg an das Oberverwaltungsgericht fortfallen soll. Als einen Fortschritt sehen wir die Schätzung nach den Ergebnissen des letzten Jahres an. Das Kommunalabgabengesetz muß geändert werden (Sehr richtig! links), namentlich in bezug auf das Steuerprivileg der Beamten. Die letzten Reformen bei uns, wie bei der Eisenbahnreform und der Schulunterhaltungsfrage, sind immer mit Verschlechterungen verbunden. Ebenso ist es hier bei der Einkommensteuer-Reform. Für die Verschlechterung aber können wir nicht stimmen. (Beifall links.)

Abg. Wolff-Lissa (fr. Sp.): Mit der von der Vorlage gebotenen Erleichterung können wir uns im allgemeinen einverstanden erklären; daß aber die Güterbesitzer von allen Lasten für Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer befreit werden sollen, halten wir für eine ungerechte Bevorzugung. Auch gegen die Heranziehung der Gesellschaften u. d. d. müssen wir uns wenden.

Die Vorlage wird hierauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes.

Minister des Innern v. Bethmann-Hollweg begründet die Vorlage: Poltsche Gemeinden haben sich mit anderen zu gemeinsamen Unternehmungen vereinigt. Diese Möglichkeit muß auch den Kreisen gegeben werden. Ich hoffe, Sie werden den Entwurf als brauchbare Grundlage für Ihre Beratungen annehmen. (Beifall.)

Die Abgg. Heyling (L.) und Woyna (frL) erklären, daß sie dem Entwurf sympathisch gegenüberstehen.

Abg. Schmieding (H.) erklärt sich mit dem Entwurf im allgemeinen einverstanden. Nur ein kleiner Teil seiner Freunde habe

Bedenken gegen die Umsatzsteuer, die Wertsteuer und gegen die Konsumsteuer.

Abg. Brandt (natl.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und beantragt, die Vorlage derselben Kommission zu überweisen, der die Novelle zum Einkommensteuergesetz überwiefen ist.

Abg. Gysling (fr. Sp.): Der Wunsch nach staatlicher Fürsorge darf nicht zu weit gehen, weil darunter das Verantwortlichkeitsgefühl leidet. Wäre der Minister dafür sorgen, daß keine Anbelangung der Selbstverwaltung eintritt. Der Minister nennt die Vorlage ein beschwerliches Zwedmäßigkeitsgesetz. Ich halte das Gesetz weder für beschwerlich, noch für zweckmäßig. In den wichtigsten Bestimmungen liegt keine Reform, sondern formalistische Arbeit vor.

Abg. Wolff-Lissa (fr. Sp., auf der Tribüne fast unverständlich) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Hierauf wird die Vorlage derselben Kommission überwiefen, der auch die Novelle zum Einkommensteuergesetz überwiefen worden ist.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. 1. Vorlage betr. die Abänderung der Landesgrenze gegen das Großherzogtum Hessen. 2. Erste Lesung der Schulvorlage.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Die am Sonntag abgehaltene Generalversammlung tagte im Volkshaus zu Charlottenburg. Vertreten waren 34 Orts durch 87 Delegierte, außerdem waren anwesend 12 Funktionäre und der Reichstagsabgeordnete des Kreises.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Geschäftsbericht des Vorstandes lag ein gedruckter Bericht vor, dem wir folgendes entnehmen: Das verfloßene Geschäftsjahr konnte, da der Kreis durch größere politische Aktionen nicht in Anspruch genommen war, völlig dem Ausbau der Organisation und der Agitation gewidmet werden. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte hielt der Vorstand 20 Sitzungen ab, davon 7 mit den Funktionären des Kreises. Ferner fanden 5 kombinierte und 2 Generalversammlungen statt. — Die Errichtung eines Bureaus und Anstellung eines Beamten hat sich bewährt. — Anträge, die darauf abzielten, den Parteigenossen Gelegenheit zur Erweiterung ihrer Kenntnisse zu geben, hat der Vorstand bereitwillig entsprochen. Eine Reihe von Vereinen erhielten Mittel zur Gründung einer Bibliothek oder zur Vergößerung einer bereits vorhandenen. Im Geschäftsjahre wurden zwei Agitations-touren auf dem Lande unternommen. Auf der ersten Tour wurden der Kalender „Märkischer Landbote“ und eine Broschüre verbreitet. Die zweite Tour diente der Verbreitung einer anderen Broschüre und eines Flugblattes. Zur Agitation unter den politischen Arbeitern wurde Material in polnischer Sprache verbreitet. — Im April wurden im Kreise 151 500 Flugblätter verbreitet, die die Arbeiter die damals gegründete Vorortbeilage des „Vorwärts“ aufmerksam machten und zum Abonnement auf den „Vorwärts“ aufforderten. Der Erfolg war eine beträchtliche Steigerung der Abonnentenzahl. — Der Gesamtpartei gegenüber ist der Kreis seinen Verpflichtungen in jeder Hinsicht nachgekommen. Insbesondere war er bemüht, die Partei auch finanziell zu unterstützen. Der regelmäßig an den Parteivorstand zu leistende monatliche Beitrag ist auf 250 M. erhöht, daneben sind von den Ueberflüssen des Kreises noch 5000 M. an die Parteikasse abgeführt worden. Die Vergarbeiter im Ruhrgebiet wurden, abgesehen von den durch Sammlungen aufgebrachtem Geldern, mit 2000 M. unterstützt. — Um den Mitgliedern des Zentral-Wahlvereins Gelegenheit zur theoretischen Ausbildung zu geben, hat der Zentralvorstand in einer Reihe von Orten Vorträge über das Erfurter Programm veranlaßt. Das Interesse der Parteigenossen an diesen Vorträgen war teilweise ein recht reges, es fehlt aber auch nicht an Mitteilungen, wonach der Besuch der Abende viel zu wünschen übrig lieg. Der Vorstand wird sich jedoch durch den nicht ganz zufriedenstellenden ersten Versuch nicht abschrecken lassen, sondern erneute Versuche in dieser Richtung unternehmen. — Bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen hat unsere Partei fast überall gut abgeschnitten. Besonders erfreulich sind die Resultate aus Rixdorf und Köpenick, wo wir alle Mandate der dritten Abteilung als unseren sicheren Besitzstand betrachten können. In Rixdorf kam sogar in der zweiten Abteilung der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl. Im ganzen verflügten wir beim Abschluß des Berichtes in 5 Städten des Kreises zusammen über 40 sozialdemokratische Stadtverordnete und in 10 Landgemeinden über 27 Gemeindevertreter.

Zum Zentralwahlverein gehörten am 1. Oktober 34 Vereine. Neugebildet haben sich die Vereine in Mittenwalde und Dreitz, so daß die Zahl der Vereine jetzt 36 beträgt. Die Mitgliederzahl ist von 10 112 zu Anfang auf 11 839 zu Ende des Berichtsjahres gestiegen, hat also um 1727 zugenommen. Einige Vereine weisen leider einen Rückgang in der Mitgliederzahl auf. Es sind nur 8200 volle Jahresbeiträge eingegangen. Hierzu sagt der Bericht, man kann sich der Ansicht nicht verschließen, daß eine ganze Reihe von Mitgliedern nur auf dem Papier stehen. Es wird Aufgabe der örtlichen Vorstände sein, für eine regelmäßige Einlieferung der Beiträge zu sorgen, damit das Mitgliederbild zwischen den Zahlen der voll ihren Verpflichtungen nachkommenden und der Zahl der in den Listen geführten Mitglieder aufhöret. Auffallend groß ist die Zahl der wegen referierender Beiträge gestrichenen Mitglieder. Es wird Aufgabe der einzelnen Vereine sein, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die einmal gewonnenen Genossen zu halten.

Erfreulicherweise hat die Zahl der Abonnenten auf unsere Parteipresse zugenommen. Abgesehen von den nicht festzustellenden Abonnenten bei Privatpediteuren und bei der Post ermittelte der Vorstand 17 026 Abonnenten auf den „Vorwärts“, 4 044 auf den „Wahren Jacob“, 248 auf die „Gleichheit“, 133 auf die „Neue Zeit“.

Eine große Zahl von Strafmandaten wurden gegen Genossen im Kreise erlassen, meistens gelegentlich der Verteilung von Flugblättern an Sonntagen. Auch die Verbreitung von Wons hatte in einigen Orten polizeiliches oder gerichtliches Vorgehen zur Folge. Die Ansetzung der Gültigkeit von Wahlen sozialdemokratischer Gemeindevertreter erfolgte in zwei Fällen, die beide mit einem Reinsfall der Gegner endeten. Wirte, die ihre Säle den Sozialdemokraten zur Verfügung stellen, werden mitunter noch immer gemahregelt, indem sie auf Polizeistunde gesetzt werden oder ihnen die Langkonzeption entzogen wird. Selbst die Entziehung der Schankkonzession ist angedroht worden. In Mariendorf erlauben sich sozialistische Beamte sogar, von den angemeldeten Wahlvereinsmitgliedern die Militärpässe einzufordern. Auch mit Verhaftungsbefehlen sind überstreife Beamte verschiedentlich vorgegangen.

Mit den Parteigenossen von Groß-Berlin haben die Funktionäre des Kreises in bestem Einvernehmen zusammengearbeitet.

Der ebenfalls gedruckt vorliegende Kassenbericht gibt eine Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben der örtlichen Wahlvereine sowie der Zentralkasse. Diese verzeichnet eine Einnahme von 8 900,12 M., eine Ausgabe von 37 922,58 M. (darunter 10 065,43 M. an die Parteikasse, 1630 M. an die Agitationskommission, 1424,70 M. für Agitationstouren, 12 877,95 M. für Agitation.) Der verbleibende Bestand beträgt 21 067,54 M. — Auf Listen wurden gesammelt: für den Erntewahlkampf Streif 6761,69 M., für den Vergarbeiterstreif 16 879,16 M., für die Opfer des russischen Freiheitskampfes 5280,01 M., für die Jahres-Versammlung 222,63 M.

Zu dem Vorstandsbericht machte der Vorsitzende Hirsch einige erläuternde Bemerkungen. Danach nahm der Kassierer Eberhard das Wort zum Kassenbericht. Er sagte unter anderem: Wenn man den Stand der Zentralkasse betrachte, so zeige dieselbe einen ungünstigeren Abschluß als wie im Vorjahre. Die Einnahmen seien hinter denen des Vorjahres um 2565 M. zurückgeblieben. Hierbei müsse aber berücksichtigt werden, daß die finanziellen Kräfte der Parteigenossen in diesem Jahre durch freiwillige Sammlungen (für die Vergarbeiter, die russischen Opfer usw.) stark in Anspruch genommen waren. Rechnet man das Ergebnis der Listen-sammlungen zu den Einnahmen der Zentralkasse hinzu, so ergibt sich, daß die Genossen des Kreises in diesem Jahre über 20 000 M.

mehr aufgebracht haben, wie im vorigen Jahre. — In den örtlichen Wahlvereinen ist ein Bestand von 2027,78 M. vorhanden.

Außer den 151 000 Flugblättern zur „Vorwärts“-Agitation wurden verbreitet 144 000 Flugblätter über die Reichstagswahl, 50 000 Flugblätter zur Lokalfrage, 10 000 polnische Flugblätter und 77 000 Broschüren. Im Kreise fanden 352 Vereins- und 88 Volkssammlungen statt. Im Vereinsbureau gingen ein: 672 Briefe, 845 Postkarten, 221 Pakete. Abgeschickt wurden: 1108 Briefe, 435 Postkarten, 72 Pakete.

In der Diskussion brachten mehrere Redner Klagen über die Referentenfrage vor. Andere verwiesen darauf, daß trotz des Fortschrittes in der Verbreitung der Parteipresse in dieser Hinsicht noch viel zu tun sei. Jubelil sagte unter anderem, es sei in Aussicht genommen, den Genossen des Kreises noch einen Landkreis zur Veranlassung zu überweisen. Dagegen sei einzuwenden, daß der Kreis in seinen eigenen ländlichen Bezirken noch ein so großes Arbeitsfeld habe, daß die Genossen dadurch reichlich in Anspruch genommen werden. Dazu bemerkte Fischer, der Kreis habe Arbeitskräfte und Geld genug, um noch einen weiteren Kreis mitzubearbeiten. Auch Hirsch meinte, im Prinzip sei gegen die Zuweisung eines Landkreises nichts einzuwenden. Im übrigen konstatierte er, daß die Tätigkeit des Vorstandes in der Diskussion nicht moniert worden sei.

Auf Antrag des Vorstandes beschloß die Versammlung, der Parteikasse 3000 M. zu überweisen. — Der Kassierer wurde entlastet.

Es folgte die Verichterstattung der Funktionäre. Fischer gab eine kurze Uebersicht über die Tätigkeit der Agitationskommission. Nach Besprechung verschiedener Einzelheiten kam er zu dem Schluß, daß es sich die Agitationskommission angelegen sein lasse, diejenigen Provinzialkreise, wo unsere Bewegung noch schwach ist, zu stärken und unsere Ideen baselbst zu verbreiten.

Den Bericht der Lokal-Kommission erstattete Gramow. Unter anderem führte er aus, in verschiedenen Orten sei es oft recht schwer, in der Lokalfrage betriebligende Verhältnisse zu schaffen. Es sei den Genossen der Vororte auch erschwert worden, ihre durch die Lokalfrage bezüglichen Veröffentlichungen rechtzeitig in den „Vorwärts“ zu bringen, weil die Redaktion alle derartigen Angelegenheiten erst dem Obmann der Berliner Lokal-Kommission vorgelegt habe, der auf diese Weise auch über die Lokalangelegenheiten der Vororte zu befinden habe. Im übrigen berichtete der Redner über die Arbeiten der Lokal-Kommission im einzelnen.

In der Diskussion wurde der Wunsch ausgesprochen, daß auch die Gewerkschaften ihren Einfluß in der Lokalfrage geltend machen müßten, was nicht immer geschehe. Weiter wurde geflagt, daß der „Vorwärts“ die Genossen der Vororte in ihrem Kampf um Erlangung von Lokalen nicht genügend unterstütze, indem die Redaktion auf die Lokalfrage bezügliche Einwendungen nicht aufgenommen habe. (Einfacher solcher Kritiken werden pflichtgemäß von uns immer an die Lokal-Kommission verwiesen. Red.)

Hierauf folgte der Bericht der Pressekommision. Bevor derselbe erstattet wurde, verlas der Vorsitzende zwei auf diesen Punkt bezügliche Resolutionen, die beim Bureau eingegangen waren. Sie lauten:

Die Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg lehnt eine nochmalige Erörterung des „Vorwärts“-Konfliktes ab. Sie begnügt sich mit der Feststellung, daß die Ansichten der Parteigenossen in dieser Frage geteilt sind. Ungeachtet dieser Urteilsdifferenzen drückt sie dem Vertreter des Kreises im Reichstage, dem Genossen Jubelil, ihr volles Vertrauen aus.

Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß die Generalversammlung am 29. Oktober in Sachen des „Vorwärts“-Konfliktes durch die Annahme der Resolution Edelmann-Jubelil voreilig gehandelt hat. — Die übergroße Zahl der Mitglieder des Zentralwahlvereins haben in ihren Versammlungen die Annahme der Resolution Edelmann-Jubelil bedauert und schließt sich die heutige Generalversammlung diesen Kundgebungen an und erklärt, daß sie das Vorgehen des Parteivorstandes und der Pressekommision in der „Vorwärts“-Affäre gutheißt und spricht denselben nach wie vor das vollste Vertrauen aus. — Ebenfalls bekundet die Versammlung, daß sie dem Vertreter des Kreises, Genossen Jubelil, unbedenklich um seine Stellungnahme in dieser Frage, ihr ganzes Vertrauen entgegenbringt.

Der Vorsitzende stellte im Einverständnis mit der Versammlung die erste Resolution zur Debatte mit dem Bemerkung, daß, wenn sie angenommen werde, die zweite Resolution hinfällig geworden sei.

In der Diskussion wurde für die Resolution geltend gemacht: Es sei jetzt Zeit, daß mit der Erörterung des „Vorwärts“-Konfliktes ein Ende gemacht werde, da die Parteigenossen sich mit anderen wichtigen Dingen zu beschäftigen haben. Das Vertrauensvotum für den Genossen Jubelil sei bedenklich, weil in verschiedenen örtlichen Wahlvereinen seine Haltung in der vorigen Generalversammlung getadelt worden sei. — Von anderer Seite wurde bemerkt, die Resolution sei doch etwas einseitig. Niemand werde dem Genossen Jubelil ein Vertrauensvotum ausdrücken wollen. Wenn aber die Versammlung ein ausdrückliches Vertrauensvotum für Jubelil in diesem Zusammenhange ausdrücke, dann könnte es scheinen, als ob sie den Ausführungen Jubelils in der vorigen Generalversammlung recht gebe. Kaiser, der in diesem Sinne sprach, beantragte zu der Resolution einen Zusatz, welcher auch dem Parteivorstand das Vertrauen der Generalversammlung ausdrückt. — Gegen diesen Antrag wandte Heinrich ein, die Versammlung könne nicht ausdrücken, daß der Parteivorstand recht gehandelt habe, da ja mehrere Wahlvereine einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen haben.

Ueber die Resolution wurde abgewartet abgestimmt. Der erste Absatz (den „Vorwärts“-Konflikt nicht mehr zu erörtern) wurde gegen drei, der zweite Absatz (Besetzung, daß die Ansichten geteilt sind) gegen vier Stimmen, das Vertrauensvotum für Jubelil einstimmig und der Zusatzantrag, auch dem Parteivorstand das Vertrauen auszudrücken, gegen eine schwache Minderheit bei zahlreichen Stimmenthaltungen angenommen.

Kunze gab Vorheimer den Bericht der Pressekommision. Er ging zunächst auf die Anträge des Kreises ein, die er in der Kommission zu vertreten hatte, erörterte dann die wichtigsten Angelegenheiten, welche die Kommission in letzter Zeit beschäftigt haben und besprach die bekannten geschäftlichen Veränderungen, welche in Aussicht genommen sind, darunter auch die geplante Umgestaltung der jetzigen Vorortbeilage.

Die letztere Angelegenheit wurde in der Diskussion hauptsächlich berührt. Man betonte allseitig, auf keinen Fall dürfe die Verichterstattung über die Vorortangelegenheiten eingeschränkt oder der Raum für dieselben verringert werden. Auf eine besondere Beilage für die Vororte werde kein Gewicht gelegt, es sei sogar wünschenswert, daß die Vorortangelegenheiten in der ganzen Auflage des Blattes erscheinen, anderenfalls würden die Berliner Genossen nicht über die Bewegung in den Vororten unterrichtet.

Hierauf erfolgte die Wahl des Vorstandes und der Funktionäre. Einstimmig wiedergewählt wurde der bisherige Vorstand: Vorsitzende Hirsch-Charlottenburg, Böcke-Rixdorf; Schriftführer Stiefenhofer-Charlottenburg, Wollermann-Schöneberg; Kassierer Eberhard-Charlottenburg. Als Redaktoren wurden Engel-Rixdorf, Bagels-Rixdorf und Wold-Köpenick gewählt. — Für den Vorstand von Groß-Berlin wurden bestimmt: Böcke (Aktionsausführer), Vorheimer (Pressekommision), Rohr (Lokal-Kommission), Fischer (Agitationskommission), Hoppe und Wollermann.

Die Delegation zur Generalversammlung von Groß-Berlin erfolgt in der Weise, daß jeder Wahlverein die ihm zugewiesene Zahl der Delegierten wählt. Beschlossen wurde, die Anträge des Kreises zum Staat von Groß-Berlin, welche in der Kommission abgelehnt sind, auf der Generalversammlung wieder einzubringen und durch den Genossen Wollermann begründen zu lassen. Ferner beschloß die Versammlung, noch einen weiteren Vorstandsführer für den Kreis im Groß-Berliner Vorlande zu beantragen und hierzu den Genossen Waale zu nominieren.

Die Kommission, welche eingesetzt worden ist, um das Statut des Zentralverbandes zu beraten, ersuchte, diese Angelegenheit erst zu erledigen, wenn das Normalstatut für Groß-Berlin aufgestellt ist. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden und delegierte den Genossen Wang in die Kommission an Stelle des wegen Ueberfälligkeit nach Potsdam ausgeschiedenen Genossen Wegler.

Nach Erledigung der Tagesordnung sprach der Vorsitzende Hirsch die Hoffnung aus, daß die Genossen auch im neuen Geschäftsjahre und unter der neuen Organisation nach besten Kräften im Interesse der Partei wirken werden. Er schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Versammlungen.

Zweiter Wahlkreis. In einer außerordentlichen Generalversammlung, die am Freitag im Hofjäger-Palast stattfand, wurde der Rest der Tagesordnung vom 5. Dezember erledigt. Zunächst gab der Genosse Zinke Bericht von der Agitationskommission. Teils sind die hierher gehörenden Angelegenheiten schon im Vorhandenbericht mit erwähnt worden. Der Redner berichtete ausführlich über die Zustände in den einzelnen Orten des Kreises, sowie des Pöndewalder Wahlkreises. Im Kallauer Kreise besteht der Kreiswahlverein jetzt anderthalb Jahre. Er zählt 528 Mitglieder, 88 mehr als im vorigen Jahre. Bei der letzten Reichstagswahl wurden 9163 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Tatsächlich ist die Zahl der Parteigenossen weit größer als die der organisierten, denn viele dürfen es mit Mühe auf ihre wirtschaftliche Existenz nicht wegen dem Wahlverein beigetreten und können sich aus denselben Grunde nicht an den Parteiarbeiten beteiligen. Der Kalender wurde in 27 000 Exemplaren verbreitet und in derselben Anzahl das Flugblatt vom Kontraktbruchgesetz gegen die Landarbeiter. In einem Orte sind die Genossen bei der Verbreitung des Agitationsmaterials mit Säulen und Steinen empfangen worden, in anderen Orten wurden sie jedoch freundlich und anständig aufgenommen. Oft waren sie in den Behausungen von Landarbeitern Zeugen fürchterlichen sozialen Elends. Die „Kadell“ ist in 18 500 Exemplaren — 375 Exemplare monatlich — verbreitet worden. Die Parteipresse zählt 862 Abonnenten, 29 mehr als im vorigen Jahre. Wenn im Kreise mehr Agitation betrieben werden könnte, würden größere Fortschritte zu erzielen sein. — Im Jüterbog-Pöndewalder Kreise sieht es bedeutend besser mit der Organisation und Agitation. Dazu trägt auch viel der Umstand bei, daß eine große Zahl der in dem Kreise wohnenden Arbeiter in Berlin und Umgegend beschäftigt sind. Es bestehen jetzt 19 Wahlvereine im Kreise; im vorigen Jahre waren es nur 14. 40 Volkversammlungen und 136 Wahlvereinsversammlungen wurden abgehalten, und Rastfeiern fanden in 12 Orten statt. Das Flugblatt vom Landarbeiter-Kontraktbruch wurde in 30 000 Exemplaren verbreitet, der „Märkische Anbote“ in 14 000 Exemplaren. Die „Kadell“ wird monatlich in 1650 Exemplaren verbreitet. Einen der Gesamtorganisation nicht förderlichen Beschluß haben die Jüterbog-Genossen gefaßt. Sie wollen zum 1. Januar einen eigenen, alleinstehenden Wahlverein gründen und sich nicht dem Kreiswahlverein anschließen. — Zur Diskussion über diesen Bericht verlangte niemand das Wort.

Von der Dofa Kommission berichtete Genosse Schröder. Er bemerkte zunächst, daß der Beschluß des Boykotts der Philharmonie eigentlich nicht von der Lokalkommission herühre, sondern ein Beschluß der Berliner Genossen sei, der auch nur von dieser Stelle wieder aufgehoben werden könne. Ob er berechtigt sei, darüber könne man ja verschiedener Meinung sein. In der Lokalliste sind die Orte außerhalb Berlins jetzt in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt, um den Genossen das Auffinden der Ortsnamen zu erleichtern. Der Redner berichtete sodann über einzelne Lokaldifferenzen im zweiten Wahlkreise, die zur Zufriedenheit der Genossen erledigt wurden. Die Lokalliste ist diesmal erschienen. Die Lokalkommission hat im Laufe der Berichtzeit 47 Mitteilungen im „Vorwärts“ veröffentlicht und 21 Konferenzen abgehalten. Der Obmann erteilte 62 Auskünfte; hierbei sind die Auskünfte, die die einzelnen Kommissionsmitglieder erteilten, nicht mitgezählt. Die Zahl der eingegangenen und abgesandten Postfächer betrug 719. Zum Schluß forderte der Redner besonders auch die Radfahrer auf, sich bei Ausfahrten streng an die Lokalliste zu halten, da in dieser Hinsicht von den Genossen in der Provinz oft Vorwürfe laut werden. Allerdings ist es, daß die Genossen in der Provinz oft von der irrigen Auffassung ausgehen, als sei jeder Radfahrer aus Berlin Sozialdemokrat. Ferner forderte der Redner die Vorstände der Arbeitervereine auf, sich bei Veranstaltung von Dampferpartien an die Lokalkommission zu wenden. Hierauf folgten die Vorstandswahlen. Sie hatten folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender Berner, zweiter Schneider; erster Kassierer Gustav Schmidt, zweiter Lohse; erster Schriftführer Kautmann, zweiter Karlowitz; Beisitzer Donath. Als Beisitzer wurden Henning, Ohnesorge und Jäger gewählt. Als Aspiranten zum Vorstand des Verbandes von Groß-Berlin wurden für den Aktionsausschuß Berner, für die Preßkommission Meyer und Königs, für die Agitationskommission Zinke und für die Lokalkommission Heinrich Schröder, als Ersatzmann Eisenhauer einstimmig vorgeschlagen. In die Zeitungskommission wurden die Genossen Wiggelsen, Schäfer und Buchholz gewählt.

Eine gewaltige Demonstration versammlung zugunsten der russischen Revolutionäre hatte der Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter am Mittwochsabend für seine Mitglieder veranstaltet. Kellers großer Saal in der Koppenstraße war einschließlich der Gallerien bis auf den letzten Platz besetzt. Teilweise mußten noch die Tische und Stühle entfernt werden, so daß sich wohl fast 3000 Personen, Männer und Frauen, stoff an Kopf in dem Räume drängten. Hunderte mußten wegen Ueberfüllung wieder umkehren. Das Referat über „Die Freiheitskämpfe in Rußland“ hielt Ingenieur Genosse Grempe. Im fesselndem Vortrage gab Redner einleitend eine knappe historische Uebersicht über die politischen und wirtschaftlichen Zustände Rußlands. Scharf geißelte er dabei die durch und durch korrupte russische Beamtenwirtschaft und die politische Rechtslosigkeit der russischen Völk, unter spezieller Würdigung der trübseligen Verhältnisse, in denen die dortigen Arbeiter leben müssen. Aus diesem Willen heraus schloß er dann die Entwicklung der russischen Freiheitsbewegung mit dem heroischen

Opfermut und den unsäglichen Leiden dieser ihrer Vorkämpfer. Sein Vortrag rang aus in einer wichtigen Anklage des Sozialismus und dem Appell an die Anwesenden, das russische Proletariat, als dem Träger der Revolution, in seinem schweren Befreiungskampfe moralisch und materiell tatkräftig zu unterstützen. Lautlos, in düsterem Ernst hatte die Versammlung den Ausführungen des Redners gelauscht. Als er erdete, durchbraute jedoch ein wahrer Beifallssturm das Haus, der sich mehrmals wiederholte. An den Vortrag schloß sich sodann eine Projektion von Lichtbildern an, in denen Szenen aus der russischen Bewegung dargestellt und Vorträge bekannter Freiheitkämpfer vorgeführt wurden, u. a. das von Wera Eschulitz, Wera Figner, Maria Kowalewskaja, Michailow, Leo Deutsch sowie von Plechanoff und Axelrod. In der Versammlung herrschte nur eine Stimmung; die der unbegrenzten Sympathie mit der russischen Arbeiterschaft.

In einer sehr gutbesuchten Betriebsversammlung der Arbeiter des Gaswerkes referierte Genosse Henning über das Thema: „Aus der Geschichte der Sozialdemokratie“. Am Schluß seines mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages kennzeichnete Genosse Henning besonders das zweideutige Verhalten der Dirsch-Dunderschen Gewerksvereine, die sich stets bereit finden lassen, den modern organisierten Arbeitern in den Rücken zu fallen. Den beachtlichsten Beweis hierfür gab der folgende Bericht des Arbeiterausschusses. Das Mitglied des Arbeiterausschusses, Kowadi, Mitglied des Dirsch-Dunderschen Gewerksvereins der Fabrik- und Landarbeiter, stimmte gegen sämtliche Anträge des Ausschusses, mochten dieselben nun die Verbesserung hygienischer Einrichtungen oder Lohnaufbesserung bezwecken. Der Dant der Verwaltung bleibt denn auch nicht aus. Trotz der argentelligen Bestimmungen der Arbeitsordnung sieht den Mitgliedern der S. D. Organisation das Recht zu, nach Belieben für ihre Organisation zu agitieren, während z. B. die Mitglieder des Verbandes der städtischen Arbeiter mit Entlassung bedroht werden. In der Angelegenheit Kowadi nahm die Versammlung nachstehende Resolution einstimmig an: „Die heutige Betriebsversammlung des Gaswerks Mariendorf spricht dem Mitgliede des Arbeiterausschusses Kowadi ihre schärfste Mißbilligung über sein Verhalten in der letzten Sitzung des Arbeiterausschusses aus. Die Versammlung erklärt, daß seine Ansichten sich nicht mit denen eines Arbeitervertreters vereinbaren lassen und ersuchen den Kowadi um sofortige Niederlegung seines Mandates.“ — Scharf wurde die einseitige Stellungnahme der Verwaltung kritisiert, die in jeder Weise die Mitglieder des Verbandes zurücksetzt. Sie setzt sich damit in Widerspruch mit der Dirsion, die ausdrücklich und zu verschiedenen Malen erklärt hat, daß Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation nicht benachteiligt werden sollen.

Eingegangene Druckschriften.

Richard Calwer, Das Geschäftsjahr 1901. Erster Teil. Handel und Wandel in Deutschland. 296 Seiten. Verlag: G. Fischer, Jena.
Werner Zombart, Sozialökonomie und Sozialbewegung. 329 Seiten. Preis 2 M., geb. 2,50 M. Verlag: G. Fischer, Jena.
H. Meynert, Anteilnahme der Katholiken an Wissenschaft und Kunst. 92 Seiten. Preis 90 Pf. Verlag: Mayer u. Cie., Luzern.
Die Wiederherstellung des jüdischen Staates in Palästina. Reden gehalten von B. Nijehuis im ungarischen Abgeordnetenhaus von 1872 bis 1896. 27 Seiten. Preis 1 Kr. Selbstverlag, Budapest, X. Szabóth u. 64.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 12. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Romberg.
Neues Oper-Theater. Geschlossen.
Neues. Ein Sommernachtstraum. Desken. Rigolotto.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. L'Age d'aimer.
Anfang 8 Uhr:
Leffing. Zwischen Spiel.
Zentral. Die Fledermaus.
Kleines. Der zerbrochene Krug. Ein Feiertag.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Wanjuschins Kinder.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Helmg'stunden.
Kommische Oper. Die Bohème.
Reichens. Der Prinzgemahl.
Trianon. Die herbe Frucht.
Lustspielhaus. Der Familienstag.
Thalia. Bis früh um fünf!
Carl Weiß. Von Stufe zu Stufe.
Luisen. Die Waise von Lowood.
Deutsch Amerikanisches. Aber Herr Herzog!
Metropol. Auf ins Metropol.
Kasino. Das Opferlamm.
Apollo. Prinzess Rosine. Ein delikates Menü.
Walhalla. Spezialitäten.
Oberfeld. Familienstag im Hause Verstein.
Wintergarten. Eugenie Fougère. — Spezialitäten.
Folies Caprice. Nach dem Baden. — Vorher: Der Dorfmuftant. Spezialitäten.
Reichshallen. Letzter Sänger.
Passage. Spezialitäten.
Heute. Taudenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachtsjonne.
Social. 8 Uhr: Dr. v. Umrub: Das Goldschmidtsche Thermometerverfahren.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62. Täglich abends von 7 bis 1 Uhr.
Social. 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Aufbau und Entwicklung des Weltgebäudes.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Morgen und folgende Tage:
Ein Sommernachtstraum.
Abendmessenvorstellung (8 Uhr):
Die Fledermaus.
Zum ersten Male:
Die Waise von Lowood.
Mittwoch: Der neue Herr.
Donnerstag: Die Waise.
Freitag zum erstenmal: Der Kaufmann von Venedig.
Sonnabend: Die Waise v. Lowood.
Sonntag nachm.: Eneewittchen.
Abends: Der neue Herr.
Montag: Der neue Herr.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die herbe Frucht.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Die glänzenden erklaffigen Dezember-Spezialitäten.
9 1/2 Uhr:
Prinzess Rosine
von Paul Lincks.
Im letzten Bild: Ein delikates Menü.
Am 1. und 2. Weihnachtsfeiertage, nachmittags 3 Uhr: Frau Luna und das unverfälschte Spezialitäten-Programm.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr:
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bd. Börse.
Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Benefiz
für
Carl Braun
Verwandlungskünstler.
Auftritten des
Elite - Dezember - Programms
sowie namhafter Gäste.
Nach der Vorstellung:
Tanz ohne Nachzahlung.
Kamillenkuren in allen Kabinen, Brillen- und Jagaringskästen sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Wanjuschins Kinder.
Drama in 4 Akten v. S. N. Nadjonow. Deutsche Bearbeitung v. Hans Kaufmann und Rag. He.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Helmg'stunden.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Helmg'stunden.
XI. Berliner Saison.

Zirkus Buseh.

Zum 24. Male:
Die neueste und größte Sensationswunderwelt Berlins!
Indien.
Orig.-Pantomime des Zirkus Buseh in 8 Bildern.
Besonders hervorzuheben:
6 indische Orig.-Fakire.
Ferner: **Eislanter-Kämpfe.**
Außerdem: **Zum 1. Male in Deutschland!** **Mr. Hagedorn's Transformations-Grotte.**
6 echt importierte arab. Vollblutheute, dressiert und vorgeführt von Herrn Ernst Schumann.

Kasino-Theater

Lothringenstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Abendlich auferkauft.
Großer Lachserfolg!
Das Opferlamm.
Vorher das sensation. Dezemberprogr. **Neu! Baldwin Broth. Neu!**
Sonntag nachm. 4 Uhr: Arbeit schadet nicht.

Kommische Oper.

Friedrichstr. 104-104a.
Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 Uhr:
Die Bohème.
Mittwoch, Donnerstag: Die Bohème.
Freitag, Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Seltlicher Schwank in 3 Akten von 2. Lamol und J. Chancel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Schlafwagenkontrollant.

Etablissement Buggenbagen

Horstplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.
Schöneberger Wintergarten
Golystraße 9.
Täglich Theater und Spezialitätenvorstellung.
Sonntags 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede ermäßigte Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Bild. Th.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Helmg'stunden.
Wihnachtskomödie in 3 Akten von Ludwig Angenbrüder.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wanjuschins Kinder.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wanjuschins Kinder.

Zirkus Albert Schumann

Heute abend präzis 7 1/2 Uhr:
Zum 23. Male!
Die größte u. sensationellste Novität!
Noch nie gesehen!
Autobolide
La belle Mlle. de Thiers.
Feiner:
4 indische Zauberer in ihrem ungläubl. Leistung.
Mis Texas Hattie.
Die phänomenale **6 Duettoled.**
Dir. Alb. Schumanns neue u. moderne Dressuren. Die projekt. Spezialität u. Die reizende Sportpantomime:
Der Tag **Englischen Derby.**

Colosseum

Dresdener Straße 97.
8 Uhr:
12 Attraktionen
Pod?? Lotte Sobus, Wardinis, Litke Carlsen, Bendix, Osk. Fürst.
Diese Woche Donnerstag Uraufführung:
„Rin in's Colosseum!“
von Leopold Ely.
Musik von Rudolf Nelson.
Im Konzertsaal:
Sensation. Weihnachtsdekoration.
Musik u. Gesang!
Billettverkauf an der Tageskasse.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.
Täglich:
Auftritten von 36 erstklassigen internationalen Spezialitäten.
Artus-Hof
Perlebergerstr. 26. Stendalstr. 10.
Säle von 100-1200 Pl. haben den größten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater - Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettsänger und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Urania

Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Lande der Mitternachtsjonne.
Hörnsaal 8 Uhr: Dr. v. Umrub: Das Goldschmidtsche Thermometerverfahren.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Hörnsaal 8 Uhr: Dr. Ristenpart: Aufbau und Entwicklung des Weltgebäudes.

P. CASTAN'S PANOPTICUM

Friedrichstr. 165.
„Ernte“.
Schattenspiel in 9 Bildern.
Wanderung durch das Niltal.
Restaurant: Harburger Sängler.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Heute und folgende Tage:
Zum ersten Male
in den Räumen der 1. Etage:
Bergbewohner
Abessinien's.

Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater
132 Linienstr. 132
Ecke Friedrichstraße,
Zum 85. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher:
Der Dorfmusikant
u. d. ausgezeichnet. Spezialitätenenteil.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich b. A. Wertheim und an der Theaterkasse v. 10 Uhr vormittags an.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Von Stufe zu Stufe.
Lebensbild mit Gesang in 5 Akten von Dr. G. Wälder. Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend nachm.: Klein Däumling. Abends 8 Uhr: Die Ahnfrau.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67.
Heute 8 Uhr Gastsp. Ad. Philipp. **SOUVENIR-VORSTELLUNG.**
Zum **100.** Male:
Aber, Herr Herzog!
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Am Altar.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhäuser Allee Nr. 118.
Gefäß, des Bernh. Hofe-Theater's.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Vollständ. mit Gesang in vier Akten von Angenbrüder.
Am 8. Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Voranzige. Dienstag, den 19. Dezember: Der Kaufmann von Venedig, g.

Belle-Alliance

Theater-Variété.
Abends 8 Uhr:
Josephine Pettit
Flammen- und Rastum-Tanz.
Seppi Werner
Charakter-Komiker.
Rebusas
Instiger Bauernhof.
14 hervorrng. Debäts.

Sanssouci, Kottbuserstr. 4

Direktion Wilhelm Helmro.
Heute Dienstag:
Benefiz für Hel. Nola Oeska.
Othello,
der Mohr von Venedig.
Mittwoch: Geschlossen.
wegen Vereinsfestlichkeit.
Jeden
Sonnt. Mont. Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanztruppen.
Sonntags Beginn 5. Wochen. 8 Uhr.

Böhm. Brauhaus

Landsberger Allee.
Heute Dienstag
8 1/2 Uhr:
Letzte Soiree
der
Fritz Steidl-
Sänger
vor Weihnachten!
Nächste Soiree am 2. Jan. 1903.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.
 Heute präzis 8 Uhr:
Familientag
 im **Hause Prellstein**
 Komödie in 3 Akten mit den Autoren **Anton und Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
 Vorberf. 11-2 Uhr. (Theaterkasse.)

Passage-Theater.
 Anfang abends 8 Uhr.
 Das sensationelle Dezember-Programm.
Buddhas Tafel
 (die Schrift aus dem Jenseits), die berühmte Paquarette, franz. Exzentric. 14 neue erstklassige Nummern.

Reichshallen.
 Heute:
Stettiner Säger.
 Zum Schluss! **Feuilein Doktor.** Zeitbarstele von Reffel.
 Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Otto Pritzkow's Berliner Abnormitäten-Theater.
 Münstr. 16.
 Riesen-Weihnachts-Programm!
Barnum u. Bailays Abnormitäten.
 Wunderhahn Pluto, geboren mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf. Der Welt-Koloß, schwerste Dame, die je gelebt. Die fliegende Venus?? Der Skelettmensch, 37 Kilos schwer Die Hellscharin Armida. — Riesen, Zwerge, Feuersänger, Fakire, Hellscher, Feuersänger, Gedankenleser etc. — Entree wie immer. Keine Nachzahlung.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.
 Frankfurter-Allee 88.
Das Riesen-Dezember-Programm.
 Neu! **Miss Ullta.** Neu! einzig existierende Naavalettin.
 Neu! **Mr. Hardon.** Neu! Hefekünstler und Musikant.
 Neu! **Don Südwest-Afrika zurück.** oder: **Stille Nacht, heilige Nacht!** Weihnachts-Lebensbild mit Gesang in einem Akt.

WINTERGARTEN Eugenie Fougère
 Pariser Excentrique-Sängerin.
C. Bernardi, Verwandlungskünstler.
Mc. Bann, Kaulenjongleur.
Rosa Nayon, dressierte Vögel.
Perzina, Hundepantomime.
Lene Land, Parodistin.
Siegwart Gentes, Humorist.
de Grey, Barfuß tänzerin.
Im Pensionat, Ballett-artisten.
Die 3 Olympier, Bronzestatuen Biograph.

Germania-Säle.
 Charlottenburg, Spreestr. 13.
 Aufhaber: C. Wodorich.
 Heute Dienstag: Letzte Solves vor Weihnachten bei **Original-Harburger-Sänger.**
 C. Hill u. Kolche-Krause. Anfang 8 Uhr.
 Entree 30 und 50 Pf.
 Nachher: Tanzkränzen.
 Nächste Solree: 2. Januar 06.

Lustspielhaus. Der Familientag.
 Morgen: **Nemesis.**
Theor. u. praktische Ausbildung zum Chauffeur.
 Programm kostenfrei. Unentgeltlicher Nachweis von tüchtigen Chauffeuren.
Technikum Altonburg
 Sachsen-Altonburg.

Jacob Golde
 119 Gr. Frankfurterstr. 119
Zum Weihnachtsfest empfehlen:
 Wäsche-Ausstattungen. Trikotagen & Strumpfwaren in bekannter Güte.
5 % Rabatt.
 Ueber 40 Jahre im Osten Berlins.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
 Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Rester-Geschäft
 des N.-O. von 44402
Wilhelm Mühlbach
 empfiehlt praktische Weihnachtsgeschenke als: Alle Arten Heste zu Damen- und Kinder-Konfektion zu billigsten Preisen.
 Größte Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Gänsefedern 60 Pf.
 gr. Pfand (größer zum Reizen). Schlachtfedern, wie sie in d. Gans fallen, mit allen Tannen M. 1.50, halblänger Federputz M. 2.00, weisse Schweißbäume M. 2.50, 3.00, weisse Schweißbäume M. 3.50, russische Tannen M. 3.50, weisse böhm. Tannen M. 5.00, an russische Federn M. 1.50, 2.00, 2.50, prima gefüllte M. 3.00, 3.50, Versand gegen Nachnahme.
Gustav Lustig, Prinzenstraße 40a.
 Erst-Weihnachtsgeschäft in vier. Betrieb. Die besten Federputzwerke.

Stola Muffen
 etc. etc.
 Nur eig. Fabrikat. gedieg. reelle Ausf. besten Material.
 Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreis. Große Auswahl.
Kalman,
 Dresdenerstr. 75 vorn II.
 2 Haus v. Thalia-Th. Verk. auch Sonnt. u. Wochent. v. 9U. ab.

Wer kauft billig Bettdecken mit Matratzen, Kleberputz, Wäscheputz, Tisch, Sofa, Teppich.
Königstraße 20.

Brodes Vereins-Säle
 Neue König-Strasse 7.
 Fahrverbindungen nach allen Stadtteilen. — in meine Säle für Versammlungen, Gewerkschaftsversammlungen und für Vereinsfeiern. Aulante Bedienung.
Adolf Borde.

Zum Weihnachtsfeste!
 Auf Teilzahlung!!!
 kaufen Sie am besten, wäsend. nur 1 M., Herren- und Damendrehen, Standuhren, gr. Standuhren, Regulateure, Preiswähler, Broschen, Ringe, Ketten, Stäbe, Zithern, Harmonikas, Pianolinen, Phonographen, Plattenpressmaschinen, gr. Auswahl in Platten, echte Edison- und Columbia-Apparate und Helgen zu Original-Preisen.
Jahre & König
 Warsteiner-Strasse 72, I. Etage.
 Filiale: Reinickendorferstrasse 57, I.
 Sonntag geöffnet bis 6 Uhr abend.

Passende Weihnachtsgeschenke.
 Neu eingetroffen! 280/2
 Große Posten
GZ
 Gardinen — Stores
 Tüllbettedecken — Teppiche
 Steppdecken — Portieren
 zu fabelhaft billigen Preisen.
 Kein Laden.
Rosenthalerstr. 57, I. Etage.

Nathan Wand
 129 Kaliserstr. 129.
 Die schönsten 53620
Herren-Winter-Paletots
 und Anzüge in neu sowie speziell Monats-Garderobe von Modellen getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Dauchanzüge sind in großer Auswahl und zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
 129 Kaliserstr. 129.
 Hochbahnhofs-Kottbusser Tor. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Dr. Lell moht jetzt:
Rosenthalerstrasse 26, II.
 Homöopath und Spezialarzt für Haut-, Darm- und Gehirnl. Leiden.
 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Rheumatismus
 Gicht, Gliederreissen, Nervenschmerzen, Hüftweh, verkrümmte Hals durch übermäßigen Gebrauch von **Reichel's „Electricum“**
 (sicheres Heilmittel - Waldbau-Öl, Omasol und unedliches Naturprodukt u. Reifer durchreifer, sofort sichtbare Wirkung. Tausende von Danken. „Electricum“ ihre Gesundheit, Fl. 1.-u. 2.-. Die Situation wird noch erhöht u. den inneren Gebrauch von Reichel's Wacholder-Extrakt „Medica“, 31. 75 Pf., M. 1.50, u. 2.50, in den Drogerien u. Apotheken erhältlich und zu beziehen durch **Otto Reichel, BERLIN 90, 43, Eisenbahnstr. 4.**

Eine Mark
 mögliche Teilzahlung liefert eleg. fertige 4957L
Herren-Moden
 Bestellung n. Maß, tadell. Ausf. in eigener Werkstatt. Spezial-Geschäft für **Herren-Bekleidung.**
 Kein Waren-Kreditkauf.
J. Kurzberg,
 An der Jannowitzbrücke 1
 direkt am Bahnhof.

Petroleum-Glählicht
 Auf jede Lampe pass. Große Auswahl von Tisch- u. Hängelampen. Echt Bronzegaskronen 3-flam. M. 18.50.
W. Krusemark,
 Berlin 90., 205, Oranienstr. 205.
 Tel.: Amt IV. No. 1039.
 5 Prozent Rabatt.

Bruch-Pollmann
 empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
 Liefer. f. Orts- u. Hülf-Krankenfassen **Berlin C.**
30. Finien-Strasse 30.
 NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Gelenken, angenehm und weich am Körper.
 44822

Gegründet 1825.

Fr. Hahn Berlin C 25 **Alexander-Platz**

Besonders preiswerte Artikel für den Weihnachtsbedarf.

Tischtücher und Servietten geklärt, halbleinen, in Blumen- und Sternmustern. 115x133 115x165 135x165 66x67 1.75 M. 2.10 M. 2.50 M. Dtzd. 5.00 M.	Reizender Geschenkartikel. Kaffee- bzw. Tee-Gedeck. weiß halbleinen Jacquard mit roter, blauer oder goldfarbiger Borte, gesäumt. Tisch Tuch-Gr. 130x130 cm Gedeck m. 6 Serv. 3.35 Servietten-Gr. 32x32 cm i. Karton 3 M.	Bunte baumwollene Tischdecke. Piquégewebe, gesäumt. In creme-rot, creme-gold, creme-blau, creme-grün. Größe 125x125 cm 2.85 M. Größe 125x150 cm 3.35 M.	Handtücher. Weiß halbleinen feinfäd. Jacquard-Handtuch. Große Zeichnung, eleganteste Ausführung. Besonders für Geschenke. Größe 50x110 cm Dtzd. 7.50 M. Größe 45x110 cm Dtzd. 8.20 M.
Weisse Bettbezüge Fortig genäht aus Louisiana-tuch, mit Knopf- oder Schnürschluß. Die Garnitur 1 Deckbett 130x200 6.30 2 Kissen 83x53 M.	Bettlaken. Ein Posten halbleinene Bettlaken, weiß-garnig, mittelkräftig, Größe 150x210 cm, 0.36 gesäumt Stück 4 M. Ein Posten Bettlaken , aus Bielfelder rasengebleichtem Doppeltuch, Größe 150x120 cm, gesäumt Stück 2 M.	Louisianatuch, mittelfeinfädig, im Aussehen und Gebrauch wie gebleicht Leinen, für jede Art Wäsche. Breite 82 cm Meter 0.45 M. Stück von 20 Meter 8.50 M.	Weisse Linon-Taschentücher. (Batistastrüfung), feinfädig, gesäumt, in eleganter Kartonaufmachung. Größe 2.50 48 cm Dtzd. 2 M. Dieselben, m. bunten, sorten Borden, in 2.50 Dutzend sortiert. Größe 48 cm, Dtzd. 2 M. Weiß Linon, mit weiß u. farbig durchmuster. Atlassteppborte, 1/2, dutzendweise im 2.00 Karton sortiert. Größe 46 cm, 1/2, Dtzd. 2 M.
Normal-Herrenhemden warm, wollig. 1.70 M. 2.00 M. 2.40 M.	Normal-Herrenhosen 1.30 M. 1.75 M. 2.10 M. gefüttert: 1.00 M.	Gestrickte woll. Herrenwesten 3.00 M. bis 10.50 M.	Herren-Oberhemden in tadelloser Ausführung mit glattem Einsatz m. gestricktem Einsatz 3.00 M. 4.00 M.
Tändelschürzen Ecurfarbiger Stoff, mit farbigem Besatz 0.45 M.	Hauschürzen mit u. ohne Achselbänder, in guten waschechten Stoffen. 0.80 M. 1.00 M. 1.50 M.	Gestrickte Damenwesten (Zaunen-Säckchen) 1.00 M. 2.20 M. 3.50 M.	Besonders preiswerte Marken in Damenstrümpfen, Kinderstrümpfen, Herrensocken.

Der reich illustrierte **Haupt-Katalog** wird auf Wunsch zugesandt. Portofreier Versand von 20 M. an.

Aus der Frauenbewegung.

Charlottenburg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein hält am Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 1/4 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 8, seine Mitgliederversammlung ab.

Wilmersdorf. Donnerstag, den 14. d. Mts., abends 8 1/4 Uhr, tagt in Wilmersdorf bei Ködler, Lauenburgerstraße 20-21, die Versammlung des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins.

Herr August Taterow spricht über „die Arbeiterbewegung und die Frauen“. Gäste, Männer und Frauen, haben zu dieser Versammlung Zutritt.

Repton-Baumsehnenweg. Am Mittwoch, den 13. ds. Mts., abends 8 1/4 Uhr, hält der hiesige Bildungsverein für Frauen und Mädchen bei E. Christ, Emslstraße 26, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Table with 4 columns: Stationen, Parameter, Windrichtung, Windstärke. Lists weather data for various cities like Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 12. Dezember 1905. Zeitweise neblig, zuerst ziemlich heiter und trocken bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas kälterer Nacht und steigender Tagestemperatur.

Weihnachts-Vorzugspreise.

Teppiche

- Saalgröße 90, 65 u. 50 M.
Salongröße 65, 40 u. 30 M.
Wohnzimmergröße 35, 25 u. 20 M.
Sofagröße 14, 10 u. 6 M.

Stepdecken

- Excelsior-Cloth 8, 6,50 u. 4 M.
Seidenartig. Lasting, doppelseitig 12, 10 u. 8 M.
Wollatlas-Lasting 10, 7,50 u. 5 M.
Seiden-Atlas und Serge 18, 15 u. 12 M.

Läuferstoffe

- Brüssel und Tapestry 2,50 u. 1,50 M.
Velour 3,60 u. 2,90 M.
Holländer 1,20 M., 80 u. 40 Pf.

Gardinen

- Englisch Tüll per Fenster von 2,50 M.
Brüsseler Tüll per Fenster von 4,75 M.
Spachtel-Tüll per Fenster von 10 M.
Erbstüll per Fenster von 12 M.

Stores

- Relief-Tüll von 2,75 M.
Spachtel-Tüll von 5,50 M.
Band (Lacet) von 7 M.

Tischdecken

- Wolle mit Franze 5, 4, 3 M.
Tuch, gestickt 8, 6, 3 M.
Plüsch mit Borde und Franze 7 M.
Plüsch, gestickt 15, 12, 8 M.

Portieren

- Plüsch, gestickt, 2 Shawls und 1 Lambrequin von 10 M.
Tuch, gestickt per Garnitur von 6 M.
Velvet mit Tuchapplikation. per Garnitur von 18 M.
Wolle, gestickt per Garnitur von 7 M.

Diwandecken

- Karamani, doppelseitig mit Franzen 7 M.
Velour-Frisé, doppelseitig 8,50 M.
Plüsch-Moquette 30 u. 24 M.

Felle und Fellteppiche

- Chines. Ziege mit Futter 7,50, 6 u. 3,75 M.
Angora, Lamm Größe 90 x 190 7 M.
Dingo-Fell-Teppich mit Futter 6,75 M.

Teppichhaus B. Hurwitz,

Rotes Schloß, vis-a-vis dem National-Denkmal.

Die Fleischnot,

So tönt es heute aus aller Munde, ist es, welche am Lebensmark des Volkes zehrt. Nicht allein aber das Fleisch ist dazu bestimmt, dem menschlichen Körper eine besonders kräftige Nahrung zuzuführen; noch vor dessen Stelle tritt als Nahrungsmittel Cyliax Schokolade und Cyliax Kakao ein.

Diese Analyse beweist, daß Cyliax Schokolade fast die doppelten Nährwerte als das Rindfleisch besitzt, mithin ist sie weit billiger und somit ein Volksernährungsmittel ersten Ranges.

Analyse nach Dr. Paul Jeserich, vereideter Handels-Chemiker:

1 Kilogr. Pilsener Bier Urquell

Table with 2 columns: Item, Value. Lists nutrients for Pilsener Beer like Spez. Gewicht, Alkohol, Extrakt, etc.

Nährwerteinheiten pro Liter:

27,5

1 Kilogr. Rindfleisch für 2 Mark

Table with 2 columns: Item, Value. Lists nutrients for Beef like Wasser, Stickstoffsubstanz, Fett, Asche.

Nährwerteinheiten pro Kilogr.:

1204,7

1 Kilogr. Cyliax Schokolade für 2 Mark

Table with 2 columns: Item, Value. Lists nutrients for Cyliax Chocolate like Wasser, Asche, Phosphorsäure, etc.

Nährwerteinheiten pro Kilogr.:

2063,0

Cyliax Haushalt Schokolade verbürgt rein von 0,80 Mark an sowohl als auch Cyliax Dessert Schokoladen und Kakao zeichnen sich durch reinen Geschmack und hohen Nährwert ganz besonders aus.

Zum Weihnachtsfeste empfehle ich Honigkuchen, Marzipan, Pralinées etc. in vorzüglichster Güte zu billigsten Preisen.

G. Cyliax,

Schokoladen und Kakao Werke.

Filialen:

C. Rosenthalerstr. 10. Neue Promenade 1. Wallstr. 90/91. W. Markgrafenstr. 61.

Charlottenstr. 32a. Mandenstr. 19. Goltzstr. 32. Steinmetzstr. 45. Colonnenstr. 65. Tempelhoferstr. 21. Nettelbeckstr. 8.

Augsburgerstr. 34. Pestalozzistr. 9. Uhlandstr. 48. Wilmersdorferstr. 115/116. Kneesebeckstr. 93.

N. u. NW. Friedrichstr. 115. Chausseestr. 106. Wilanckerstr. 64. Dorotheenstr. 36. Elsasserstr. 8. Schwedterstr. 33a.

Kastanien-Allee 31. Danzigerstr. 12. O. Gr. Frankfurterstr. 80/81. Woldenweg 77. Warschauerstr. 69.

S. u. SO. Kommandantenstr. 67. Oranienstr. 46. Prinzenstr. 65. Reichenbergerstr. 164. Waldemarstr. 62. Mantuffolstr. 112.

Niederlagen:

C. Münzstr. 11. Spandauerstr. 40.

Landsbergerstr. 65. S. u. SW. Jerusalemstr. 63/64.

Friedrichstr. 227. Zossenerstr. 5.

W. Kanonenstr. 14/15. Potsdamerstr. 42.

Mantelstr. 2. Kleiststr. 39. Berlinerstr. 110.

O. Andrusstr. 75.

Letzte 5 Tage

Dienstag, 12. Dezember,
Mittwoch, 13. Dezember,
Donnerstag, 14. Dezember,
Freitag, 15. Dezember,
Sonntag, 16. Dezember.

stellen wir mehrere Posten vorjähriger oder nicht moderner, wie auch mit kleinen Fehlern behafteter Herren-Winterpaletots zu stark herabgesetzten Preisen, teilweise für die Hälfte, teils für den dritten Teil der bisherigen Preise, zum Verkauf. Diese Winterpaletots wie auch die darunter befindlichen Modellschneidestücke sind durchweg aus realen Stoffen.

- Ein Posten Winter-Paletots 6 M.
- Ein Posten Winter-Paletots 9 M.
- Ein Posten Winter-Paletots 12 M.
- Ein Posten Herren-Winterjoppen 4,50 und 5 M.

Wir bitten höflich dem Verkäufer zu sagen, wenn zurückgesetzte Paletots gewünscht werden.

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

Heitinger & Co.
Oranienstraße 40-41
Deutsche Compagnie.
Berlin S.O.

Ein Posten zurückgesetzter Herren-Jackett-Anzüge 12 M.
Ein Post. dunkelgrauer Gehrock - Anzüge 17 und 20 M.

- Zu herabgesetzten Preisen liefern wir:**
- Geschichte der französischen Revolution von 1848** und der zweiten Republik. Vollständig dargestellt von H. Heitinger. anstatt 6,00 M. jetzt 5.— M.
 - Die deutsche Revolution von 1848 und 1849.** Geschichte der deutschen Revolutionsbewegung dieser Zeit. Dargestellt von H. Heitinger. anstatt 5,70 M. jetzt 5.— M.
 - Der Mensch und seine Rassen** von H. Heitinger. anstatt 5,90 M. jetzt 5.— M.
 - Die Geschichte der Erde** von H. Heitinger. anstatt 7,90 M. jetzt 5.— M.
 - Die Pflanzenwelt** von H. Heitinger. anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
 - Die Tierwelt** von H. Heitinger. anstatt 7,10 M. jetzt 5.— M.
 - Die Wunder des Kosmos** populär dargestellt von D. Röhler. anstatt 5,50 M. jetzt 5.— M.
 - Welterschöpfung und Weltuntergang** populär dargestellt von D. Röhler. anstatt 4,75 M. jetzt 4,25 M.

Diese Bücher sind sämtlich in Prachtbänden gebunden. Der Text ist durch zahlreiche Illustrationen und farbige Tafeln sehr anschaulich und erhellend.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 08,
Lindenstraße 69, Laden.

Sämtliche Neuheiten für den Herbst u. Winter vorrätig.

M. Schulmeister

Schneidermeister
Berlin SO., Dresdenerstraße 4,
am Kottbuser Cor.

Spezial-Haus
feiner
Herren- und Knaben-Garderobe
fertig und nach Maß.

- Elegante Winter-Paletots von Mk. an 18⁵⁰
- Jackett-Anzüge 17⁵⁰
- Rock-Anzüge 26[—]
- Gehrock-Anzüge 32⁵⁰
- Loden-Joppen 6[—]

Berufskleidung für alle Gewerke.
Nur eigene Konfektion.



Motorroschen

nach Polizeivorschrift zu günstigen Zahlungsbedingungen schnell lieferbar.
Loeb & Co., G. m. b. H.
Grünstr. 5/6 und Unter den Linden 65.

Das Weihnachts-Buch 1905

ist der soeben abgeschlossene Roman

Götz Krafft

Die Geschichte einer Jugend
Roman in vier Bänden von Edward Stilgebauer

Preis pro Band brosch. 4 Mk., gebd. 5 Mk.

Deutsche Wochenztg. Es ist ein groß angelegtes Werk voll Wärme für Herz und Geist, voll Anreue und scharf gezeichnet, voll männlichen Mut und treuer Frauenliebe. Ein herrliches Werk, geschaffen für den Weihnachtstag, denn es heißt auch in ihm: „Friede nach Kampf“.

Breslauer Morgenzeitung. Was der erste Band verspricht, löst der letzte glänzend ein: ein Charakterbild, an dem alle Strömungen unserer Zeit lebendig mitschwingen, vollendet sich im Auf und Ab zu einer faustischen Gestalt. Wie gesagt, diese „Geschichte einer Jugend“ wird in solchem Abschluss erst zu dem, was der Dichter gewollt hat, zur Geschichte einer sittlichen Persönlichkeit. Und das gibt ihr eigenartigen Wert gerade in unseren Tagen.

Thurgauer Ztg. Das Ganze bildet, allen Anfeindungen zum Trotz, ein Werk von hervorragender Bedeutung und ein Kulturbild eigener, stimmungskräftiger Art, das „Götz Krafft“ in der modernen deutschen Romanliteratur eine bleibende Stätte sichern wird.

In ähnlichem Sinne urteilen viele Hunderte von Zeitungen!

Bisher wurden **163.000** Bände verkauft
Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt von Rich. Bong, Berlin W. 57.

Achtung! Genossen u. Kollegen! Achtung!

Ein herrliches Weihnachtsfest bereitet Groß und Klein ein schön geschmückter Weihnachtsbaum. — Besende franco gegen Rücknahme von 5 M. oder vorheriger Einzahlung von 5 M.

Sortiment I: Enthält glänzende Glöden, Ballons, Schiffschen, Uhren, Turm, Fruchtkörbchen, Leuchter, versch. Arten Vögel, Kinderköpfe, fein überponierte Augen und Eier, glatte und bemalte, eine strahlende Baumspitze, Marmorfiguren, Eiswürfel, Eisfiguren, Kessel- und Phantasiestücke. Bezieht auf 100 Stück sein versch. Arten Perlen, Sammet, Stoffballen, Eiszapfen, der kleine Cohn, Schneebälle, alles hochfein verpackt. Hierzu eine Gratisbeilage: Eine große feinverzierte Trompete mit Stange. 49812

Sortiment II: Für 3,50 M.: Eine Fodung in sehr guter aufstrebender Ausführung mit Gratisbeilage. Einer Doppelfodung für 10 M. ebenfalls für 7 M.; für je zwei Mann wird wegen Porto-Ersparnis extra etwas beigelegt. Auch werden höhere Posten in Post- und Bahnkästen am Händler, Vereine etc. in jedem Quantum u. garantierter f. volle Zufriedenheit. Bestellungen erbitten zu richten an **Genossen Guido Müller, Crid-Vertrauensmann, Lauscha S.-M.**

Dänischen Kapitän-Tabak 5156L

und Sie werden überzeugt sein, daß derselbe entschieden am besten schmeckt.

Nur echt, wenn jedes Stück den Zettel enthält mit Aufschrift:

„Dänischer Kapitän-Tabak“
— = geistlich geschützt 75 688 = =
Alleinverkauf: **C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 112.**

Größtes Lager aller gangbaren Zigaretten-Marken.
Nordhäuser Kautabak.
Schnupf- und Rauchtobak engros.

Das größte Prof. für 50 Pf.
Bestand: 6 Stück 10 Pfennig in
Albrechts Bäckereien:
Brangelstr. 135, Krautstraße 19,
Haldenstraße 28, Lantsehstr. 2,
Rackhale Bäckerei, Stand 22/23,
Rackhale Bäckerei, Stand 16/18,
Zentrale: Borchgarenstr. 13.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur **Mariannen-Straße 2.**
Vereins-Kränze, Palm- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden,
usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Köstlich im Aroma,
wunderbar fein im Geschmack,
vollkommen echt und rein sind die
aus den berühmten

Original-Reichel-Essenzen
„Marke Liehterz“

selbsthergestellten Liköre, den ersten Spezialitäten der Welt gleich, aber
zehnfach billiger.

Einzig echt nur in Originalflasch. 2 1/2 Ltr. 25. 40. 50.
mit Gebrauchsvorschr. für ca. 60.75 Pf. etc
Bei 6 Flaschen die **7. gratis!**
Nichts wird Sie wieder von dem Gebrauch ab-
bringen lassen.

Wer „Reichel-Essenzen“ kennt, verlangt nach keinen anderen mehr!

Reichels Echter Cognac-Extract, ein echtes Naturprodukt,
ein Destillat oder fransösisch.
Weine, höchst konzentriert. Methode der Charante.

Eine Flasche mit 1 Ltr. Weingeist **2 1/2 Ltr. Cognac**
(Spiritus Vini) bereitet gibt über **2 1/2 Ltr. Cognac**
Nur in Originalflaschen à 75 Pf., fine Champ. *** Fl. 1,25 M.

Reichels Jamaika-Rum-Extract, ein direktes Produkt des
echten Jamaika-Rum
in höchst konzentrierter Form, hocharomatisch.

Eine Flasche mit 1 Liter Weingeist **2 Liter Rum.**
(Spiritus Vini) bereitet gibt über **2 Liter Rum.**
Nur in Originalflaschen à 75 Pf. Extra Qualität *** Fl. 1,25 M.

Vielfach höchst prämiert.

Glänzend begutachtet von Kennern!
Wertvolles Rezeptbuch „Die Destillation im Haushalt“ kostenfrei.
Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstraße 4.
Größte Spezialfabrik Deutschlands.
Niederlagen in den durch Schilder fruchtlichen Prozerien etc.,
wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.
Lasse sich niemand durch Nachahmungen täuschen!
Spiritus billiger, f. Weingeist 96 Vol. % fl. nur 1,50
Man fordere stets Reichel Spiritus und nehme nur
Originalfüllungen mit unverändertem Verschluss-
streifen als Garantie für Stärke und Reinheit!

**Verband der Portefeuller und
Ledergalanterie-Arbeiter
und Arbeiterinnen** (Zahlstelle
Berlin).

Am Freitag, den 8. Dezember,
abends, verschied nach kurzem
Leiden unser Mitglied, der Porte-
feuller, Kollege

Friedrich Hahn
Raumstr. 68 wohnhaft, im
Alter von 63 Jahren am Gehirn-
schlag.

Wir verlieren an dem Ver-
storbenen ein treues Mitglied
und steten Förderer der Organi-
sation.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 12. Dezember 1905,
nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des alten Thomas-Kirch-
hofes, Niddorf, Hermannstraße,
aus statt. 103/6

Um recht zahlreiche Beteiligung
bittet
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Verband
der Brauerei-Arbeiter**
Zweigverein Berlin, Sektion II.
Todes-Anzeige.

Am 8. d. Mts. verstarb unser
Mitglied

Max Werlich
(Schulzei 1).

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienst-
tag, den 12. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilmanns-Kirchhofes in
Kieder-Schönhausen-Nordend
aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
42/5 Der Vorstand.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme bei
der Beerdigung unseres Bruders
Karl Voss
sagen wir allen seinen Kollegen unseren
aufrichtigsten Dank. 53962

A. und H. Voss.

Dr. Schönemann,
Spezial-Arzt für 87042
**Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten.**
Soydelstr. 9, dicht am Spittelmarkt.
Soydelstr. 1/2, 3, 1/2, 6-1/2, 8,
Sonntags 10-12.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umg.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz-Konto am 30. Juni 1905.

Aktiva.		Passiva.	
Un. Kassen-Konto	54.919,97	Der Geschäftsanteil-Konto	69.908,87
Kassa-Konto	15.072,49	Reservefonds-Konto	8.026,01
Bank-Konto	19.878,08	Sparfonds-Konto	56.747,35
Stellen-Konto	2.770,20	Lieferanten-Konto	21.392,58
Stadt-Sparfassenkonto	1.018,07	Kaufmanns-Konto	5.230,40
Insentat-Konto		Dispositionsfonds- Konto	522,52
Bestand Nr. 30 559,12		Umlauf-Konto	1.305,20
10%, Ab- schreibung	3.055,91	Reingewinn	18.061,43
Debitoren-Konto	4.627,64		
Stammanteil-Konto	5.181,—		
Kollagen-Konto	769,70		
Gesamthalts-Konto	565,—		
Darlehens-Konto	61.572,05		
Bau- u. Sparvereins- Konto	300,—		
	181.172,41		181.172,41

Mitglieder-Bewegung.
Bestand 30. Juni 1904 8227
Neu eingetreten . . . 641 5868 Mitgl.
Freiwill. ausgeschieden 604
Durch Übertragung
ausgeschieden . . . 1
Ausgeschieden d. Tod 7
Ausgeschieden laut § 3
Abs. 3 d. Statuts 210 921
Bestand am 30. Juni 1905 4047 Mitgl.

Die eingezahlten Geschäfts-
anteile betragen am
30. Juni 1904 . . . 68.174,82 M.
Einzahlungen wurden ge-
macht 1.732,06 —
Mitteln Bestand am
30. Juni 1905 . . . 69.908,87 M.
Die Zahlsumme der Mit-
glieder betrug am
30. Juni 1904 . . . 150.610,— M.
Dieselbe verminderte
sich um 18.410,—
Mitteln beträgt die Hälfte
Summe a. 30. Juni 1905 158.400,— M.

Der Vorstand.
Max Monzel, Paul Müller, F. Tetzauer, H. Ritz, H. Reibmann.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten hierdurch die
traurige Nachricht, daß am 8. d. Mts.,
abends 9 1/2 Uhr, nach kurzen
Leiden mein innigstgeliebter Mann,
unser guter Vater, der Portefeuller

Friedrich Hahn
im Alter von 63 Jahren sanft
entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrußt an
Mathilde Hahn, geb. Weißbach,
nebst Kindern, Raumstr. 68.

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 12. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichenhalle
des St. Thomas-Kirchhofes aus
statt. 53962

Arbeiter-Raucher-Bund
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Für Nachricht, daß unser Bundes-
Mitglied

August Hübner
aus Raum-Club „Colorado“ ver-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 12. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemein-
de-Kirchhofes in Reinickendorf, Quin-
boldstraße, aus statt.
290/12 **Der Vorstand.**

**Verband der Schneider und
Schneiderinnen**
u. verw. Berufsgenossen Deutsch.
(Zentrale Berlin).
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern geben wir
hiermit bekannt, daß am 8. De-
zember der Kollege

Wenzel Domanski
im Alter von 37 Jahren ver-
storben ist. 169/15

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 12. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, vom Krankenhaus
Wobau aus statt. 164/15

Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher

Paul Schubert
am 8. d. Mts. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 11. Dezember, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Rixdars-Kirchhofes in
Wilhelmsberg aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
108/6 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Liebe
und Teilnahme bei der Beerdigung
meines innigstgeliebten guten Mannes,
des Hühners 53942

Julius Conrad
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, sowie den Mitgliedern
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
meinen herzlichsten und innigsten
Dank.
Die tiefbetrußte und trauernde Witwe
nebst Tochter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
 Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 13. Dezember 1905, abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlung
 für Steglitz, Gr.-Lichterfelde und Umgegend
 bei Schellhase, Steglitz, Thonstraße No. 15.

Tages-Ordnung:
 1. Wahl von Kartendelegierten. 2. Wahl von zwei Agitations-Mitgliedern. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 14. Dezember 1905, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
 der Spandauer Kollegen und Kolleginnen
 im Lokale des Herrn Kunte, Schwabacherstraße No. 80.

Tages-Ordnung:
 1. Neuwahl der Bezirksleitung. 2. Verhandlungsangelegenheiten.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 14. Dezember 1905, nachmittags 5 1/2 Uhr:
Bezirk Ober-Schöneweide.
Öffentliche
Arbeiter- u. Arbeiterinnen-Versammlung
 im Schloßpark „Wilhelminenhof“.

Tages-Ordnung:
 1. Der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter (Erich Tunder) im Lichte seines Delegiertenabends in Chemnitz. Referent Kollege Cohn. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Portefeuille! Achtung!
Verband der Portefeuille- und Federgalanterie-Arbeiter
 und Arbeiterinnen. Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 13. Dezember, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in Graumanns Festhale, Ranninstr. 27.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen H. Ladewig über Rechte und Pflichten der Mitglieder in der Krankenversicherung. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Gäste willkommen.
 Das Erscheinen aller Mitglieder erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Parfettbodenleger!
 Donnerstag, 14. Dezember, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“,
 Alexanderstraße 27c.

Branchen-Versammlung.
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Jeder Kollege ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 Der Obmann.

Arbeitervertreter-Verein.

Donnerstag, 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engel-Ufer 15, Saal III:
Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen G. Bauer über: „Das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz.“ 2. Diskussion. 3. Bericht über den Verlauf der Heilanstalt Wilhelmshagen (Nahndorf). 4. Verschiedenes.
 Gäste willkommen. — Zahlreichen Besuch erwartet.
 Der Vorstand. V. V.: Bernh. Jost, stellvert. Vorsitzender.
 Ad. Stumpe, Kassierer, Schwebelstraße 51.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.
 Donnerstag, den 14. Dezember 1905, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung

bei Thiel, Bergstraße 151/152.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag der Frau Dr. David über: „Konsumgenossenschaft und Arbeiterbewegung.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder, auch der weiblichen, ersucht.
 Die Ortsverwaltung.

für Glas-Christbaum schmuck!!!
 für alle Vorzeigegenossen und Arbeitervereine!
 für Händler und Private!
 Die im Zentralverband der Glasarbeiter Deutschlands organisierten Glasbläser von Steinhagen und Umgegend haben im Interesse des weiteren Ausbaues ihrer Organisation zur bevorstehenden Weihnachtszeit den Verkauf ihres Produktes

Glas-Christbaum schmuck
 selbst in die Hand genommen und versenden Sortimentslisten in geschmackvoller Zusammenstellung und sorgfältigster Ausführung, enthaltend Engel, Bögel, Glöckchen, Icompeten, demaltes, besponnene und verlichtete Kerzen und Kerzen, Kerzen, Baumkugeln, Luftballons und andere besponnene Kerzen, Kronen, Girlanden usw., zusammen weit über 200 Stück nur bessere, größere und auf feinste ausgeführte Sachen. Auf Wunsch auch über 200 Stück kleinere Sachen zum Preise von 5 M. franco gegen Rücknahme. Bezug in größeren Mengen von 10 M., 15 M. und 20 M. und 20 M. an wegen Porto-Ersparnis bedeutend vorteilhafter und billiger.
 Bestellungen bitten wir zu richten an Zahlstellenleiter **Eduard Tschach, Steinhagen Z. M., Rixdorf, 110.**

Leihhaus NORDEN 203/4 Linienstr. 203/4.
 am Rosenthaler Tor.
 Billigster Verkauf von Brillanten, Uhren,
 Gold- und Silberwaren!
 Kulante und diskrete Bezahlung aller Wertsachen.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (großer Saal),
 Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. — Bericht der Vertrauenspersonen, Brehl, Lohse, und Agitationskommissionen und Neuwahl derselben. — Verschiedenes.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Zahlreichen Besuch erwartet.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein

im fünften Berliner Reichstagswahlkreise
 Dienstag, den 12. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im „Alten
 Schützenhaus“, Linienstr. 5:

1. Fortsetzung der Debatte über den Bericht der Preßkommission. 2. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

☛ Nur Mitgliedsbuch unseres Wahlvereins legitimiert. ☛
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Weitziges Erscheinen unserer Mitglieder erwartet.
 Der Vorstand.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin. Sektion der Gips- und Zementbranche.
 Freitag, den 15. Dezember 1905, abends pünktlich 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Kombinierte Versammlung

der Rabitz- und Luginowandputzer sowie deren Träger und der Rabitzspanner.
 Tages-Ordnung: 1. Die Schädlichkeit der Affordarbeit im Rabitzgewerbe. Referent: Kollege Hermann Silberschmidt. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 NB. Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher im Rabitzgewerbe beschäftigten Mitglieder unserer Sektion.
 Der Vorstand.

Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!

Sonntag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Kellers Festhale, Koppenstraße 29:
Öffentl. Protest-Versammlung
 gegen die von der Regierung geforderte Erhöhung der Brausteuer.

Tages-Ordnung:
 1. Die von der Regierung geforderte Erhöhung der Brausteuer und welche Konsequenzen haben die Brauereiarbeiter daraus zu ziehen. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Südekum. 2. Diskussion.
 Zu dieser Versammlung sind alle in den Pilsener, Weisk- und Braundierbrauereien, Malzfabriken und Bierneidelagen beschäftigten Arbeiter eingeladen.
 Kein Mann darf fehlen! Kollegen! Agitiert für starken Besuch dieser Versammlung!
 Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.
 Die Agitationskommission der Brauereiarbeiter Berlins und Umgegend.

Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher.

Filiale Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 36. Telefon: Amt IV, 9720.

Donnerstag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's Festhale, Neue Friedrichstr. 35:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 Beschlußfassung über die Anstellung von Hauslackerern. Vereinsangelegenheiten.
 Die Ortsverwaltung.
 125/18
 Verle Kollegen! An demselben Abend findet in demselben Lokal, abends 7 Uhr, eine Versammlung statt zur Wahl der Lohnkommission, eubereiten vom Gehältn-Rückschuß. Wir ersuchen die Kollegen, unter allen Umständen schon um 7 Uhr zu der Versammlung zu erscheinen.
 D. O.

Jenensia-Räder
 Brennabor-Räder
 Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
 Sozial-Räder R. 65.—, Sozial-Luxus-, mit Preis, R. 100.—
 Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Hausnummer „23“ zu achten.
 23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Sieben ersuchen:
 Künstlerpostkarte
Bebel spricht
 im Reichstage zum Etat.
 Nach Originalzeichnung ausgeführt.
 Neue, farbenfrohe, künstl. ausgef. politische Neujahrspostkarten
 Preis 10 Bl. Verkäufer allerorten gesucht. Rich. Lipinski, Verlag, Leipzig, Reudnitzstr. 11.

Brennspiritus

„Marke Herold“
 Original-Literflaschen mit Patentverschluß.

Nur nehme nur Flaschen mit unversehrten Verschlußstreifen, auf welchen Gradstärke und Preis vermerkt sind!
 30 Pf. pro Literflasche ca. 90 Vol. %
 33 Pf. pro Literflasche ca. 95 Vol. %
 exkl. Glas

In Berlin und Umgebung etwa 9000 Verkaufsstellen.
Zentrale für Spiritus-Verwertung, G. m. h. B., Berlin W. 8.



Weihnachts-Ausnahmepreis!

Reichgesteckte

Portieren

Die komplette Dekoration
 (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querbl.)
 in Plüsch 925 (Wert 16,00)
 in Wollserge 585 (Wert 9,00)
 in Viktoriatuch 750 (Wert 13,50)
 Eine Partie Wollportieren mit allerliebster Blumenkante per Schal 2 Mark.

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158.
 Nach auswärts per Nachnahme.

Weihnachts-Extralist
 u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. gratis und franko.

Extra billig!
div. Teppiche
 mit kleinen Webefeldern!

Innungs-Krankenkasse

der
Glaser-Zwangs-Innung
 zu Berlin.

Bekanntmachung!

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der beantragte Antrag zu den Verwaltungsmassregeln für erkrankte Kassensmitglieder, betreffend Abänderung des § 5, von der Aufsichtsbekörderung genehmigt ist, dahingehend, daß zumiderrückstellungen mit Ordnungstrafen bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes geahndet werden.
 Berlin, den 1. Dezember 1905.
 Der Vorstand.
 J. U.: Albert Kirchmann, Vorsitzender.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog m. Empfehl. v. A. A. A. u. Prof. grat. u. f. u. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichs-raas 91/92.

Ziehung 29. u. 30. Dezbr. zu Baden-Baden

Badische Lose à 1 M.
 11 Lose 10 M., Porto u. Liste 20 Pf.
 Pferdegewinne günstig verknüf.

gegen
Bar-Geld.
 4578 Gewinne Gesamtwert-Mark

100 000

Erster Hauptgew.: Zuchthongst
10 000 M.

3 Gew. = 3 Zuchtstuten zus.
10 000 M.

14 Gew. = 14 Pferde zus.
14 000 M.

60 Gew. = 60 Pferde zus.
36 000 M.

4500 Silber-Gewinne
30 000 M.

Arnold Haase
 Jerusalemstr. 34.
Heinrich Kron
 Alexanderstr. 54.
H. C. Kröger
 Friedrichstr. 250.

Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1933.

Nr. 290. Dienstag, den 12. Dezember 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelle 20 Pf.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Der Zahlabend für Berlin und Vororte findet am Mittwoch statt.

Partei-Angelegenheiten.

Tempelhofer-Vorort. Wir machen noch einmal auf die morgen Mittwoch im Wilhelmspark, Berlinerstraße 9, stattfindende Volksversammlung aufmerksam, in der Genosse Fritz Jubeil über: „Die Revolution in Rußland und die Wahlrechtskampfe in Oesterreich und Deutschland“ sprechen wird. Heute abend 7 Uhr Handzettelverbreitung von den bekannten Lokalen aus, wozu rege Beteiligung erwartet wird.

Treptow-Baumfchulenberg. Morgen Mittwoch findet in Baumfchulenberg in dem bekannten Lokale Zahlabend statt, in welchem die Parteitageprotokolle und der Jahresbericht des Zentralvorstandes zur Ausgabe gelangen. In Treptow findet die Bezirksversammlung im Restaurant Roland, Stiefholzstr. 35, statt.

Lichtenberg. Dienstag, den 12. Dezember, hält der Wahlverein in Gebr. Arnholds „Schwarzer Adler“, Frankfurter Chaussee 5/8, eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich mit dem Bericht von der Kreisversammlung, dem Bericht der Funktionäre, Konstituierung des Bezirks-Wahlvereins, Neuwahlen des gesamten Vorstandes und der Kommissionen und mit der Wahl von Delegierten zur Verbandversammlung von Groß-Berlin beschäftigt wird. Bei der Wichtigkeit dieser Versammlung ist es Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Sozialdemokratischer Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Morgen, Mittwoch abend 8 Uhr im Reifenschen Lokale, Chaussee-straße 104, Vereinsversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Kreis- und Generalversammlung. Diskussion. Ergänzungswahl zum Vorstand und zur Generalversammlung für Groß-Berlin. Stellungnahme zu den kommenden Gemeindevahlen. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Weitere Ergebnisse der Volkszählung aus den Vororten Berlins.

Friedrichsfelde. Die Einwohnerzahl ist von 9632 auf 11072 gestiegen. Der Vorort Brix hat eine verhältnismäßig geringe Entwicklung gefunden. Es wurden 9450 Einwohner gezählt, 912 mehr als bei der Zählung im Jahre 1900. **Schmargendorf** zählt 5067 Einwohner gegen 3178 bei der Zählung 1900. In **Nieder-Schöneweide** ist die Bevölkerungszahl von 2421 auf 3089 gestiegen. Die Einwohnerzahl von **Wittenau** (früher Dalldorf) beträgt 7434, 1900 wurden 5433 Einwohner ermittelt. **Sirkenwerder.** Die Einwohnerzahl ist von 1483 auf 1935 gestiegen. **Groß-Ziethen** hat 341 Einwohner aufzuweisen. Die Bevölkerungszahl beträgt 27 Seelen. **Hohen-Schönhausen** zählt jetzt 3519 gegen 3015 Seelen im Jahre 1900; in **Bernau** ist die Einwohnerzahl von 8177 auf 9434 gestiegen. **Waidmannslust** hat sich in der Einwohnerzahl mehr als verdoppelt; vor fünf Jahren wurden dort 883, jetzt 1880 Einwohner gezählt.

Charlottenburg.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs veranstaltet in den Monaten Januar und Februar des kommenden Jahres einen Zyklus volkstümlicher Vorträge über Gesundheitspflege — gehalten von hervorragenden Fachgelehrten —, zu denen jedermann (auch Frauen) unentgeltlichen Zutritt hat.

Die Vorträge finden im Volkshaus in Charlottenburg, Rosinenstraße 3, statt und beginnen abends 8 1/2 Uhr.

- Es werden sprechen:
- am 12. Januar 1906 Professor Max Michaelis über praktische Hilfeleistung bei plötzlichen inneren Erkrankungen;
 - am 26. Januar Professor George Reyer über praktische Hilfeleistung bei Verwundeten und Scheintoten;
 - am 2. Februar Professor Magnus Levy über praktische Hilfeleistung bei Vergiftungen;
 - am 9. Februar Professor Heinrich Kossin über den Wert natürlicher und künstlicher Nährmittel und ihre zweckmäßige Verwendung;
 - am 16. Februar derselbe über die zweckmäßige Kost der Kranken;
 - am 23. Februar Professor Th. Glud über Eitung und Blutstillung.

Lichtenberg.

Bei der auf 55 293 festgestellten Einwohnerzahl unseres „Dorfes“ überwiegen die männlichen Personen mit 27 671 die weiblichen mit 27 622 um 49 Seelen. Die Personenstandsaufnahme vom 27. Oktober ergab die Zahl von 54 845.

Die Viehzählung am 1. Dezember ergab, daß am Orte noch 611 Rinder, angeblich nur 2 Esel, dafür aber 2088 Pferde vorhanden seien. Der „landwirtschaftliche“ Charakter dieses „Dorfes“ wird durch diese Zahlen lebhaft illustriert.

Reinickendorf.

Der Zusammenstoß eines Automobils mit einem Straßenbahnwagen, wobei drei Personen verletzt wurden, wird vom Sonntagvormittag gemeldet. In der in Reinickendorf belegenen Schanzenstraße verfuhr das aus der Berlinerstraße kommende Privatautomobil Nr. 2316 kurz vor dem Straßenbahnwagen 1905, Linie 31, Richtung Schleißer Bahnhof, das Gleis zu kreuzen. Das Automobil rannte dabei gegen den Vorderperron des Straßenbahnwagens und zwar derartig heftig auf, daß durch den Zusammenstoß das Hinterteil des Kraftwagens zertrümmert wurde. Die Insassen des Automobils wurden in weitem Bogen auf das Straßenpflaster geschleudert, und dabei erlitten der Beifahrer 1 wohnende Herr Hugo Hubatsch und Herr Wilhelm Krüger, Wäckerstr. 21 wohnhaft, Wunden am Kopf. Herr Arthur Hubatsch, Adlershof wohnhaft, erhielt innere Verletzungen davongetragen zu haben. Die drei Verunglückten wurden nach dem Paul Gerhardt-Spital geschafft. An dem Straßenbahnwagen wurde die Schutzvorrichtung und der Perron eingedrückt. Eine Störung des Straßenbahnbetriebes fand nicht statt.

Teltow.

Vor einigen Monaten fand in Döbber eine Schlägerei unter polnischen Arbeitern statt, wobei ein Arbeiter getötet wurde, die Täter entliefen. Vor einigen Wochen gelang es, die Haupttäter, Gebrüder Straz, in Oesterreich festzunehmen. Gestern nachmittag wurde der dritte Täter, Arbeiter Martin Durzak, hier dingfest gemacht.

Treptow-Baumfchulenberg.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Sonnabend abends 4 1/2 Uhr auf dem Bahndamm kurz vor der Baumfchulenberg. Ein Streckenarbeiter, welcher auf dem kürzesten Wege den Bahnhof Baumfchulenberg erreichen wollte, ging von dem Rixdorfer Gleise, auf welchem er gearbeitet hatte, nach dem höher gelegenen Stadtbahngleise. Hier wurde ihm von einem Stadtbahnzuge der rechte Fuß bis zum Spann glatt abgefahren. Arzt, Verbandstoffe und eine Tragbahre, der W. Bahnmesserei, Nieder-Schöneweide, gehörig, waren schnell zur Stelle und wurde der Verunglückte nach Anlegung eines Verbandes mit dem Stadtbahnzuge 6 Uhr 42 Min. ins Nummernburger Krankenhaus befördert. Die Tragbahre aber, welche doch auch zum Transport in der Stadtbahn benutzt werden muß, erwies sich als zu breit und zu lang. In scharfer Richtung mußte dieselbe mit dem Verunglückten ins Abteil gebracht werden. Der Verunglückte wurde auf die Bank gelegt und die Bahre hochgestellt, um die Lücke schließen zu können.

Ober-Schöneweide.

Heute abend 8 Uhr findet in der Schulaula Frischenstraße eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung steht: Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für Lehrer an der höheren und Volksschule, und für die Gemeindebeamten. Antrag Hegewaldt: Feuerungszulagen für Beamte und Gemeindearbeiter. Gründung von zwei Mittelschulklassen.

Die Ortsverwaltung Ober-Schöneweide und Umgegend des freien Schant- und Gastwirtsverbandes hielt am 8. Dezember beim Kollegen Stipl in Ober-Schöneweide, Siemensstr. 28, seine Mitgliederversammlung ab. Nach einem instruktiven Vortrage des Genossen Friedländer über das Gastwirtsvergewerbe und seine Grundfragen in der Spirituosendbranche berichtete der Kollege Diesner über den Entwurf eines Flugblattes, welches in 10 000 Exemplaren hergestellt und an die organisierte Arbeiterschaft der Umgegend gerichtet ist. Sechs Mitglieder wurden aufgenommen. Kollege Reimann ersuchte um Belätigung an den Aktionen der Partei.

Mariendorf.

Am Donnerstagsabend fand hier eine von circa 400 Personen besuchte Volksversammlung statt. Der geräumige Saal war überfüllt, trotzdem die Tische entfernt waren, und Hunderte fanden keinen Einlaß. Vor Eintritt in die Tagesordnung brachte der Tempelhofer Gesangverein „Sangeslust III“ das Lied „Empor zum Licht“ recht wirkungsvoll zu Gehör. Dann hielt Genosse Jubeil einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Ein Weibnachtsgeheim der verbündeten Regierungen an das arbeitende Volk“. In ausführlicher Rede führte Genosse Jubeil an der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials den Anwesenden vor Augen, welche ungeheure Erbitterung die neuen Steuervorlagen der Regierung bei dem deutschen Proletariat, bis weit in den Mittelstand hinein, hervorbringen müssen. Wie immer, hat man es auch hier wieder verstanden, die Köpfe der breiten Masse aufzubereiten. Die freisinnige Plöten- und Kolonialpolitik, der auf die Spitze getriebene Militarismus und die Großmachtjagd müssen schließlich Deutschland dem wirtschaftlichen Vantrott entgegenführen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Veyer, Stumm, Alb. Thiel im Sinne des Referenten; von den anwesenden Gegnern nahm trotz mehrfacher Aufforderung des Vorsitzenden keiner das Wort. Die Kreis-Vertrauensperson Frau Thiel wandte sich an die in großer Zahl anwesenden Frauen, da gerade sie diejenigen seien, die unter jeder Steuerung am meisten zu leiden hätten. Sie forderte die Frauen auf, die Männer in dem schweren Kampfe gegen die wirtschaftliche und politische Unfreiheit zu unterstützen, die „Gleichheit“ zu lesen und sich dem Bildungsbereine für Frauen und Mädchen anzuschließen. Zur Diskussionsfrage stellte Lehmann II den Antrag, das Lokal von Vorgesell, früher Gehesand, in der Feldstraße 44 freizugeben. Das Arbeiterverkehrlokal ist bei Herrn Reichart, Chausseestraße 18. Alle übrigen Säle sind besetzt. Genügend stellte für Mariendorf den Antrag, das Lokal von Dietmann, Werksstraße 48, und alle Saal-inhaber sind gesperrt; Arbeiter-Verkehrslokal ist Jaruzemski, früher Holz, am Riepertplatz. Genosse Hannemüller beantragte, die Kassenversammlung fortzusetzen und den Ueberseh der russischen Freiheitskämpfern zu überweisen. Alle drei Anträge wurden einstimmig angenommen. Nachdem Genosse Reichard die Entsendung zum Abonnement auf den „Vorwärts“ und zum Eintritt in den Wahlverein aufgefördert hatte, wurde die Versammlung mit einem bewundernden Hoch auf die internationale, völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen.

Weihenfee.

Die Agitation zu den im März nächsten Jahres stattfindenden Gemeindevertreter-Wahlen wurde von den Parteigenossen in einer am Dienstag, den 5. Dezember, im Vereinslokal stattfindenden Versammlung eingeleitet. Genosse Kreny erstattete Bericht aus den Gemeindevertreter-Sitzungen und beleuchtete die Tätigkeit und Interessenwirtschaft verschiedener Herren Vertreter aus dem bürgerlichen Lager. Die Seele der ganzen Elitenwirtschaft sei der verstorbene Gemeindevorsteher Feldmann gewesen; sei aber auch das geistige Oberhaupt tot, so bestie die Clique doch weiter. Diese Erklärung sei so recht bei der Schloßanfalls-Angelegenheit hervorgetreten. Ueberall, wo es gegen ihre Interessen geht, geraten manche sonst recht phlegmatische Herren in hohe Aufregung. Wir müssen alles daran setzen, um auch aus der zweiten Klasse als Sieger hervorzugehen, damit auch Männer gewählt werden, die nicht nur für sich arbeiten. Daß manche der Herren aus den Haus- und Grundbesitzerbereinen für ihre Mandate hangen, gehe schon daraus hervor, daß sie diese Versammlung zahlreich besucht haben, sonst haben sie es in der Regel vorgezogen, herartige Versammlungen vornehm zu ignorieren. Von der bürgerlichen Seite sprachen die Herren Frid und Dr. Grunau. Herr Frid wollte wohl zeigen, daß er der rechte Mann für die Gemeindevertretung sei. Herr Dr. Grunau meinte, der Ankauf des Schlossparkes sei wohl aus hygienischen Gründen gut-

zuheihen, würde dann aber noch viel zu klein sein. Es sprachen noch die Genossen Bendert, Perlich, Laubmann, Reske und Hohenstein. In das Wahllokal wurden die Genossen Reske, Waltersdörfer, Frenz, Laubmann, Hofstapf, Levy und Schmitz gewählt.

Wilmerdorf.

Die Gemeinsame Ortskrankenkasse von Wilmerdorf hat in ihrer letzten Generalversammlung folgende Statutenänderungen beschlossen. Nach § 12 werden die durchschnittlichen Tageslöhne wie folgt festgelegt: I. Klasse 8,00 M., anstatt 2,90 M., II. Klasse von 1,80 M. auf 2,50 M., III. Klasse von 1,40 M. auf 1,80 M., IV. Klasse von 1.— M. auf 1,40 M. Nach § 18 wird das Krankengeld erhöht für die I. Klasse auf 10,80 M., II. Klasse 7,50 M., III. Klasse 5,40 M., IV. Klasse 4,20 M. Nach § 30 betragen die Klassenbeiträge 3 Proz. wie bisher und zwar für die I. Klasse 0,66 M., II. Klasse 0,45 M., III. Klasse 0,33 M., IV. 0,24 M. Das Eintrittsgeld wird auf vier Wochenbeiträge herabgesetzt: I. Klasse 2,64 M., II. Klasse 1,80 M., III. Klasse 1,32 M., IV. Klasse 0,96 M. Das Sterbegeld beträgt 90 M., 62,50 M., 45 M., 35 M. Die Wöchnerinnen-Unterstützung ist von 32,40 M. auf 45 M. erhöht. Unfallzuschuß: I. Klasse 60 Pf., bisher 48 1/2 Pf. Die Änderungen treten mit dem 2. April in Kraft.

Potsdam.

Der Sozialdemokratische Wahlverein vollzog in seiner letzten Sitzung mehrere Neuaufnahmen, so daß der Verein jetzt rund 300 Mitglieder zählt. Der anscheinende Rückgang beruht darauf, daß die Vornstehler Genossen jetzt einen eigenen Wahlverein bilden. Einige Mitglieder mußten auch wegen Resten gestrichen werden. Hierbei zeigte der vorliegende Genosse Staub die Nützlichkeit eines Teiles der Parteigenossen, die die Notwendigkeit der intensiven politischen Arbeit noch nicht genügend begriffen hätten. Und doch erfordere gerade die jetzige ernste Zeit, daß die Arbeiterschaft nicht bloß sich um die gewerkschaftliche Organisation kümmere, sondern auch um die politische, und das umso mehr, als die neuen Steuervorlagen, die Vollgesetze usw. die Ertragsklassen der Gewerkschaften mit einem Federstrich wieder vernichten. Hier könne nur die Befestigung einer Aenderung herbeiführen. Diese durch die Sozialdemokratie zu beeinflussen, sei daher das einzige Mittel, um bessere Zustände und dauernd für die Arbeiterklasse zu schaffen. Darum müsse diese aber auch alles tun, was die politische Organisation fördere. Je stärker die sozialdemokratische Partei sei, desto stärker werde auch ihr Einfluß auf unsere Segner werden, desto leichter werden die Forderungen auch der Potsdamer Arbeiterschaft in Erfüllung gehen. — Die hierauf folgende Besprechung der Stadtverordnetenwahlen erbrachte den Beweis der vorigen Ausführungen. Es muß gesagt werden, daß unser Erfolg ein größerer gewesen wäre, wenn die organisierte Arbeiterschaft ihre Wahlpflichten besser erfüllt hätte. In Zukunft werden wir hier energischer vorgehen müssen, wenn wir zum Ziele kommen wollen. Dies ist um so notwendiger, als ja hier die staatlichen und städtischen Behörden mit allen Mitteln ihrer Machtstellung gegen die sozialdemokratische Partei resp. Wählerklasse vorgehen. An drastischen Beispielen wurde der Beweis erbracht, wie rücksichtslos unsere Segner den Wahlkampf geführt haben. Nun, wir haben gelernt und werden nicht vergessen! ... — Eine rege Diskussion geitigte der Punkt „Parteiwoche“, deren Unterstüttung allen Parteigenossen zur Pflicht gemacht wurde. Auch der „Vorwärts“-Konflikt wurde dabei noch einmal kurz gestreift und von mehreren Rednern namentlich das Vorgehen der Generalkommission resp. der Gewerkschaftspresse beurteilt. — Unter „Verschiedenem“ brachte dann der Vorsitzende den Aufruf des Parteivorstandes zur Unterstüttung der Opfer der russischen Freiheitskämpfe zur Verlesung und gab die Sammellisten aus, daran den Wunsch knüpfend, daß sie diesmal einen besseren Erfolg haben mögen als die ersten Listen. — Weiter wurde eine Aufforderung zum Beitritt von der Potsdamer Konsumgenossenschaft „Offnung“ verlesen, die das „Jahrbuch des Zentr.-Verb. der Konsumvereine“ der Vereinsbibliothek überweisen hat. — Mit dem Hinweis auf das am 2. Weihnachtstagsabend im „Viktorgarten“ stattfindende Familienfest des Wahlvereins und der Mitteilung, daß das Lokal von Rose in Eiche und jetzt zur Verfügung steht, erfolgte der Schluß der leider nur schwach besuchten Versammlung.

Die nächste Wahlvereinsversammlung findet erst am zweiten Mittwoch im Januar statt.

Adlershof.

Die Adlershofer Kanalisationsaffäre, über die wir seinerzeit schon berichtet haben und die viel Staub aufgewirbelt hat, ist nun vor dem Kaiserlichen Schöffengericht zum Abschluß gekommen. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Der Angeklagte Dube hat bald nach Beginn der Kanalisationsarbeiten in der Gemeinde Adlershof in Versammlungen und speziell in der am 23. November 1904 im Reifenschen Lokale stattgehabten des Haus- und Grundbesitzer-Vereins die in Angriff genommenen und ausgeführten Arbeiten demängelt und behauptet, daß die Anfangsstrecke von etwa 120 Meter und ein Brunnen völlig unbrauchbar seien. Diese Behauptungen riefen in der Gemeinde nicht geringe Erregung hervor. Der Herr Gemeindevorsteher trat den angeblich unberechtigten Angriffen wiederholt entgegen und erklärte, daß zu einer Beunruhigung nicht die geringste Veranlassung vorliege, da die Arbeiten mit größter Gewissenhaftigkeit und unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln ausgeführt seien. Die Bemühungen der Herren Gemeindevorsteher Direktor Lindenberg und Wiesner, Klarheit in die Affäre zu bringen, waren erfolglos, da der in der Gemeindevertretung eingebrachte Antrag, gegen Herrn Dube Klage zu erheben, abgelehnt wurde. Die Gemüter hatten sich bereits wieder beruhigt, als sich plötzlich die Nachricht im Orte verbreitete, Dube habe doch recht gehabt; die kritisierte Anfangsstrecke sowie der erste Schachtbrunnen seien unbrauchbar, die Röhren werden wieder herausgenommen und der Brunnen müsse abgebrochen werden. Der Besagte verfaßte ein an die Gemeindevertretung gerichtetes Flugblatt, das auch an andere Interessenten in etwa 300 Exemplaren verbreitet wurde. In demselben griff er den von der Gemeinde eingesetzten Bauleiter Herrn Rebin in scharfer Weise an und behauptete, daß R. von Kanalisationsarbeiten nicht das geringste Verständnis habe, so sei unter anderem die Sole des fraglichen Brunnens nicht dicht und um etwa 5 Zentimeter zu hoch gemauert gewesen, auch habe der Bauleiter eine Ribellierung überhaupt nicht vorgenommen, obwohl dies unumgänglich notwendig war. Die aufgedeckten Ribellierungsfehler sollen bei dieser kurzen Strecke

10 Zentimeter betragen haben. Am Schluß des Flugblattes beauftragte Herr Luze, den Bauleiter wegen Unfähigkeit seines Amtes zu entsetzen. Dieser Antrag und die Behauptung, daß er die Verlegung des Hofes unter größlicher Verletzung seiner Pflichten vorgenommen habe, gaben der Gemeindevertretung Veranlassung, Herrn Nebien nunmehr anheim zu geben, die Angelegenheit im Wege der Klage zu stellen.

In der Hauptverhandlung war außer 16 Zeugen Herr Regierungsrat und Kreisbaumeister Kleine als Sachverständiger geladen. Nachdem der Antrag des Beklagten, den Schlichtermeister Bachhufen als Zeugen zu vernehmen, abgelehnt, auch der Antrag, Herrn Ingenieur Müller-Adlershof als Sachverständigen zu hören, vom Gericht nicht gebilligt worden war, ließ Herr Luze durch seinen Verteidiger Herrn Rechtsanwalt Steinert die Zeugen Hansen und Hund als befangen erklären und dieselben als Richter ablehnen. Obwohl dieses Anfechten, als auch die Ablehnung des Sachverständigen Regierungsrat-Baumeisters Kleine waren erfolglos, da sowohl die Herren Schöffen als auch der Sachverständige sich als nicht befangen erklärten. Nach etwa 5 1/2 stündiger Verhandlung, unmittelbar vor der Urteilsverkündung, gelang es den Bemühungen des Vorsitzenden, Herrn Ankläger Ariener, zwischen den streitenden Parteien einen Vergleich zu Stande zu bringen und zwar dahingehend, daß der Beklagte, Herr Luze, erklärte: „Auf Grund der heutigen Beweisaufnahme nehme ich den von mir dem Privatkläger gemachten Vorwurf der Unfähigkeit als unbegründet zurück. Die Absicht, den Privatkläger persönlich zu beleidigen, hat mir ferngelegen. Ich übernehme sämtliche gerichtliche sowie außergerichtliche Kosten des Verfahrens, einschließlich des an den Vertreter des Privatklägers zu zahlenden Honorars von 100 M.“ Herr Nebien zog hierauf die Klage zurück, und das Gericht beschloß formell die Einstellung des Verfahrens.

Berliner Nachrichten.

Vom Widerstand der Unvernünftigen erzählt eine Mitteilung, der wir in verschiedenen bürgerlichen Blättern begegnen. Sie betrifft die Verbreitung der Pedikulosis unter den Berliner Gemeindefunktionären und das ablehnende Verhalten mancher Eltern gegenüber den Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Leidens.

Pedikulosis heißt in schlichtem, ehelichem Deutsch: **Per-Lauschei**. Der Laie hält die Pedikulosis nur für das Ergebnis einer argen Schmutzerei, die Vergehe aber sehen in ihr eine Art Krankheit. Mitunter bleiben die schmutzigsten Kinder von Läusen verschont, und andererseits wird manches sauber gehaltene Kind von ihnen befallen und kann sie dann schwer wieder los werden. Der Kampf gegen die Pedikulosis gehört mit zu den Aufgaben der Schulärzte. Daher finden wir ihn auch erwähnt in dem vom Stadtverordneten Dr. Hartmann erstellten Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte im Jahre 1904/05, den wir kürzlich hier besprochen haben. Jene Zeitungsnote ist diesem Bericht entnommen. Hartmann teilt aus den Einzelberichten mehrerer Schulärzte mit, daß ihnen die Bekämpfung der Pedikulosis viel Mühe verursacht habe. In einzelnen Aufnahmestellen sei über die Hälfte der Kinder verurteilt gewesen. „Die Behandlung der Kopf-Läuse“, so führt er in seinem Gesamtbericht aus, „findet in den Berliner Schulen in der Weise statt, daß durch die Nektoren den mit Läusen befallenen Kindern eine gedruckte Anweisung für die Behandlung mit Petroleum mitgegeben wird. Ein Fernbleiben aus der Schule und das sonst für die Behandlung empfohlene Abschneiden der Haare bei Mädchen ist mit dieser Behandlung nicht verbunden. Leider scheitert hiemit die Behandlung an dem Widerstand unvernünftiger Eltern.“ Hartmann weist auf die Zwangsmittel hin, die für solche Fälle zur Verfügung stehen, und schließt mit der Versicherung, ständige Ueberwachung durch die Schulärzte haben in vielen Schulen das Uebel ausgerottet.

Daß Eltern in diesem Punkte den Schulärzten Widerstand geleistet haben sollen, ist eigentlich überraschend. An einer anderen Stelle hebt der Bericht ausdrücklich hervor, daß die Urteile der Veräter über die Verantwortlichkeit der Eltern, ihre Ratsschlüsse zu befolgen, im allgemeinen „äußerst günstig“ lauten. Doch es kann sein, daß die Anschauung, auch um das leibliche Wohl der Kinder habe die Schule sich ein bißchen zu kümmern, wirklich noch nicht allen Eltern so geläufig ist, wie man es wünschen muß. Lange genug ist ja in Berlin von „autoritativer“ Stelle erklärt worden, daß Schulärzte „überflüssig“ seien. In Berlin kam die Schulärzterfrage vor jetzt anderthalb Jahrzehnten in Fluss, als die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten die Untersuchung und Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Gemeindefunktionäre forderte. Hat man bereits vergessen, wie damals und in den folgenden Jahren der Magistrat und die freisinnige Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung sich zu dieser Forderung stellten? Für überflüssig erklärte die Schulärzte der Stadtrat Straßmann, der als Leiter des städtischen Gesundheitswesens gilt und uns in dieser Stellung bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben ist. Gegen die Schulärzte erklärte sich durch seine Bestimmungen auch der jetzige Stadtschulrat Gerstenberg, der damals noch Stadtverordneter war.

Später ließ im Rathaus der Widerstand der Unvernünftigen nach und Berlin bekam die geforderten Schulärzte. Wie notwendig sie waren, nicht bloß um der paar Läuse, sondern noch um ganz anderer Dinge willen, das zeigte sich sofort nach dem Beginn ihrer Tätigkeit, und es ist jetzt durch den Hartmannschen Bericht aufs neue bestätigt worden. Auch die Haltung der bürgerlichen Presse ist umgeschlagen. Dieselbe Presse, die damals der Anregung der Sozialdemokraten den unvernünftigsten Widerstand entgegensetzte, hält es heute für angebracht, die Mitteilung über den Widerstand der Unvernünftigen auszugreifen und weiterzugeben. So ändern sich die Zeiten.

Die Droschkentufcher und Fuhrherren haben, wie berichtet wird, beim Minister des Innern Beschwerde geführt gegen die kürzlich erlassene Polizeiverordnung, die das Befahren des Potsdamer Platzes zu gewissen Tagesstunden verbietet. In dieser Beschwerde wird die Rechtsbefähigung dieser Verordnung angezweifelt und dargelegt, daß die Interessenten gar nicht gehört worden seien. Daraufhin wird jetzt eine Mitteilung verbreitet, in welcher versucht wird, die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung zu erweisen. Es wird gesagt, daß die Verordnung sich nur als eine Ergänzung der Straßen-Polizei-Ordnung darstelle. Vor ihrem Zustandekommen hätten amtliche Erhebungen stattgefunden, die ergeben hätten, daß die Zahl der leeren Droschken, welche z. B. auf dem Potsdamer Platz Jagd auf Fahrgäste machten, eine „erschreckende Größe“ sei. Weiter wird gesagt, daß die Droschkentufcher in ihrer Beschwerde selbst zugeben, daß gerade der Potsdamer Platz „die lohnendste Stelle für die Aufnahme der Fahrgäste“ sei; die Fahrgäste könnten aber die Wagen auf den benachbarten Halteplätzen finden. Die Vorteile der neuen Verordnung liegen bei weitem die „kleinen Unbequemlichkeiten“, welche den Droschkentufchern daraus erwachsen, überwiegen. Zum Trost für die Droschkentufcher wird bemerkt, daß die Polizeiverordnung sofort aufgehoben werden würde, sobald die Verkehrsalamität auf dem Potsdamer Platz usw. durch unterirdische Führung der Straßenbahnen beseitigt sein würde. Die Droschkentufcher mögen sich nur die Zeit nicht lang werden lassen!

Auf dem Potsdamer Platz überfahren und schwer verletzt wurde gestern Abend der 38 Jahre alte Fabrikarbeiter Reinhold Witte aus der Langhausstr. 37 zu Weighausen. Beim Ueberqueren des Platzes wurde W. von einem Omnibus zu Boden gerissen und unter das Gefährt geworfen. Er trug einen Schädelbruch davon und wurde, nachdem ihn in der Unfallstation in der Kronenstraße die erste Hilfe zu teil geworden, in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

„Die Hohenzollern-Legende“, von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben, behandelt in den neu herausgegebenen Heften die Zeit Friedrichs II. Die Kapitel über diesen, in unseren Schulen und von allerhand Patrioten als den „Nationalhelden“ gefeierten Hohenzollern sind besonders interessant. Der Verfasser zerlegt hier unbarmerzig die Legendenschilderungen, die unsere neudeutschen Geschichtsschreiber um ihn gewoben haben und zeigt uns, wie gerade die Politik Friedrichs dem späteren schmachvollen Zusammenbruch des preussischen Staates vorgearbeitet hat.

Das Werk erscheint in 50 Lieferungen, die noch jetzt von Heft 1 an durch jede Parteibuchhandlung, in Berlin in allen Parteipublikationen, zum Preise von 20 Pf. pro Heft nachbezogen werden können.

Im Heft 45 der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden „In Freien Stunden“ beginnt ein neuer Roman: „Am Malanger Fjord“, von Theodor Rügge.

Nach dem Lunde, das kürzlich seinem Könige eine ebenso höfliche wie energische Kündigung überreichte, fährt uns diese Erzählung. Ein habgieriger Kaufmann, der seine ärmeren Landsleute und besonders die Lappländer ausbeutet und betrügt, will seine Tochter an einen skandinavischen Landrichter verheiraten. Sie aber liebt einen Sohn des gemeinlichen und verachteten Volkes, und daraus entspringen alle Konflikte. Die Erzählung ist ein Protest wider den Hochmut und die Grausamkeit des Kultur gegenüber den Naturmenschen.

Die wöchentlich erscheinenden Hefte sind durch jede Parteibuchhandlung, in Berlin durch die Parteipublikationen, zum Preise von 10 Pf. zu beziehen.

Von Pferdehufen verurteilt. Bei einem entsetzlichen Unglücksfall ist gestern Mittag der 30 Jahre alte Antifer Georg Stender tödlich verletzt worden. St. der bei dem Steinseymester Baumann in der Schwedenstraße 13 in Stellung ist, war beim Fahren der Pferde, als plötzlich eins der Tiere ausstieg und den Reiter zu Boden warf. Er fiel unglücklich unter die Hufe der Pferde und diese stampften wild auf den Unglücklichen los. Von Arbeitskollegen wurde St. schließlich unter den Tieren hinweggerissen und nach der Unfallstation 17 gebracht. Der Bedauernswerte hatte drei komplizierte Schädelbrüche, Rippenbrüche und andere schwere Verletzungen davon getragen. In hoffnungslosem Zustande wurde er in das Lazarus-Krankenhaus eingeliefert.

Schwere Ueberfälle im Tiergarten. Im Tiergarten sind wieder zwei schwere Ueberfälle verübt worden. Der Schriftsteller E. am Kronprinzendam in Halensee wohnt, passierte gestern in früher Morgenstunde, von einem Bergjäger heimkehrend, den Tiergarten. In der Nähe des großen Sterns angelangt, glaubte E., er habe sich verlaufen. Er hat daher einen vorübergehenden unbekannten Mann um Auskunft über den Weg nach Halensee. Anstatt einer Antwort zog der Fremde plötzlich ein Messer aus der Tasche und stürzte sich auf den Ahnungslosen. Dieser wollte sich seines Angreifers erwehren, erhielt jedoch einen tiefen Messerstoß ins Gesicht. Hierauf fiel der Messerheld nochmals über sein Opfer her und nur mit großer Mühe gelang es E., den gefährlichen Burchen von sich abzuhalten. Jetzt ergriff der Täter die Flucht. E. wollte ihm nachsehen, doch infolge des erlittenen starken Blutverlustes war er dazu nicht imstande. Mühsam schleppte sich der Schwerverletzte nach der Charlottenburger Chaussee, von wo ihn eine Droschke nach der Unfallstation am Zoologischen Garten brachte. Der Arzt stellte dort eine etwa 10 Zentimeter lange Stichwunde fest, die unterhalb des Auges bis zum Ohr reichte. Nachdem E. Notverbände erhalten, wurde er nach seiner Wohnung gebracht. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Ein weiterer Ueberfall ist abends in der achten Stunde auf dem Kronprinzendam zwischen der Fasanerie und Hofjäger-Allee verübt worden. Die 23jährige Wäscherin Hedwig Schulz aus Charlottenburg wurde dort von drei Burchen im Alter von 16 bis 20 Jahren angefallen und zu Boden gerissen. Als die Burchen das Mädchen zu verewaltigen veruchten, setzte dieses sich verzweifelt zur Wehr und schrie laut um Hilfe. Beim Herannahen eines Schuhmames ergriffen die Attentäter die Flucht und entliefen.

Zwei Todesstürze auf der Treppe haben sich gestern zugetragen. Der 45 Jahre alte Handwerker Ludwig Leidecker aus Kaulsdorf war in einem Lokal in der Alexanderstr. 57 eingelehrt. Als er sich auf die auf dem Hof gelegene Toilette begeben wollte, stürzte er infolge eines Fehltrittes ab. L. brach sich das Genick und war sofort tot. — In dem Hause Kanonierstr. 57 verlor der Schmied Reinhold Bolcher, während er mit seinem Schwiegervater etwas angeheuert die Treppe hinaufging, das Gleichgewicht und fiel über das Geländer hinweg in die Tiefe hinab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und starb bald darauf. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht.

Zur Droschkensache gegriffen hat am Sonntagmittag der 35 Jahre alte Arbeiter Simmerlik, Kottbuserstr. 10 wohnhaft. Er hat seine Wirtin ihm einen Korkenzieher zu geben, damit er sich eine Weinflasche öffnen könne. Während nun die Wirtin und auch noch ein anderer Schlafburche Karl R. nach dem Korkenzieher im Zimmer suchten, setzte S. unbemerkt eine Flasche Droschke an den Hals und entleerte sie fast vollständig. Mit den Worten: „Leb wohl Karl, grüß' alle meine Freunde“, brach dann der Lebensmüde zusammen. Der von der Unfallstation in der Huttenstraße herbeigerufene Arzt pumpte dem Selbstmordkandidaten sofort den Magen aus und ließ nach dem Krankenhaus in Moabit bringen. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. — Durch Droschke geendet hat auch der Droschkentufcher Flögel aus der Lützowstr. 21. Er erreichte sein Ziel.

Im Verfolgungswahn zum Fenster hinausgestürzt hat sich gestern Nachmittag der in der Fuhlfelderstr. 28 wohnhafte 40jährige Arbeiter Johann Lude. Während seine Frau zur Krankenkasse gegangen war, ging Lude zu den Nachbarn hinüber und wurde dort plötzlich vom Verfolgungswahn befallen. In der Waseri stürzte sich der Unglückliche schließlich aus dem Fenster heraus und fiel zwei Etagen tief in den Hof hinab. Er wurde bewußtlos nach der Unfallstation in der Radstraße gebracht, wo man schwere innere Verletzungen und Oberschenkelbrüche feststellte. In fast hoffnungslosem Zustande kam Lude nach der Charité.

Wer ist der Tote? Am 1. d. Mts. hat sich im Treptower Park ein dem Arbeiterstande angehöriger Mann erschossen, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt worden ist. Der Unbekannte ist etwa 1,70 Meter groß, dunkelblond, hat hellblonden an den Enden graumelierten Schnurr- und dergleichen kurzgeordneten Vollbart, defekte Zähne und bräunliches Gesicht, schmächliche Gestalt; er trug schwarzen Schlapphut, schwarze Jacke und Weste und schwarze Hose mit weißen Punkten, wolkens Unterhemd, Chemisett, rotbraune Strümpfe und Halbhuhe mit Holzsohlen. Etwaige Angehörige oder Personen, die über den Unbekannten Angaben machen können, wollen sich im Reichenschausause, Gannoverscheferstr. 6, melden.

Eine Trauerfeier für die russischen Juden veranstaltete die Berliner Jüdische Gemeinde in den Synagogen in der Oranienburger- und Kyselstraße. Die Tempel waren überfüllt; unter den Anwesenden bemerkte man zahlreiche hervorragende Mitglieder der Berliner Jüdischen Gemeinde. Am Eingange waren Sammelbüchsen für die russischen Juden aufgestellt.

Orgelkonzert. Am Mittwoch, den 13. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Igl. Musikdirektor Bernhard Jürging in der St. Marien-Kirche das nächste Orgelkonzert (Weihnachtsmusik) unter Mitwirkung von Frau Martha Dreyer-Wolff (Sopran), Herrn Kurt E. Bied (Violine) und Herrn Heinrich Scholz (Orgel). Der Eintritt ist frei!

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschallens-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 pr. 100 Pfund, Ia 56—64, IIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 82—86, IIa 70—80, IIIa 50—67, Hammelfleisch Ia 62—72, IIa 46—58. Schweinefleisch 65—72. Rotwild Bund 40—53 Pf. Hafen Stüd 2,50—3,00, klein 1,50—2,00. Stämmen

Stüd 0,80—1,00. Hühner pro Stüd, alte 1,50—2,00, junge Ia 0,80—1,10, do. IIa 0,60—0,75. Tauben, junge 0,55—0,65, alte 0,40—0,45. Enten junge 2,00—2,50. Gänse pro Stüd, Ia 3,50—4,25, IIa 0,00—0,00, pro Pf. Ia 0,58—0,60, IIa 0,45—0,56. Edelgänse 24—26 R., Runder 25—26 R., pro 100 Pf. Gänse 00—00 R., Schale, unsortiert 0,00 R., Kafe, groß 0,00, mittel 0,00, klein 0,00, Wägen 19—24 R., Rachen auf 0,00 R., Lachs 0,00. Schottische Vollerlinge (gelatin) 40—44 R. Vier. Schod 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 124—126, IIa 118—124, IIIa 115—118, abfl. Lende 95—110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,30, Rofen 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Wirtungspfl. pr. Schod 4,00—8,00, Weizfl. 6,00—8,00, Rogfl. 4,00—8,00, koll. 12—16 R. Saure Gurken, Schod 2,00 R.

Bazar für Gelegenheitskäufe Paul Schultz Rixdorf
Berlinerstr. 41
Ecke Münchenerstr.

Weihnachts-Angebot.

Durch Einkauf großer Partio-Posten in letzter Zeit ist mein Lager in allen Artikeln reich sortiert und somit meiner werten Kundschaft Gelegenheit geboten, ihren Weihnachtsbedarf spottbillig zu decken.

Besonders zu empfehlen:

Kleiderstoffe in allen Farben sehr billig. Japons in jeder Stoffart, elegante Blusen in Seide und Wolle, Kostümröcke, Abendmäntel, Kinderkleider in jeder Größe und reizender Ausführung. Sämtliche Tisch-, Bett- und Hauswäsche in großer Auswahl. Damen- und Herren-Tag- und Nachthemden, Damen-Beinkleider und Nachtjacken in verschiedenen Stoffen von den einfachsten bis zu den elegantesten.

Großes Lager in Normalwäsche, Taschentüchern, Regenschirmen.

Neu eingetroffen:

Gardinen, Portieren, Tischdecken, Steppdecken, Teppiche, Vorlagen, durchschnittlich gute Qualitäten, äußerst billig.

Pelz-Stolas und Muffen in jeder Preislage.

Um zu räumen Winter-Paletots und Joppen, Damen- und Mädchen-Jackets und Mäntel, Burschen- und Knaben-Paletots

extra billig.

Gelegenheitskäufe in Uhren u. Schmucksachen jeder Art. $\Delta \Delta \Delta \Delta \Delta$

Meine Geschäftsräume bleiben an den letzten Sonntagen vor Weihnachten bis 8 Uhr abends geöffnet.



F. Franke, Rixdorf.
1. Geschäft: Bergstr. 15. 2. Geschäft: Berlinerstr. 30.

Hermann Schleich Nachf.
Inhaber: **W. Schilling.**
Charlottenburg, Berliner Straße No. 117.
Pfeifen und Tabake
Reparaturen und Zubehörteile.
En gros **Zigarren** En détail
Einzelverkauf zum Fabrikpreis.
10 Stück 25, 30, 35, 40 Pf. usw. 276V*

Leihhaus
Leitetes konz. **Leih-Haus**
Charlottenburg, Friedrich-Str. 12, Berlin, Anhalter-Str. 2.
Befehlung von Brillanten, Gold- und Silberwaren, Uhren, Büchern, Bälgen, Reisebüchern etc. 215V*
Charlottenburg.
F. Kunstmann,
nur Wallstr. 1
Uhren und Goldwaren.
Großes Lager
Reparaturen schnell und billig.
Billige Preise. 1623*

Emil Quade
Schöneberg, Hauptstraße 138.
Größtes und billigstes Spezialgeschäft Schönebergs in
Uhren, Juwelen, Gold-, Silber- und Alfenidewaren.
Neuanfertigung und Reparatur in eigenen Werkstätten zu billigsten Preisen.
Leiste für jede bei mir gekaufte Uhr dreijährige schriftliche Garantie.
Altes Gold nehme in Zahlung.
Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.